

26. Jahrgang

Nr. 3

September 2015

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung des sozialen Organismus

Die Ukraine,
Russland und der Westen

Konfliktursachen und
Lösungsmöglichkeiten

Normendebatte und
ethischer Individualismus

Griechenland: Vom Referendum
zum Oktroi | Kaspar Hauser

Initiativen
und Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

**Die Ukraine, Russland und der Westen –
Konfliktursachen und Lösungsmöglichkeiten**
Friedrich Glasl im
Interview mit André Bleicher _____ 3

**Ethik und Gesellschaft – Normendebatte
und ethischer Individualismus**
Arbeitsmaterialien von Udo Herrmannstorfer,
Harald Schwaetzer, Michael Ross, Paolo Bavastro,
Silvia Briggen und Christoph Strawe,
von letzterem zusammengestellt und redigiert__ 11

Zeichen der Zeit _____ 20
Griechenland – Vom Referendum zum Oktroi
(André Bleicher)

Zur Debatte _____ 24
Grundeinkommen (Peter Baum) |
Erbschaftssteuer (Jens Meinert)

Betrachtung
Kaspar Hauser, das Kind von Europa
(Christoph Klipstein) _____ 27

Berichte _____ 30
Prokon wird Genossenschaft | Grundeinkommens-
Experimente (Finnland, Niederlande) | GLS-Bank
im Wandel | Grundsteuerreform | Solikon 2015

Gedenken _____ 33
Wilfrid Jaensch (1941 – 2015)

Literatur
Hellmut von Loebell, Peter Daniell Porsche (Hg.):
Zukunft für Zukunftslose in Bogotá _____ 34

Initiativen und Termine _____ 35
Veranstaltungen an verschiedenen Orten,
darunter Arbeitstreffen Netzwerk Dreigliederung
2015 in Berlin (S. 38), Seminar „Assoziation
oder Kartell?“, Vorschau Kolloquien 2016

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltungskonzept: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. ■

Editorial

In den Beiträgen dieser Zeitschrift haben wir über die Jahre immer wieder versucht, das Zeitgeschehen besser einzuordnen und verstehen zu helfen und zugleich Perspektiven für notwendige soziale Umgestaltungen aufzuzeigen. Im letzten Heft behandelten wir in dem Zusammenhang das Thema Migration, das inzwischen noch größere und erschütterndere Dimensionen angenommen hat und im Moment in der medialen Öffentlichkeit Thema Nummer 1 ist. Im vorliegenden Heft werden besonders zwei Brennpunkte Gegenstand weiterer Betrachtung: Der Ukraine-Konflikt und die Entwicklung der Griechenland-Krise. André Bleicher führte zum erstgenannten Thema ein Interview mit dem renommierten Konfliktforscher Friedrich Glasl, dessen Analyse der tieferen Konfliktursachen durch ihre Sachlichkeit und den Blick auf mögliche Lösungen besticht. Glasl bringt zur Sprache, was in den vielen kurzatmigen, oft von Gehässigkeit und einseitigen Schuldzuweisungen geprägten Darstellungen des Konflikts verdeckt wird. Im Artikel zu Griechenland zeichnet André Bleicher die Entwicklung der Situation bis zu dem als Übereinkommen deklarierten Oktroi vom 13. Juli nach und untersucht die sich daraus ergebenden Folgen. Gängige Deutungen werden anhand konkreter Zahlen ad absurdum geführt.

Solche Beiträge sind wichtig, denn wir dürfen nicht bei allgemeinen Feststellungen und Forderungen stehen bleiben, wenn wir den Dreigliederungsgedanken für die Lösung aktueller Probleme fruchtbar machen wollen. Nur aus dem konkreten Verständnis der jeweiligen Situationen heraus und mit der nötigen konstruktiven Phantasie werden wir sinnvoll handeln können.

Die Ansätze zur gegenseitigen Wahrnehmung und Zusammenarbeit zwischen den Menschen, welche die Notwendigkeit sozialer Dreigliederung erkannt haben, müssen weiterentwickelt und gestärkt werden. Nur dann werden sich auch mehr Menschen finden, die sich die Erkenntnis dieser Notwendigkeit zu eigen machen wollen.

Vor nunmehr fast 26 Jahren machte ich mit dem Start der Initiative Netzwerk Dreigliederung und der Schaffung dieser Zeitschrift den bescheidenen Versuch, hierzu beizutragen. Die Vernetzung der „Dreigliederer“ muss heute jedoch anderen Anforderungen genügen, stellt uns vor neue Aufgaben. Ich freue mich daher sehr, dass der im Dezember in Stuttgart gemachte Vorschlag, Treffen im Netzwerk Dreigliederung jährlich an wechselnden Orten durchzuführen, von den Berliner Freunden umgehend aufgegriffen wurde. Programm und Einladung finden Sie auf S. 38. Bisher oblag im Wesentlichen mir alleine die Koordination der Initiative zur Förderung der Netzwerkbildung, der Büro und Zeitschrift ja dienen sollen. Erfreulicherweise haben sich nun André Bleicher, Gerald Häfner, Ingrid Lotze und Ulrich Morgenthaler bereitgefunden, in Zukunft mit mir zusammen als Koordinationskreis der Initiative Netzwerk Dreigliederung zu fungieren – auch dies ein Schritt im Sinne der Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit. ■

Ihr 

Die Ukraine, Russland und der Westen

Konfliktursachen und Lösungsmöglichkeiten

**Friedrich Glasl im
Interview mit André Bleicher**

Das Interview mit Friedrich Glasl hat André Bleicher für die Sozialimpulse am 22. Mai 2015 in Salzburg geführt. Es ergab sich wider Erwarten ein außerordentlich langes Gespräch, welches zunächst komplett transkribiert und dann in vier Interviewblöcke gegliedert wurde.

Im ersten Block wird der Ukraine-Konflikt in kultureller, politischer und ökonomischer Hinsicht unter die Lupe genommen. In einem zweiten Gesprächsabschnitt wird erörtert, inwieweit der Ukraine-Konflikt auch Spiegelbild eines größeren Konfliktes ist – einer „Neuaufgabe“ des Kalten Krieges. Eine dritte Passage des Interviews dient dazu, die charakterisierten Konflikte zu typisieren. Der letzte Teil ist der Entwicklung von Szenarien für die Zukunft gewidmet.

Kulturelle, politische und ökonomische Dimensionen des Ukraine-Konflikts

A. Bleicher: Schon Samuel Huntington hat in seinem „Kampf der Kulturen“¹ in der Ukraine einen kulturalistisch motivierten Konflikt beschrieben, welcher zu einer Spaltung der Ukraine führen könnte. Welche Konfliktlagen existieren in der Ukraine in kulturalistischer Hinsicht?

¹ The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, New York 1996 (auf deutsch erschienen als: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München 1998).

F. Glasl: Es existieren tatsächlich Bruchlinien in der Ukraine, die auf einer kulturellen Ebene angesiedelt sind.

Es gibt zwei konkurrierende orthodoxe Kirchen, die russische und die ukrainische. Beide sind etwa gleich stark und unterscheiden sich hinsichtlich ihrer theologischen Positionen so gut wie gar nicht. Die Liturgie ist weitestgehend dieselbe. Unterschiede bestehen nur in der Sprache und in den Besitzverhältnissen der Kirchen. Ich habe, als ich in Kiew war, Messen beider Liturgien besucht, die wunderschönen Chöre angehört und meine ukrainischen Freunde immer wieder gefragt: Was ist da der Unterschied, warum existiert hier eine Trennung? Gerechtfertigt wird diese Trennung allenfalls durch die je unterschiedliche sprachliche Affinität und die Frage, ob die Kirche der Moskauer Richtung folgt oder an Kiew angeschlossen ist.

Eine andere Bruchlinie reicht sehr weit zurück. Markus Osterrieder entwickelt sie entlang dem Aufeinandertreffen verschiedener Völker in diesem Raum: zuerst der Illyrier und der Kelten, dann der christlichen und der nichtchristlichen Religion und zuletzt der römisch-katholischen Kirche und dem orthodoxen Christentum. Daraus wird ersichtlich, dass es sich bei der Ukraine um einen kulturellen Melting-Pot handelt. Wobei allerdings immer eine bestimmte Gruppe während einer Phase die Oberhand gewonnen und dann die Minderheiten dominiert hat.

In der Zeit des Zarismus erreichte die russische Orthodoxie eine dominante Stellung und löste nach der Oktoberrevolution eine Gegenbewegung aus, ein Erstarken der ukrainischen Orthodoxie. Das ist ja immer ein Signum in Krisengebieten: Wer eine Mehrheitsposition innehatte, benahm sich gegenüber den Minderheiten nicht sehr tolerant, und wenn sich dann die Machtverhältnisse änderten, führte das bei der bisherigen Minderheit zu einer Tendenz zur Vergeltung und zu dem starken Bedürfnis gewisse Entwicklungen nachzuholen.

A. Bleicher: Stellt auch der Sprachkonflikt – Russisch oder Ukrainisch – eine solche Bruchlinie dar?

F. Glasl: Nach meinen Erkenntnissen wird die Bedeutung der Sprache überbetont. Seriösen Befragungen zufolge antworteten in der Gesamtukraine vor der Eskalation des Konflikts auf die Frage – „Was ist ihre tägliche Umgangssprache?“ – 80 % der Bevölkerung – „Russisch“ – und wiederum 80 %: „Ukrainisch“. Die Bevölkerung ist weitgehend zweisprachig und spricht gleichermaßen gut Russisch und Ukrainisch. Die Aussage, dass im Westen bzw. im Osten der Ukraine der Sprachkonflikt zu einer Spaltung geführt habe, ist – so meine ich – eine politische Inszenierung. Das ist anhand der wirklichen Verhältnisse so nicht zu belegen und lässt uns vielmehr fragen, wer ein Interesse daran hat, Differenzen zu konstruieren, wo es bisher Gemeinsamkeiten gab...

Die Orientierung auf unterschiedliche hegemoniale Akteure bzw. Großmächte hin hinterließ Spuren und begründete eine Vielzahl von Identifikationsmustern: Ein Teil der Ukraine war z.B. ehemals Teil der Habsburger Monarchie, und die polnische Seite regierte in die Ukraine hinein. In krisenhaften Situationen reagieren die Menschen stark regressiv. Sie berufen sich auf die Geschichte als Legitimationsmuster und leiten daraus Ansprüche ab. Was vor 100 bzw. 200 Jahren stattfand, dient dann als Begründung für das gegenwärtige Handeln und für Gestaltungsoptionen die Zukunft betreffend. Mittels solcher Appelle an das kollektive Gedächtnis werden Begründungen für die zwischen den einzelnen Gruppen in der Ukraine angeblich tiefgreifenden Differenzen konstruiert. Ich halte diese Zuschreibungen jedoch für eine Taktik, um gezielt Konflikte zu generieren.

Mein letzter Arbeitsbesuch in der Ukraine war im Juni 2013, als gerade die Proteste auf dem Maidan einsetzen.

Mir wurde immer erklärt, die Triebfeder der Proteste sei der Ekel vor der Korruption der politischen Klasse, die sich nach jeder Revolution – sei es nun die orangene oder eine andere – wieder Bahn brach, weil jede Revolution im Grunde dazu führte, dass die Mächtigen sich daran bereicherten. Protest gegen dieses Wiederholungsspiel der Korruption hat die Dynamik des Maidan anfänglich in starkem Ausmaß genährt. Später haben sich dort jedoch noch andere Kräfte eingemischt und das Ganze anders aufgeladen.

A. Bleicher: In der Tat scheint vieles dafür zu sprechen, dass die sprachliche Leitdifferenz konstruiert ist...

F. Glasl: ...und inszeniert wird.

„...unglaublich schwer..., Demokratie zu erlernen“

A. Bleicher: Es stellt sich bei alledem die Frage, ob es sich dabei tatsächlich um „Revolutionen“ handelte, oder eher um einen bloßen Elitentausch. Denn die Unzufriedenheit mit der herrschenden politischen Elite führte zu ihrer Absetzung – das System blieb im Grunde jedoch dasselbe.

F. Glasl: Das sehe ich ähnlich. Sie wissen, dass ich seit vielen Jahren in Georgien und Armenien tätig bin. Meine Erfahrung ist, dass es für die Völker dort unglaublich schwer ist, Demokratie zu erlernen. Das Muster – und das trifft auch auf die Ukraine zu – ist immer ein ähnliches. Zunächst ist die Opposition sehr glaubwürdig, sie prangert die Missstände an. Kaum ist sie indes an die Macht gelangt, verfällt sie in die gleichen Muster, wie die vormalige korrupte Machtelite.

Nehmen Sie zum Beispiel Michail Saakaschwili, der als Sprecher der Opposition gegen Schewardnadse zunächst außerordentlich wirksam war. Als Präsident begann er einen Kampf gegen die Korruption, indem er im mittleren Management der Verwaltung, der Polizei, des Zolls usw. radikal die Führungskräfte austauschte und durch neue, nicht korrupte Akteure ersetzte. In der zweiten Amtsperiode jedoch – er konnte kein drittes Mal wiedergewählt werden – versuchte er zu raffen, was nur zu raffen war. Er unterdrückte die politischen Gegner und verfiel in die gleichen Verfahrensmuster wie seine Vorgänger. Wiederum ging die Opposition dagegen vor.

Der Anführer des nächsten Parteienbündnisses, der international erfolgreich tätige Bankier Iwanischwili, ist sehr prosozial eingestellt und verhielt sich zunächst sehr integer. Bevor er sich in die Politik begab, förderte er großzügig die biologische Landwirtschaft, sanierte die staatliche Universität in Tiflis mit seinen privaten Mitteln. Er gelangte auf demokratische Weise an die Macht. – Aber auch der neue Präsident Margwelaschwili weiß nicht recht, wie mit der demokratisch gewählten Opposition umzugehen ist.

In Armenien ist Ähnliches zu beobachten: Jede Partei bezeichnet die amtierende Regierung als kriminell und verspricht vor der Wahl die Bekämpfung der Korruption. Doch kaum ist sie im Amt, beginnt sie sich am staatlichen Vermögen zu bereichern, als wäre es ihr Privatbesitz, wird daraufhin abgewählt – und das Spiel beginnt von Neuem. Diese Länder haben also immer ein großes Problem damit, mit Andersdenkenden, mit der Opposition, so umzugehen, dass ihr ein legitimer Platz im demokratischen Spiel zukommt. Die Opposition sagt mit guten Gründen, die Regierung sei korrupt, und die amtierende Regierung bezeichnet im Gegenzug die Opposition als Terroristen. Nach dem Machtwechsel beginnt dasselbe Muster.

Daher hat sich bei den Bevölkerungen die Meinung verfestigt, die jeweilige Regierung sei grundsätzlich korrupt und die Opposition bestehe nur aus Terroristen, die an die Macht kommen wollen, um diese zu missbrauchen. Dieses Denkmuster finden Sie auch in der Ukraine. Es herrschen Enttäuschung und Unmut – was zu einer Konkurrenz aller Kräfte führt anstatt zu einem gemeinsamen Auftreten gegen den gemeinsamen Feind. In der Ukraine konnte dieser tatsächlich bezwungen werden und musste das Land verlassen (übrigens: wie Saakaschwili auch, der jetzt Gouverneur in der Westukraine ist!). Aber immer, wenn sich die Frage stellt – Was sind unsere Gemeinsamkeiten, was wollen wir denn nun konstruktiv erreichen? – kommen erhebliche Divergenzen ans Licht. Und das Ganze wird noch schwieriger dadurch, dass sich aus dem Ausland permanent Kräfte einmischen und verdeckt Einfluss nehmen.

A. Bleicher: *Zu Zeiten Kutschmas wurde ja eine Art präsidentieller Demokratie etabliert. Karrieren konnten also mittels sozialer Nähe zum Präsidenten realisiert werden, während danach Parteienführer ein Machtoligopol etablierten. Unter Janukowytsch entstand wiederum eine Art präsidentieller Demokratie.*

F. Glasl: Das stimmt und mittlerweile gibt es wieder ein Machtoligopol von Oligarchen, das je nach Interessenslage kartelliert ist oder sich wechselseitig paralyisiert.

„Blick auf die ökonomische Situation...“

A. Bleicher: *Werfen wir einen Blick auf die ökonomische Situation der Ukraine. Die Transformation in den osteuropäischen Ländern war in den 1990er Jahren in wesentlichem Maße neoliberal geprägt mit einem starken Downsizing der Kombinate und einer Zerschlagung der Wertschöpfungsketten. Diese neoliberale Ausrichtung hat die Ukraine nicht in ebensolchem Ausmaß getroffen wie die GUS, denn im Osten der Ukraine blieben die Metallindustrie und Bergbauindustrie einigermaßen erhalten...*

F. Glasl: ...es handelt sich dabei um das Ruhrgebiet Russlands.

A. Bleicher: *Die Privatisierung unter Kutschma kann jedoch als eine Art ursprünglicher Akkumulation beschrieben werden: Die Klasse der Oligarchen entsteht. Und nun kommt es zu einem merkwürdigen Zusammenspiel: Der Staat beschützt die Oligarchen vor der Konkurrenz und umgekehrt stützen die Oligarchen das korrupte politische System.*

F. Glasl: Das trifft leider in hohem Grade zu. Die Privatisierungen erfolgten nach diesem Muster. Und die Oligarchen unterhalten eigene Privatarmeen, die aber nicht wirklich der zentralen Befehlsgewalt von Kiew unterstehen.

Lassen Sie mich einen kurzen Blick auf die Sowjetunion in der Phase Gorbatschow werfen, denn dort kristallisierte sich das Muster heraus, welches seither überall beobachtet werden kann. Ich weiß aus sehr guter Quelle, dass die Idee von Gorbatschow – mit der Dreigliederungsbrille gesehen – war, zunächst die kulturelle Befreiung zu installieren. Weshalb er unter dem Stichwort Glasnost die Pressefreiheit und Meinungsfreiheit auf der Straße förderte.

Als ich 1986 zum ersten Mal auf Einladung russischer Institutionen nach Leningrad fuhr und Seminare für Kader aus Wirtschaft und Politik hielt, führte ich dort Gespräche mit Leuten, die vehemente Kritik an der kommunistischen Ideologie äußerten – das war bereits ein Stück weit

Freiheit im Geistesleben. Gorbatschow wollte zunächst Freiheit im Geistesleben ermöglichen, dann Rechtsreformen umsetzen und zum Schluss erst die ökonomischen Reformen in Angriff nehmen.

Durch enormen Druck von US-Seite – zu 150 % neoliberal geprägt – wurde das Prozedere umgedreht: Es kam zu den Privatisierungen als Start der Wirtschaftsreformen, obwohl es dafür noch gar keinen rechtlichen Rahmen gab. Mit der Folge, dass nur die Nomenklatura, die ihr Geld im Ausland sichergestellt hatte, in der Lage war, Eigentum zu erwerben. Das Gleiche ereignete sich in Ungarn: Die Erzkommunisten hatten ihre Konten in der Schweiz und in Luxemburg, auch weil ihre Kinder schon in westlichen Ländern studiert hatten. So konnten die damaligen Eliten sich das Produktivvermögen aneignen. Sie waren die ersten Kapitalisten. Als später dann – auch unter Putin – diese Oligarchen kritisch beäugt wurden, gab es keine legalen Mittel mehr, ihnen die Produktivvermögen wieder zu entziehen.

Dasselbe ereignete sich in der Ukraine und brachte die Klasse der Oligarchen hervor, welche alle Umbrüche überstanden hat.

A. Bleicher: *Die Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass es in der Ukraine seit Mitte der 1990er Jahre eine sich stetig vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich gibt. Kann man den Konflikt in der Ukraine also auch als einen Verteilungskonflikt verstehen?*

F. Glasl: Ganz sicher! Man kann von einer stabilen Klasse von Oligarchen sprechen, die alles Vermögen besitzt. Die Aufbruchsbewegungen versuchen immer auch für sich eine ökonomische Perspektive zu entwickeln – und scheitern regelmäßig. Die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander, das ist wirklich erschreckend. Ich war auch zu Zeiten der UdSSR regelmäßig in Moskau und anderen sowjetischen Städten: Es gab damals keine Obdachlosen, die in Metrostationen übernachteten, keinen grassierenden Alkoholismus, keine Verelendung...

A. Bleicher: *Stellt diese Pauperisierung einen systemerhaltenden Faktor dar? Wer von Abstiegsgängsten geplagt wird, wählt das vermeintlich Sichere, gegebenenfalls den starken Mann...*

F. Glasl: ... und interessiert sich nicht für ein politisches System mit demokratischem Wettbewerb, das immer wieder Unsicherheiten generiert.

Die Problemlagen sind also die folgenden: Auch wenn das sprachliche Problem nicht zum Konflikt in der Ukraine führte, so wurden die Menschen dennoch verführt über Appelle an sprachliche Eigenheiten, religiöse Vorlieben oder historische Reminiszenzen. Die Chance, eine Diversität zu entwickeln, in welcher die politische Identität nicht

identisch sein muss mit der wirtschaftlichen und schon gar nicht mit der kulturellen, wurde nicht genutzt. Diese Entwicklung von etwas Neuem wurde von innen und von außen vehement verhindert. Denn hätte sich die Kultur erst einmal innerhalb ihrer eigenen Sphäre autonom entwickeln können, wäre sie nicht mehr zu instrumentalisieren gewesen von politischen oder ökonomischen Interessen.

Diese neue Entwicklung erachte ich auch in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht als realisierbar, da die Verhetzung zu groß ist. Wenn innerhalb eines Landes ein Krieg stattgefunden hat, muss erfahrungsgemäß sehr viel passieren, damit die Bevölkerung sich wieder versöhnt. Und dann noch eine konstruktive Form der Gestaltung zu finden, ist ein beinahe unmögliches Unterfangen. Möglicherweise hilft hier der Blick in die Schweiz, die ein Erfolgsmodell entwickelt hat im Umgang mit unterschiedlichen Identitäten.

A. Bleicher: Die Schweiz hat allerdings Verteilungsspielräume...

F. Glasl: ...ja, und nicht das krasse Verteilungsproblem wie in Osteuropa.

Beeinflussung des Ukraine-Konflikts von außen

A. Bleicher: Der Konflikt in der Ukraine kann nicht erschöpfend durch innerukrainische Konfliktlagen erklärt werden. Ein Teil des Konfliktes wird von außen in die Ukraine hinein transportiert. Wie beurteilen Sie das?

F. Glasl: Ich denke, dass das, was sich auf welt-politischer Ebene abspielt, großen Einfluss auf das Geschehen in der Ukraine hat und es dem Land schwer macht, in absehbarer Zeit zu nachhaltigen Lösungen zu gelangen. Russland und die asiatischen Ex-Sowjetrepubliken wollen einen eurasischen Wirtschaftsraum schaffen, der für Russland im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Hegemonie eine wichtige Rolle spielt. Putin treibt diesen Prozess voran und ist diesbezüglich im Dialog mit den eurasischen Staaten.

Nehmen wir das Beispiel TTIP, das den Versuch darstellt, einen westlich geprägten Wirtschaftsraum zu schaffen – ich behaupte unter Vorherrschaft der USA. Es ist aber auch ein Zeichen dafür, dass sich die Auseinandersetzungen zwischen Eurasien auf der einen und EU sowie Amerika auf der anderen Seite verschärft haben. Ich erlebe, dass die USA hier eine Art Abwehrkampf führen, während Russland und China, insbesondere aufgrund des chinesischen Wirtschaftswachstums, sich in der Offensive befinden. Wobei China die eigentliche

starke Kraft darstellt, trotz der jüngsten Turbulenzen an den Börsen und mit der Währung... Russland ist ökonomisch alles andere als stark, der Verfall des Rubels spricht da Bände.

„Es wurde... ein Feind benötigt...“

Dazu kommt noch, dass die Wirtschaftsimpulse der USA, auch die besonders innovativen wie die des Silicon Valley, ganz stark von der Rüstungsindustrie gespeist worden waren. Nach der Auflösung der Sowjetunion war den USA der Feind abhandengekommen – was ein großes Problem darstellte. Denn nun mussten sie sich auf die Suche nach einem neuen geeigneten Feind machen, um diese militärischen Investitionen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Die NATO stand ja ohne Aufgabe da und damit war auch das Militärbudget überflüssig geworden. Es wurde also dringend ein Feind benötigt. Dieser Feind musste jedoch auch konventionelle Kriege führen können – und wollen – und nicht nur asymmetrische, wie es heute weithin üblich ist. Die USA wollten zentrale Kommandostrukturen, nicht etwa autonome Zellen, die eigenständig operieren und dann nicht mehr zurückzuholen sind, wenn sie sich einmal in Bewegung gesetzt haben. Als ein solcher Feind kam und kommt – solange China sich der militärischen Auseinandersetzung verweigert – nur Russland in Frage.

A. Bleicher: Inwiefern wirkte sich das aus Ihrer Sicht auf den Ukraine-Konflikt aus?

F. Glasl: Die EU-Erweiterung in die Pufferzonen (Polen, baltische Staaten, Ukraine, Moldawien, Rumänien und Bulgarien) hat ganz wesentlich mit der Ausdehnung des NATO-Militärsystems zu tun. Die betreffenden Staaten hatten kein sonderliches Interesse, sich dem eurasischen Modell anzuschließen und gerieten nun in das Spannungsfeld der hegemonialen Staaten, wo von zwei Seiten an ihnen gezerrt wird: vom Westen *und* vom Osten. Das betrifft alle Pufferstaaten.

Für die Ukraine stand außerordentlich viel auf dem Spiel, als die Proteste auf dem Maidan begannen. Die Ukraine war erpressbar, weil sie vor dem Kollaps stand, die Zahlungsunfähigkeit drohte. Die enorme Staatsverschuldung setzte das Land unter erheblichen Handlungsdruck, sodass es letztlich aus diesem Grund zu einer Verweigerung des Assoziierungsabkommens mit der EU kam, weil der damalige Präsident Janukowytsch zwar ein Hilfsangebot aus Russland hatte, jedoch keines aus dem Westen. Die Ukraine wurde vom Westen im Stich gelassen, als sie sich gerade ideell gegenüber der EU öffnete. Gleichzeitig bedeutete diese Öffnung nach Westen die potentielle militärische Einkreisung Russlands durch die NATO.

Ein Zeichen dafür, dass es der NATO mit dieser Einkreisung Russlands Ernst war, ist aus dem Versuch der NATO ersichtlich, in Polen, an der Grenze zu

Russland, Raketen zu stationieren – offiziell nur als Drohpotential gegenüber dem Iran. Das war jedoch wenig glaubwürdig, es handelte sich um Raketen, die gegen Russland gerichtet werden konnten.

Damit nicht genug, fanden – aus russischer Sicht – permanente Provokationen gegenüber Russland statt. Denn sollte die NATO nach Georgien vordringen – Georgien und die Ukraine hatten ja 2008 den Antrag gestellt, NATO-Mitglied zu werden –, wäre Russland militärisch außerordentlich verwundbar. Als Warnung griff russisches Militär im August 2008 Georgien an und hält seither Süd-Ossetien besetzt.

Die NATO hat also ein vitales Interesse daran, die Ukraine einzubinden und den Kalten Krieg neu zu entfachen, da er für sie ein Stück Existenzberechtigung bedeutet.

A. Bleicher: Was sind die Logiken in diesem neuen Kalten Krieg? Geht es dabei nur um die Beherrschung des Rohstoffriesen Russland, oder spielen die Transformationsideologien – Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft – auch eine treibende Rolle in der Auseinandersetzung?

F. Glasl: Indem in Russland immer wieder Bezug genommen wird auf die Auseinandersetzungen der Vergangenheit, also auf den „Großen Vaterländischen Krieg“ (d.i. der Zweite Weltkrieg), erfolgt dadurch auch eine gewisse Rehabilitierung des Stalinismus.

A. Bleicher: Für manche russischen Ökonomen stellt Stalin mittlerweile wieder eine quasi-sakrale Figur dar, die die Industrialisierung und Modernisierung erzwungen hat.

F. Glasl: Eine ansonsten tragfähige ideelle Orientierung vermag ich in Russland nicht zu erkennen.

Umgekehrt betreibt der Westen mit TTIP ein ökonomisches Harmonisierungsprogramm und versucht, seinen Wirtschaftsraum soweit wie möglich zu arrondieren. Dies wird dann flankiert von Versatzstücken wie Patriotismus, die Angst vor dem Islam und der vermeintlichen Gefährdung der christlichen Welt.

A. Bleicher: Handelt es sich also um eine gleichsam tragische Komödie eines Konflikts?

F. Glasl: Dass Putin immer wieder die Dekadenz des Westens bemüht – Homosexualität usw. – und betont, dass Russland dieser Dekadenz widerstehe, auch das ist ein Ersatz für Ideen. Auch die zelebrierte Nähe zur orthodoxen Kirche, die in keiner Weise zukunftsweisend erscheint, stellt ein

Substitut für tragfähige Ideen dar. Insofern hat es etwas Komödienhaftes.

Einordnung des Konflikts in die Konflikttypologie

A. Bleicher: Kann man den Ukraine Konflikt mit den Kategorien des heißen oder kalten Konflikts typisieren und welche Konfliktstadien würden Sie heranziehen, um die derzeitige Situation zu beschreiben?

F. Glasl: Zunächst muss unterschieden werden zwischen dem innerukrainischen Konflikt – zwischen dem westlichen und dem östlichen Teil – und dem außerukrainischen Konflikt – zwischen Russland und dem Westen –, der den innerukrainischen Konflikt befeuert.

Der innerukrainische Konflikt ist auf Stufe acht einzuordnen (vgl. Kasten zu den Konflikteskalationsstufen, S. 8). Dort ist es mittlerweile zu einer verhärteten militärischen Konfrontation gekommen, die einen heißen Konflikt darstellt, in dem jede Konfliktpartei immer wieder versucht, die im Minsker Abkommen vom 11.02.2015 vage definierten Demarkationslinien zu ihren Gunsten zu verschieben.

Das eigentlich Überraschende jedoch ist, dass der Konflikt zwar auf lokaler Ebene eskaliert ist, während ein vitales Interesse sowohl auf russischer Seite als auch auf Seiten der EU besteht, dass dieser eskalierende Konflikt nicht über die Grenzen der Ukraine gelangt. Somit haben wir es lokal mit einem heißen Konflikt zu tun, aber überregional mit einem eskalierenden kalten Konflikt – denken wir an die Wirtschaftssanktionen –, der bis zur Stufe sechs, manchmal bis zur Stufe sieben, eskaliert ist.

In diesem Zusammenhang ist die Annexion der Krim im März 2014 von Bedeutung. Es handelt sich – je nach Sichtweise – nicht per se um eine Annexion. Ich habe in der Zeit der Krimkrise in Jekaterinburg mit Akteuren verschiedenster sozialer Schichten zu tun gehabt. Von russischer Seite wird die Krim traditionell als Teil Russlands verstanden, historisch und militärisch. So befürworten etwa 80 % der Krimbewohner die Angliederung an Russland.

Die völkerrechtliche Seite ist auch nicht ganz einfach darzustellen. Der Vorwurf der Annexion ist unter Berücksichtigung des heutigen Völkerrechts nicht unbedingt haltbar. Es war äußerst dumm von der russischen Seite, die Abstimmung nicht korrekt zu gestalten, sondern mit Drohgebärden – Soldaten mit Kalaschnikow neben den durchsichtigen Wahlurnen – zu flankieren. Denn die Bevölkerung der Krim hätte sich auch in einer korrekten Abstimmung mehrheitlich für Russland entschieden.

Vom geltenden Völkerrecht her ist es so, dass es zwei Rechtsauffassungen gibt: Die eine besagt, dass die

territoriale Integrität auf keinen Fall verletzt werden darf – und die andere, dass sie aus humanitären Gründen sehr wohl verletzt werden dürfe (oder sogar müsse!). Aber sowohl Russland als auch die USA bemühten nach dem Zweiten Weltkrieg immer die Auffassung, die ihnen situativ gerade ins Konzept passte, wenden also selbst widersprüchliche Rechtsauffassungen an.

A. Bleicher: Dennoch taucht hier das Problem von 1917 wieder auf – Stichwort Selbstbestimmungsrecht der Völker –, denn selbst wenn eine Abstimmung mit 80 zu 20 % der Stimmen für die Sezession ausgeht, existiert ja eine Minorität, die sich majorisiert fühlen muss. Und man könnte dies ja noch weiter-spinnen: Was passiert, wenn sich die ganze Ostukraine abspaltet und einen eigenen Staat gründet bzw. beschließt, sich Russland anzuschließen?

F. Glasl: Das Problem ist die Wilson-Doktrin, die den Ethnozentrismus befördert und damit schon die Keimzelle des nächsten Krieges dargestellt hat. Ich denke sogar, der Westen hätte gegen das Krim-Referendum nichts einzuwenden gehabt, wenn es sich um ein Referendum gehandelt hätte, wie mehrere nach dem Ersten Weltkrieg stattgefunden hatten. Putin hat hier einfach überstürzt gehandelt. Denn das eigentliche Problem bleibt ja bestehen, die unbeantwortete Frage: Was geschieht mit der Minorität? Eine reife Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Rechte der Minderheiten und der Opposition respektiert.

Klassisch zeigt sich dieses Problem in den Balkanländern: Die Tito-Politik suchte die Lösung in der Durchmischung. Als Jugoslawien zusammenbrach, folgte mit Milošević die Ideologie der „ethnischen Säuberung“, mit allen damit verbundenen Konflikten.

Es wäre aber wichtig gewesen, ein nicht auf Trennung nach Religion, Kultur oder Ethnie hin gestaltetes Zusammenleben zu versuchen, auf der Grundlage eines gemeinsamen Rechtssystems – wie im bereits erwähnten Positivbeispiel der Schweiz. Ein geteiltes Rechtsverständnis mit geteilten Grundrechten auf gesamtstaatlicher Ebene und unter Ermöglichung einer kulturellen Vielfalt – da sind wir ganz nahe an der Dreigliederung – in Bezug auf Religion, Sprache usw. Damit müsste in allen Konfliktkonstellationen dieser Art Ernst gemacht werden; das Mehrheit-Minderheit-Spiel löst kein einziges Problem.

Die neun Stufen der Konflikteskalation nach Friedrich Glasl

1. **Verhärtung:** Die Standpunkte verhärten sich und prallen aufeinander. Das Bewusstsein bevorstehender Spannungen führt zu Verkrampfungen. Trotzdem besteht noch die Überzeugung, dass die Spannungen durch Gespräche lösbar sind. Noch gibt es keine starren Parteien oder Lager.
2. **Debatte, Polemik:** Es findet eine Polarisation im Denken, Fühlen und Wollen statt. Es entsteht ein Schwarz-Weiß-Denken und verbaler Kampf um Überlegenheit und Unterlegenheit.
3. **Taten statt Worte:** Die Überzeugung, dass „Reden nichts mehr hilft“, gewinnt an Bedeutung, man verfolgt eine Strategie der vollendeten Tatsachen. Die Empathie mit dem „anderen“ geht verloren, die Gefahr von Fehlinterpretationen wächst.
4. **Images/Koalitionen:** Die „Gerüchte-Küche“ kocht, Stereotypen und Klischees werden aufgebaut. Die Parteien manövrieren sich gegenseitig in negative Rollen und bekämpfen diese. Es findet eine Werbung um Anhänger statt.
5. **Gesichtsverlust:** Es kommt zu öffentlichen und direkten (verbotenen) Angriffen, die auf den Gesichtsverlust des Gegners abzielen.
6. **Drohstrategien:** Drohungen und Gegendrohungen nehmen zu. Durch das Aufstellen von Ultimaten wird die Konflikteskalation beschleunigt.
7. **Begrenzte Vernichtungsschläge:** Der Gegner wird nicht mehr als Mensch gesehen. Begrenzte Vernichtungsschläge werden als „passende“ Antwort durchgeführt. Umkehrung der Werte: Ein relativ kleiner eigener Schaden wird bereits als Gewinn bewertet.
8. **Zersplitterung:** Die Zerstörung und Auflösung des feindlichen Systems wird als Ziel intensiv verfolgt.
9. **Gemeinsam in den Abgrund:** Es kommt zur totalen Konfrontation ohne einen Weg zurück. Die Vernichtung des Gegners zum Preis der Selbstvernichtung wird in Kauf genommen.

Vgl. Friedrich Glasl: Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater. Haupt-Verlag Bern, Stuttgart, Wien, 11. Aufl. 2013. S.a. https://de.wikipedia.org/wiki/Konflikteskalation_nach_Friedrich_Glasl

A. Bleicher: *Diese widersprüchlichen völkerrechtlichen Positionen und Praktiken werden in den Medien jedoch nicht aufgegriffen. Es wird dort nur mehr ein Schwarz-Weiß-Bild gezeichnet.*

F. Glasl: Völkerrechtlich galt früher die territoriale Unversehrtheit als dominantes Prinzip, heute müssen Eingriffe durch unhaltbare humanitäre Gegebenheiten legitimiert sein. Es hat – das kann ich nachvollziehen – aus russischer Sicht schon so ausgesehen, als sei während der Krim-Wirren eine humanitäre Intervention nötig und damit gerechtfertigt.

Szenarien der Entwicklung

A. Bleicher: *Samuel Huntington hat in seinem bereits erwähnten Werk „Kampf der Kulturen“ für die Ukraine drei Entwicklungsszenarien vorgestellt. Das zutreffendste geht von einer Spaltung des Staates aus. Welches Szenario halten Sie, die Entwicklung der Ukraine betreffend, für wahrscheinlich?*

F. Glasl: Auch wenn es den Ukrainern nicht gefällt – ich denke, dass die Teilung unumgänglich ist. Ich gehe nicht davon aus, dass sich die Ostukraine Russland anschließt, wie das im Fall der Krim geschehen ist. Dass die Eskalationsstufe acht eindeutig erreicht war, ergibt sich daraus, dass die miteinander bitter verfeindeten Teile nicht mehr bereit und fähig sind, das Modell weitgehender Autonomie innerhalb eines „Gesamtdaches Ukraine“, zu akzeptieren und unter einer gesamtstaatlichen Regierung à la Schweiz zu leben. Nach so viel Gewalt und gegenseitigen Schuldzuweisungen muss erst aufwendige Versöhnungsarbeit geleistet werden.

Dazu kommt, dass unbedingt interne Reorganisationen und Restrukturierungen erfolgen müssen. Denn in der Ostukraine sind in den staatlichen Organen – vor allem in der Polizei und der Verwaltung – Akteure tätig, die dort nicht aufgrund ihrer Fähigkeiten hingekommen sind, sondern aufgrund ihrer militärischen Stellung. Es bedarf also außerordentlicher Anstrengungen, dort wieder ein funktionierendes staatliches System herzustellen; die Situation in der Ukraine ist in vielem vergleichbar mit der Zeit nach der Kapitulation Deutschlands, mit der Entnazifizierung.

Ich erachte es als höchst unwahrscheinlich, dass diese Positionen, die heute in der Ostukraine aufgrund militärischer Meritokratie besetzt sind, freiwillig geräumt werden für einigermaßen fähige Akteure. Hinzu kommt, dass viele – im Grunde fähige Akteure – sich aufgrund der Situation opportunistisch verhalten mussten. Das kann man den Menschen gar nicht vorwerfen; aber sie sind deshalb nicht mehr glaubwürdig.

Dieses Problem besteht in der Westukraine umgekehrt genauso: Wie wird man die Kräfte wieder los, die sich – stark nationalistisch aufgeladen – gegen die Ostukraine positioniert haben, also die SWOBODA, die Söldner; die Privatheere der Oligarchen usw.?

Nachhaltige Entwicklungen werden eher regional verankert sein, im Osten wie im Westen. Was ja nicht ausschließt, dass man interregional langfristig wieder zu kooperativen Beziehungen gelangt. Das hat aber auch einen großen Vorteil: Eine zunächst regional verlaufende Entwicklung verhindert, dass permanent gefragt wird: Wer ist jetzt der Sieger, wer dominiert wen?

A. Bleicher: *Was bedeutet die Abspaltung des Ostens ökonomisch?*

F. Glasl: Der industrialisierte Bereich der Ukraine, der überwiegend auf Russland ausgerichtet ist, wird prosperieren. Der Export geht nach Russland und Russland ist auf die Güter aus der Ukraine angewiesen. Das wäre ja auch dann nicht zu ändern gewesen, hätte sich die Ukraine als Ganzes für die EU-Mitgliedschaft entschieden.

Der Westen hätte keine Exportgüter aus der Ukraine aufnehmen können, d.h. der Export der Ukraine ist auf den Abnehmer Russland geradezu angewiesen. Es hätte zahlreicher finanzieller Transfers der EU bedurft, um in der Ukraine eine neue Wertschöpfungsstruktur aufzubauen. Ich glaube nicht, dass das leistbar gewesen wäre, denn die Oligarchenstruktur verhindert ja eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung.

Summiert man all das bisher Ausgeführte, ist das Szenario der Ukraine als Gesamtstaat kaum vorstellbar. Es erscheint einfacher, den beiden Regionen eine je eigene wirtschaftliche Perspektive zu eröffnen – wobei auch das noch eine Herkulesaufgabe darstellt. Der Osten ist von den russischen Märkten abhängig und der Westen muss eine Situation herstellen, die Investitionen in der Westukraine ermöglicht.

Zu meinem Szenario gehört jedoch dazu, dass der Westen (also die EU) sagt: Die Entwicklung der Ostukraine ist auch uns ein Anliegen, ist eine Herausforderung, die uns betrifft. Es ist allzu naheliegend, zu sagen, mit der Ostukraine soll Russland fertig werden und der Westen soll sich nur um die Westukraine kümmern.

Ein Beispiel für diese kontraproduktive westliche Haltung stellt der Umgang mit dem Hilfskonvoi, bestehend aus den weißgestrichenen 280 LKW, dar, der im August 2014 von Russland aus in die Ostukraine in Bewegung gesetzt worden war. Auf den LKW waren sicherlich auch militärische Güter. Wieso hat nun die EU nicht gesagt: „Wunderbar, humanitäre Hilfe ist erwünscht, egal ob vom Osten oder Westen: Das Rote Kreuz und die OSZE sollen

sich zusammenschließen, den Transfer gemeinsam organisieren und gleichzeitig sicherstellen, dass es nur um humanitäre Hilfe geht.“? Warum wurde diese vom Osten ausgehende Hilfsaktion von Beginn an vom Westen diffamiert, anstatt der Propagandaaktion sozial intelligent den Wind aus den Segeln zu nehmen und zu sagen: „Wir kooperieren!“

Da hätte Russland nicht „Njet“ sagen können.

„...gemeinsam Sorge tragen...“

Die Situation in der Ostukraine stellt für den Westen eine humanitäre Herausforderung dar. Hilfe ist notwendig. Denn es funktioniert nicht so, dass der Westen für die Westukraine sorgt und Russland für die Ostukraine. Beide müssten für beide Teile der Ukraine gemeinsam Sorge tragen. Zudem wäre Entwicklungshilfe in Sachen Aufbau wirklich demokratischer Strukturen nötig. Ich weiß aber nicht, ob die Westukraine momentan für ein solches Hilfsangebot empfänglich wäre. Man folgt dort dem Modell eines amerikanisierten Europas nach dem Muster: Marktwirtschaft und Demokratie müssen als Institutionen in die Ukraine transferiert werden. Ansonsten gibt es in ihren Augen keine gesellschaftlichen Institutionen, die eine Rolle spielen.

Ganz allgemein sind intensive Gespräche notwendig. Und wenn Vereinbarungen zum 100. Mal gebrochen werden, dann geht man zum 101. Mal wieder hin und versucht, eine Demilitarisierung zu erreichen, damit das Ergebnis nicht ein Failed-State ist, im Osten wie im Westen. Hier wäre Europa stärker gefordert, es sollte die Bühne nicht den USA überlassen.

Das Szenario der Spaltung bedeutet aber auch, dass der kalte Konflikt der großen Wirtschaftsräume, der die Ukraine nach wie vor umgibt, weiterbesteht und die Situation immer wieder negativ beeinflussen kann.

A. Bleicher: Herr Glasl, wir danken für das Gespräch ■

Friedrich Glasl,

geboren 1941 in Wien. Ausbildung zum Schriftsetzer, danach Studium der Politologie in Wien, 1967 Dissertation zur internationalen Konfliktverhütung. Beruflich tätig für die Unesco, in der Stadtverwaltung Linz, in Druckereien und Verlagen und als Regieassistent eines Kellertheaters. 1966 Emigration nach Holland. 1967 bis 1985 tätig am NPI (Institut für Organisationsentwicklung, gegründet von Bernard Lievegoed) in der Unternehmensberatung, Forschung und Lehre. 1983 Habilitation für Organisationswissenschaften (Universität Wuppertal). 1985 Rückkehr nach Österreich. Mitbegründer der Trigon-Entwicklungsberatung und Dozent für Organisationsentwicklung (Universität Salzburg, zurzeit Visiting Professor an der Staatlichen Universität Tbilissi, Georgien).

André Bleicher,

geb. 1963; Ausbildung zum Elektromechaniker, Studium der Betriebswirtschaftslehre und Soziologie, Gründungsmitglied des Lorenz Oken Instituts, Herrischried, und des Instituts für soziale Gegenwartsfragen, Stuttgart, Tätigkeit als Organisations- und Kooperationsentwickler in Netzwerken kleiner und mittlerer Unternehmen, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der BTU Cottbus und der Universität Leipzig, Gastprofessor für Comparative Institutionalism an der Universität Lumière II Lyon, Professor für Business Development and Economics an der FH Salzburg, seit 2012 an der Hochschule Biberach, Lehrgebiete: Unternehmensführung und Organisation.

Ethik und Gesellschaft

Arbeitsmaterialien aus einem Kolloquium über Normendebatte und ethischen Individualismus

Christoph Strawe

Die hier versammelten Materialien stammen aus einer von uns veranstalteten öffentlichen Werkstatt mit anschließendem Forschungskolloquium am 24. und 25. Januar 2014 im Forum 3 Stuttgart. Es ging um den Themenkomplex Ethik und Gesellschaft (Kultur, Staat, Wirtschaft) und die Folgen bestimmter Normierungen auf einzelnen Gebieten (beispielhaft wurden das Schul- und Hochschulwesen sowie das Gesundheitswesen betrachtet). Was hier zur Veröffentlichung kommt, ist diesmal kein Konzentrat des Gesamtverlaufs, sondern eine Materialsammlung (Arbeitspapiere, Folien etc.). Auch diese ist nicht vollständig. So lagen zu den Beiträgen von Dirk Löhr (ethische Fragen der Wirtschaft) und Gerald Häfner keine Materialien vor. Zum einleitenden Vortrag von Harald Schwaetzer gibt es eine hochinteressante Zitatsammlung. Um die Argumentation des Vortrags selbst wiederzugeben, bedürfte es – wie in den anderen genannten Fällen – einer gesonderten Veröffentlichung. So wünschenswert diese ist, glaubte ich doch, mit der Publikation des Vorliegenden wegen seines Wertes für die gesellschaftliche Auseinandersetzung nicht warten zu sollen.

Normethik und gesellschaftliche Entwicklung heute

Arbeitspapier von Udo Herrmannstorfer

Ethik im Blickpunkt

Seit Beginn der noch jungen naturwissenschaftlich dominierten Neuzeit sind nach und nach alle Grenzen, durch die sich die Natur menschlichen Eingriffen verwehrt hatte, durchbrochen worden. Die Natur wurde und wird physikalisch, chemisch und genetisch dekomponiert, um sie nach menschlichen Vorstellungen, Wünschen und Absichten technisch neu zu kombinieren. Es entsteht eine neue Zivilisation, deren lebensverändernde Wirkungen sich mehr und mehr eigendynamisch entfalten und bisherige Wertvorstellungen und die auf ihnen basierenden Verhaltensweisen und Lebensformen radikal in Frage stellen. Die gleichzeitig dadurch ausgelösten zerstörenden Rückwirkungen auf Natur, Umwelt und Sozialität haben existenzbedrohende Dimensionen angenommen. Die „gottgegebenen“ Grenzen der natürlichen und sozialen Ordnung wurden im Takt des Fortschritts menschlicher Machbarkeiten überschritten: Mehr denn je ist Ethik gefordert, Mensch und Gesellschaft den Weg zu weisen, wie sie mit der Verantwortung für die selbst geschaffenen Freiräume gedeihlich umgehen können.

Ethik zwischen Individualität und Gesellschaft

Die zunächst innerhalb der westlichen Gesellschaften errungene und verfassungsrechtlich abgesicherte Verselbstständigung der Individualität hat dazu geführt, dass Urteilsbildung, Meinung, Weltanschauung und Religion nicht länger kollektiv bestimmt werden können, sondern in der Freiheit des Einzelnen liegen. Damit zersplittern nach und nach die aus der kollektiven Vergangenheit mitgebrachten ethischen Grundlagen. Die Ethik der Individualität und die noch vorhandenen allgemeinen Wertvorstellungen der Gesellschaft stimmen nicht mehr überein und treiben auseinander. Der im Zuge desselben Prozesses zunehmend entstehende Wertpluralismus macht es auch nicht mehr ohne weiteres möglich, bestimmte Werte gesellschaftlich durchzusetzen, ohne den Wesensgehalt von individuellen Grundrechten, und damit die errungene Freiheit der Individualität, zu verletzen. Wie aber kann es angesichts dieser Werte-Vielfalt gelingen, menschliche Handlungen als sittlich anzuerkennen? Offensichtlich kann ethische Übereinstimmung nicht mehr vorausgesetzt werden, sondern muss erst geschaffen werden.

Neuer Umgang mit der Ethik ist notwendig

Je mehr diese Entwicklung fortschreitet, umso mehr neue, ungewohnte ethisch-moralische Fragen stellen

sich in allen Lebensfeldern und umso mehr wächst der Bedarf an geeigneten Antworten. Gegenüber diesen neuen Fragestellungen versagen die traditionellen Handlungsmuster ebenso wie die Methode des Experiments. Bei wegweisenden Entscheidungen würde das Abwarten der Ergebnisse zu irreversiblen Verhältnissen führen. Denn jenseits der natürlichen Grenzen darf das Prinzip des „Aus-Schaden-klug-Werdens“, nicht mehr angewendet werden (s. die Diskussionen um die Nutzung der Atomtechnik oder die Erprobung genveränderter Lebewesen usw.). Bei essentiellen Fragen dieser Art muss das reaktive Erfahrungslernen durch das vorgreifende „Aus-Erkennen-Handeln“ ergänzt, ja davon abgelöst werden, damit nicht der Versuch dasjenige zerstört, was er zu retten vorgibt.

Ethik am Scheideweg

Grundsätzlich bieten sich zwei Lösungswege an: Der erste baut auf das Vertrauen, dass jeder Mensch in der Tiefe seines Wesens über die notwendigen moralischen Kräfte verfügt, die wirksam werden könnten, wenn man sie denn nur zur Entfaltung kommen ließe. Es komme in erster Linie nicht darauf an, verbindliche ethische Regeln zu verhängen, sondern die Bedingungen (Verhältnisse) zu schaffen für moralisches Verhalten der Einzelnen.

Dieser Ansatz hängt ausschließlich davon ab, welches Menschenbild den Hintergrund bildet, aber auch davon, auf welche Weise die sich darin zeigende Potenzialität erschlossen und in die Wirklichkeit überführt werden kann. Bei genauerer Betrachtung wird schnell deutlich, dass pure Liberalität das Problem des ethischen Verhaltens nicht lösen kann. Das wäre nur in einer rein auf sich selbst bezogenen Welt möglich. Denn die Moralfrage entsteht erst in und aus der Begegnung mit anderen Wesen. Von Handlungen sind immer auch andere betroffen. Es ist daher von fundamentaler Bedeutung, ob es gelingt, eine Brücke zu bauen über den Abgrund zwischen Freiheit und sozialer Verträglichkeit. Diese Brücke ist nicht als Naturzustand gegeben, sondern muss durch individuelle Seelenentwicklungsleistung gebaut werden. Die Ethik muss daher einen ihrer Pfeiler in der Bildung und Entwicklung der individuellen Menschen sehen. Ist dieser Pfeiler zu schwach, wird die Realität der Freiheit nicht zur Erscheinung kommen können, da allgemeine Regeln die Anstrengung einer Erziehung zur Freiheit verhindern bzw. unnötig machen. Bloß korrektes Verhalten hat noch keine moralische Qualität. ■

„[...] dass ich schuldig bin, sie dir zu geben“¹

Normethik als ethischer Individualismus

Zu Kants Idee der Selbstverpflichtung

Folien zum Vortrag von Harald Schwaetzer zu diesem Thema

„Jeder individuelle Mensch, kann man sagen, trägt, der Anlage und Bestimmung nach, einen reinen idealischen Menschen in sich, mit dessen unveränderlicher Einheit in allen seinen Abwechslungen übereinzustimmen die große Aufgabe seines Daseins ist.“

Schiller: Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen, 4. Brief, SW Bd. 5, 577.

„Der Mensch ist nur ein Ideal, die Gattung nur ein Gedachtes. Ein Mensch sein, heißt nicht das Ideal des Menschen erfüllen, sondern *sich*, den Einzelnen, darstellen. Nicht, wie Ich das *allgemein Menschliche* realisiere, braucht meine Aufgabe zu sein, sondern wie Ich Mir selbst genüge. Ich bin meine Gattung, bin ohne Norm, ohne Gesetz, ohne Muster.“

Max Stirner: Der Einzige und sein Eigentum. Stuttgart 1981, 200.

„Der gute Wille ist nicht durch das, was er bewirkt, oder ausrichtet, nicht durch seine Tauglichkeit zu Erreichung irgend eines vorgesetzten Zweckes, sondern allein durch das Wollen, d.i. an sich, gut und, für sich selbst betrachtet, ohne Vergleich weit höher zu schätzen, als alles, was durch ihn zu Gunsten irgendeiner Neigung [...] nur immer zu Stande gebracht werden könnte.“

Immanuel Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, B 3.

„Ein jedes Ding der Natur wirkt nach Gesetzen. Nur ein vernünftiges Wesen hat das Vermögen, nach der Vorstellung der Gesetze, d.i. nach Principien, zu handeln, oder einen Willen. Da zur Ableitung der Handlungen von Gesetzen Vernunft erforderlich wird, so ist der Wille nichts anders als praktische Vernunft.“

Immanuel Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, A 37.

„Der Wille ist eine Art von Kausalität lebender Wesen, so fern sie vernünftig sind, und Freiheit würde diejenige Eigenschaft dieser Kausalität sein, da sie unabhängig von fremden sie bestimmenden Ursachen wirkend sein kann.“

Immanuel Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, B 97.

„Autonomie des Willens ist die Beschaffenheit des Willens, dadurch derselbe ihm selbst (unabhängig von aller Beschaffenheit der Gegenstände des Willens) ein Gesetz ist. Das Princip der Autonomie ist also: nicht anders zu wählen als so, dass die Maximen seiner Wahl in demselben Wollen zugleich als allgemeines Gesetz mit begriffen seien.“

Immanuel Kant: Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, B 87.

¹ Schiller: Kallias oder über die Schönheit, SW Bd. 5, 406f., vgl. im Heft S. 13.

„Wenn das verpflichtende Ich mit dem verpflichteten in einerlei Sinn genommen wird, so ist Pflicht gegen sich selbst ein sich widersprechender Begriff. Denn in dem Begriffe der Pflicht ist der einer passiven Nöthigung enthalten (ich werde verbunden). Darin aber, dass es eine Pflicht gegen mich selbst ist, stelle ich mich als verbindend, mithin in einer activen Nöthigung vor (Ich, eben dasselbe Subject, bin der Verbindende); und der Satz, der eine Pflicht gegen sich selbst ausspricht (ich soll mich selbst verbinden), würde eine Verbindlichkeit verbunden zu sein (passive Obligation, die doch zugleich in demselben Sinne des Verhältnisses eine active wäre), mithin einen Widerspruch enthalten.“

Kant: Metaphysik der Sitten II, A 63.

„Person und Zustand – das Selbst und seine Bestimmungen – die wir uns in dem notwendigen Wesen als eins und dasselbe denken, sind ewig zwei in dem endlichen. Bei aller Beharrung der Person wechselt der Zustand, bei allem Wechsel des Zustands beharrt die Person. Wir gehen von der Ruhe zur Tätigkeit, vom Affekt zur Gleichgültigkeit, von der Übereinstimmung zum Widerspruch, aber wir sind doch immer, und was unmittelbar aus uns folgt, bleibt. [...] Indem wir sagen, die Blume blühet und verwelkt, machen wir die Blume zum Bleibenden in dieser Verwandlung und leihen ihr gleichsam eine Person, an der sich jene beiden Zustände offenbaren.“ [...] Nur durch die Folge seiner Vorstellungen wird das beharrliche Ich sich selbst zur Erscheinung.“

Schiller: Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen, SW 5, S. 601f.

„Denn setzt: es gebe keine solchen Pflichten, so würde es überall gar keine, auch keine äußere Pflichten geben. — Denn ich kann mich gegen Andere nicht für verbunden erkennen, als nur so fern ich zugleich mich selbst verbinde.“

Kant: Metaphysik der Sitten II, A 64.

„Der Anbau (cultura) seiner Naturkräfte (Geistes-, Seelen- und Leibeskräfte) als Mittel zu allerlei möglichen Zwecken ist Pflicht des Menschen gegen sich selbst. — Der Mensch ist es sich selbst (als einem Vernunftwesen) schuldig, die Naturanlage und Vermögen, von denen seine Vernunft dereinst Gebrauch machen kann, nicht unbenutzt und gleichsam rosten zu lassen, sondern, gesetzt dass er auch mit dem angeborenen Maß seines Vermögens für die natürlichen Bedürfnisse zufrieden sein könne, so muss ihm doch seine Vernunft dieses Zufriedensein mit dem geringen Maß seiner Vermögen erst durch Grundsätze anweisen, weil er als ein Wesen, das der Zwecke (sich Gegenstände zum Zweck zu machen) fähig ist, den Gebrauch seiner Kräfte nicht bloß dem Instinct der Natur, sondern der Freiheit, mit der er dieses Maß bestimmt, zu verdanken haben muss. Es ist also nicht Rücksicht auf den Vortheil, den die Cultur seines Vermögens (zu allerlei Zwecken) verschaffen kann; denn dieser würde vielleicht (nach Rousseauschen Grundsätzen) für die Rohigkeit des Naturbedürfnisses vortheilhaft ausfallen: sondern es ist Gebot der moralisch-praktischen Vernunft und Pflicht des Menschen gegen sich selbst, seine Vermö-

gen (unter denselben eins mehr als das andere nach Verschiedenheit seiner Zwecke) anzubauen und in pragmatischer Rücksicht ein dem Zweck seines Daseins angemessener Mensch zu sein.“

Kant: Metaphysik der Sitten, Der Pflichten gegen sich selbst Zweites Buch; § 19, A 110.

„Heute versteht es sich von selbst, dass auch das Erziehungswesen in den Komplex der Wirtschaft gehört, dass es genau so notwendig ist, Menschen für die Wirtschaft vorzubereiten wie Sachgüter und Maschinen. Das Erziehungswesen steht nun gleichwertig neben Autobahnen, Stahlwerken und Kunstdüngerfabriken.“

OECD: Wirtschaftswachstum und Bildungsaufwand. Wien 1966, 46.

„Ein zweiter Reisender erscheint, der Verwundete erneuert seine Bitte. Diesem zweiten ist sein Geld lieb, und doch möchte er gern seine Menschenpflicht erfüllen. ‚Ich versäume den Gewinn eines Guldens‘, sagte er, ‚wenn ich die Zeit mit dir verliere. Willst du mir so viel, als ich versäume, von deinem Gelde geben, so lade ich dich auf meine Schultern und bringe dich in einem Kloster unter, das nur eine Stunde von hier entfernt liegt.‘ - ‚Eine kluge Auskunfft‘, versetzt der andre. ‚Aber man muss bekennen, dass deine Dienstfertigkeit dir nicht hoch zu stehen kommt. Ich sehe dort einen Reuter kommen, der mir die Hülfe umsonst leisten wird, die dir nur um einen Gulden feil ist.“

Schiller: Kallias oder über die Schönheit, SW Bd. 5, 405

„Indem er [der Verwundete, HS] aufsteht und den Versuch macht, sich wegzubegeben, nähert sich ein fünfter Wanderer, der eine schwere Last auf dem Rücken trägt. ‚Ich bin so oft getäuscht worden‘, denkt der Verwundete, ‚und der sieht mir nicht aus wie einer, der mir helfen wollte. Ich will ihn vorübergehen lassen.‘ - Sobald der Wanderer ihn ansichtig wird, legt er seine Bürde nieder. ‚Ich sehe‘, fängt er aus eigenem Antrieb an, ‚dass du verwundet bist und deine Kräfte dich verlassen. Das nächste Dorf ist noch ferne, und du wirst dich verbluten, ehe du davor anlangst. Steige auf meinen Rücken, so will ich mich frisch aufmachen und dich hinbringen.‘ - ‚Aber was wird aus deinem Bündel werden, das du hier auf freier Landstraße zurücklassen musst?‘ - ‚Das weiß ich nicht, und das bekümmert mich nicht‘, sagt der Lastträger. ‚Ich weiß aber, dass du Hülfe brauchst und dass ich schuldig bin, sie dir zu geben.“

Schiller: Kallias oder über die Schönheit, SW Bd. 5, 406f.

New Public Management: Steuerung durch Normen und Standards?

**Arbeitspapier
von Michael Ross**

Die zunehmende Produktivität des menschlichen Geistes in der Erzeugung von Waren und Dienstleistungen sowie deren immer verzweigtere Verteilung (Globalisierung) führen zu einem immer stärkeren Wettbewerb um Standortvorteile. Der dabei entscheidende Faktor sind die fälschlicherweise als bloße Kosten diskreditierten Lohn- und Sozialaufwendungen der Gesellschaften. Diese sozialstaatlich organisierten Umverteilungseinkommen zugunsten nicht-ökonomischer Aufgaben (sog. öffentliche Güter wie z.B. Wissenschaft, Bildung, Gesundheit) stehen im Zuge des neoliberalen Paradigmas der Ökonomie unter dem Generalverdacht ineffizienter Verwendung und damit Verschwendung, da diese Leistungen nicht marktwirtschaftlich organisiert sind. Da aber in der Wirklichkeit die Bedingungen für einen vollständigen Wettbewerb von Angebot und Nachfrage über freie Preisbildung nicht existieren (können), werden Schein-Märkte für öffentliche Güter konstruiert (Forschungsmarkt, Bildungsmarkt, Gesundheitsmarkt), um optimale Bedingungen für den Tauschvorgang zu simulieren.

Mit dem Konzept des New Public Management (NPM) liegt mit Beginn der 1990er Jahre ein international verbreitetes, länder- und branchenspezifisch differenziertes Konzept betriebswirtschaftlicher Steuerung der Umgestaltung nicht-ökonomischer Aufgaben und Bereiche in ökonomische Märkte mit gewinnmaximierenden Anbietern und nutzenmaximierenden Nachfragern vor. Das NPM beschreibt die Versuchsanordnung eines sozialen Experiments, das neue Organisationsformen im sog. „Dritten Sektor“ („Non-Profit-Sektor“ oder „Not-for-Profit-Sektor“), die weder durch Marktwettbewerb („Marktversagen“) noch durch staatliche Regulierung („Staatsversagen“) effizient gesteuert werden können, zu staatlich gelenkten Unternehmen umformt. Damit verortet sich das NPM als neues gesellschaftliches Steuerungsmodell scheinbar ideologiefrei zwischen Staat und Markt. Wichtige Experimentalbedingungen sind u.a.:

■ *Die Umdeutung der menschlichen Seinsweise und des menschlichen Selbstverständnisses:* Aus Bürgern, Kindern, Schülern, Studenten, Patienten werden im NPM „Kunden“, die ihre Bedürfnisse und Wünsche befriedigen wollen, und aus Erziehung, Bildung, Pflege werden „Produkte“ und „Produktionsvorgänge“. Dabei werden wesentliche Unterschiede zwischen ökonomischen Leistungen und Leistungen, die in Erziehung, Bildung, Pflege usw. direkt mit dem Menschen geschehen (Beziehungsdienstleistungen), ignoriert. Die Vielfalt menschlicher Wesensäußerungen in Beziehungsdienstleistungen wird auf formale ökonomische Kategorien technisch-industrieller Prägung

reduziert. Diese Entwicklung hat besonders für die kreativen Berufe der Beziehungsdienstleistungen fatale Folgen, weil sie zu einer Verdrängung intrinsischer durch extrinsische Motivation führt, in der inhaltliche (qualitative) Motive durch monetäre ersetzt werden.

■ *Das Konzept der „Teilautonomie“:* Aus der Verbindung zum Staat als dem rechtlichen Gewährleister von Sozialansprüchen zieht das NPM die Legitimation, Art und Umfang nicht-ökonomischer Aufgaben zu bestimmen (Anerkennungsmonopol der Aufgaben von Institutionen) und durch die Verbindung mit dem ökonomischen Wettbewerb gewährt es effiziente Gestaltungs- und Durchführungsautonomie. Das „Was“ bestimmt der Staat, das „Wie“ der Umsetzung liegt in der Verantwortung der Institutionen. Führung (strategische Zielsetzung) und Ausführung (operationelle Freiheit) werden getrennt, eine institutionelle Eigenverantwortung und damit Selbstverwaltung ist nicht (mehr) möglich. Die grundlegende Verantwortung der Institution für ihren fachlich-sozialen Impuls wird ausgehöhlt und durch fremde Zielsetzungen ersetzt, deren Erfüllung durch die Institution sich der Staat zu kontrollieren vorbehält. Für den Bereich der Beziehungsdienstleistungen führt dies einerseits zu einer rein utilitaristischen, outputorientierten, Marktgesetzen und Nutzenoptimierung verpflichteten Organisationsform, während die Inhalte – pflichtethisch formuliert – zum Input werden, der in politische Gesetze, Richtlinien und Verordnungen umgemünzt und als Verhaltensnormen in diesem Bereich tätigen Menschen vorgeschrieben wird.

■ *Der Staat verändert seine direkt angebotsorientierte Steuerung der Institutionen im Bereich der Beziehungsdienstleistungen (z.B. Schulen, Hochschulen, Kliniken) in eine indirekt nachfrageorientierte, bei der die „Produkte“ (z.B. Bildungsabschlüsse, Gesundheitsdienstleistungen) definiert werden müssen und deren Wirksamkeit für den „Kunden“ nachgewiesen werden muss. Die Kosten dieser „Produkte“ sind zu berechnen und den staatlichen Kostenträgern anzubieten, diese vergeben sog. Leistungsaufträge zur „Produktion“ unter der Bedingung künstlicher Wettbewerbe. Die „Produkte“ müssen möglichst standardisiert sein, damit sie vergleichbar sind. Vergleichbarkeit wird durch Messbarkeit (Kennzahlen, quantitative Indikatoren) hergestellt. Auf dem Umweg über künstlich inszenierte Wettbewerbe (z.B. PISA-Test, Hochschulrankings, Benchmarking) wird qualitative Wirksamkeit (z.B. Wahrheit, Bildung, Heilung) durch quantitative Wirksamkeit (z.B. Anzahl wissenschaftlicher Publikationen, Credit Points, Liegezeiten im Krankenhaus) verdrängt und damit immer mehr Unsinn produziert (z.B. immer belanglosere Publikationen, immer mehr Bildungsabschlüsse bei sinkendem Bildungsniveau, immer mehr unnötige Behandlungen).*

■ *Mögliche Fragestellung:* Welche Grundfragen, Gesichtspunkte und Ansätze gibt es für eine förderliche Gestaltung der Institutionen im Bereich der Beziehungsdienstleistungen, in denen Kreativität und Entwicklung zu den wesentlichen Grundlagen gehören? ■

Schulen und Hochschulen

Bildung in Zeiten von Bologna?

Folien zum Einführungsreferat von Harald Schwaetzer

Der europäische Hochschulprozess

1. Magna Charta Universitatum vom 18. September 1988, Bologna
2. Sorbonne Erklärung vom 25. Mai 1998
3. Der Europäische Hochschulraum. Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister, 19. Juni 1999, Bologna
4. Prager Kommuniqué, 19. Mai 2001
5. Berliner Kommuniqué, 19. September 2003
6. Bergener Kommuniqué, 20. Mai 2005
7. Londoner Kommuniqué vom 18. Mai 2007
8. Kommuniqué von Leuven/Louvain-la-Neuve vom 28. bis 29. April 2009 – Bologna-Prozess 2020 – Der Europäische Hochschulraum im kommenden Jahrzehnt
9. Erklärung von Budapest und Wien vom 12. März 2010 zum Europäischen Hochschulraum

Vorgelagert: Economic Growth and Investment in Education. Wirtschaftswachstum und Bildungsaufwand. Hrsg. v. OECD. Wien 1966

Entwicklungen von Bologna I (1988) zu Bologna II (1999)

Bologna I (1988):
Betonung des humanistischen Erbes

- Sorbonne-Erklärung (1998):
- Europäischer Hochschulraum
 - Vereinheitlichung
 - Flexibilität / Mobilität
 - Ausbildung statt Bildung
 - Wettbewerbsfähigkeit

Bologna II (1999):

1. Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse
2. Einführung eines Systems, das im Wesentlichen auf zwei Hauptstufen fußt
3. Einrichtung eines Leistungspunktesystems
4. Förderung der Mobilität
5. Förderung der europäischen Kooperation bei der Qualitätssicherung
6. Förderung der europäischen Dimensionen im Hochschulwesen

Qualitätssicherung der Normierung

Ab Bologna II (1999) ist Qualitätssicherung verankert

Berlin (2003):

- Qualität als Dreh- und Angelpunkt, und damit auch Qualitätssicherung
- bis 2005 ein „System der Akkreditierung“ und ein Evaluationssystem

Bergen (2005):

- Fortschritte im gemeinsamen System
- weitere Anstrengungen notwendig
- Rahmen der ENQA wird gebilligt

ENQA: European Association for Quality Assurance in Higher Education

- Gegründet 2000, seit 2004 unter diesem Namen
- Entstanden in einem Prozess, der nach eigenen Angaben bis in die frühen 90er Jahre zurückgeht

– In einem Pilotprojekt wurden folgende Punkte als Rahmen vereinbart:

- „Autonomy and independence both from government and from higher education institutions in terms of procedures and methods concerning quality evaluation;
- Self assessment;
- External assessment by a peer review group and site visits;
- Publication of an evaluation report.“

– Bedeutung: „These principles later came to constitute the backbone of the European Council Recommendation of 24 September 1998 on European cooperation in quality assurance in higher education.“

Zitiert aus: ENQA (ed.): 10 years (2000–2010), Beitrag von Dorte Kristoffersen: From the first pilot projects to the founding of ENQA (1994–2000), 6

„Heute versteht es sich von selbst, dass auch das Erziehungswesen in den Komplex der Wirtschaft gehört, dass es genau so notwendig ist, Menschen für die Wirtschaft vorzubereiten wie Sachgüter und Maschinen. Das Erziehungswesen steht nun gleichwertig neben Autobahnen, Stahlwerken und Kunstdüngerfabriken.“

OECD: Wirtschaftswachstum und Bildungsaufwand. Wien 1966, 46

Im Bericht zur OECD-Konferenz heißt es dazu:

Es gehe um nicht weniger, „[...] als dass Millionen Menschen von einer Lebensweise losgerissen werden sollen, die seit Jahrhunderten und Jahrtausenden das Lebensmilieu ausmachte.“

Zitiert nach Graupe, Silja / Krantz, Jochen: Anpassung an eine Scheinwelt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.12.2013, Nr. 284, S. 7.

„Die Regierungen verpflichten sich, Fortschritte bei der Einhaltung der Normen und Standards zu erzielen, wobei sie durch das System der gegenseitigen Prüfungen (Peer Reviews) unterstützt werden. In

einer Welt globaler Interdependenzen ist diese Vorgehensweise wohl der effizienteste Weg, Einfluss auf das Verhalten souveräner Staaten auszuüben.“

OECD: Die Globalisierung in den Griff bekommen. Zur Rolle der OECD in einer sich wandelnden Welt. 2004, 23.

„Um ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden, muss eine Regierung sich im Zweifelsfall auch gegen den empirischen und kontingenten Volkswillen durchsetzen. Politische Entscheidungen, die der gegebenen Mehrheitsmeinung entgegenstehen, sind nur auf den ersten Blick demokratietheoretisch bedenklich.“

Bertelsmann Stiftung (Hg.): Die Kunst des Reformierens. Konzeptionelle Überlegungen zu einer erfolgreichen Regierungsstrategie. Gütersloh 2009, 24.

„A competency is more than just knowledge and skills. It involves the ability to meet complex demands, by drawing on and mobilising psychosocial resources (including skills and attitudes) in a particular context.“² Das Ziel einer Kompetenz liegt darin, dass vermittelt wird, „what individuals need in order to function well in society as they find it.“³

OECD: The Definition and Selection of Key Competencies. Executive Summary, 4. <http://www.oecd.org/pisa/35070367.pdf>. (Abruf 10.12.2012) (2005 veröffentlicht als „Summary“ eines Prozesses, dessen Anfang mit 1997 angegeben wird).

Cusanus Hochschule, Bernkastel-Kues

Stichworte

- Befähigung zur Selbstbildung
- Forschung: im Dialog
- Studium: forschendes Lernen am Puls der Zeit
- Zwischenräume: von Theorie und Praxis
- Weiterbildung: Kultur gestalten
- Denkräume
- Verortung: regional und international
- Struktur: Autonomie der Hochschule
- Wirtschaftsleben: Frei von Interessen, gemeinschaftsgetragen, Schenkgeld

² „Eine Kompetenz ist mehr als Wissen und Fähigkeiten. Sie schließt die Befähigung mit ein, komplexe Bedürfnisse erfüllen zu können, indem sie in einem bestimmten Kontext auf psychosoziale Ressourcen zurückgreift und sie gleichzeitig mobilisiert (Fähigkeiten und Haltungen eingeschlossen).“

³ „was jeder Einzelne braucht, um in der Gesellschaft, so wie er sie vorfindet, gut zu funktionieren.“

Freiheit oder ökonomisch-administrative Fremdbestimmung

Arbeitspapier Christoph Strawe

1. Geistesleben und Wertorientierung in alten Gemeinschaften und heute

Wertorientierungen spielen für das soziale Zusammenleben in allen Zeiten eine wesentliche Rolle. In ihrem Zustandekommen und ihrer Wirkungsweise unterliegen sie dem großen historischen Wandel, den wir als „Individualisierungsprozess“ bezeichnen können. Je weiter wir in der Gemeinschaftsentwicklung zurückgehen, umso mehr werden Wertorientierungen innerhalb einer hierarchischen – von einem mächtigen, aber unfreien, Geistesleben getragenen – Struktur für alle Menschen verbindlich vorgegeben, d.h. den Individuen als Lebensregeln verordnet.

Das moderne Bewusstsein dagegen strebt immer mehr nach situationsgerechtem Handeln aus individueller Einsicht und individuellem Wertbewusstsein. Das verlangt zunehmend nach einer Durchlässigkeit des Sozialgefüges für das Individuelle, wie sie nur durch ein Geistesleben möglich wird, das keiner Fremdbestimmung unterliegt, sondern in dem sich die kulturelle Kreativität der einzelnen menschlichen Individuen entfalten kann. Nur so können Fähigkeiten angemessen gepflegt, entwickelt und betätigt werden, ohne deren Zustrom das soziale Leben im weitesten Sinne immer mehr veröden müsste.

2. Verstaatlichung des Schul- und Hochschulwesens als Befreiung und neue Fessel – Selbstverwaltungsforderung

Die weitgehende Übernahme des Schul- und Hochschulwesens in die Verwaltung des Staates, die sich seit dem Beginn der Neuzeit schrittweise vollzog, war ein historischer Fortschritt – zum einen als Befreiung von kirchlicher Vormundschaft als letztem Ausläufer des alten unfreien Geisteslebens, zum anderen als Beginn einer zunehmenden Überwindung ständischer Bildungsprivilegien, der Gewährleistung des Rechts auf Bildung und eines Hochschulzugangs für alle.

Doch die Dynamik der Bewusstseinsentwicklung – die Herausbildung des modernen Mündigkeits- und Freiheitsanspruchs –, die diesen Fortschritt notwendig werden ließ, gerät mit der bestimmenden Rolle des Staates zunehmend in Konflikt: „Innerhalb des Staatsgefüges ist das Geistesleben zur Freiheit herangewachsen; es kann in dieser Freiheit nicht richtig leben, wenn ihm nicht die volle Selbstverwaltung gegeben wird.“⁴ Selbstverwaltung heißt hier: Zusammenarbeit in und zwischen Aufgaben- und

⁴ R. Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft, GA 23, Aufl. Dornach 1974, S. 10.

Verantwortungsgemeinschaften, die aus individuellen Einsichten und freien Impulsen entstehen.

3. Neue Rolle des Staates gegenüber dem geistigen Leben

Der moderne Staat soll individuelle Menschenrechte und damit den Pluralismus schützen, d.h. aber auf die Vorgabe inhaltlicher Lebensregeln zu verzichten: Gemeinsame Wertorientierungen beziehen sich nun auf die Form des Zusammenlebens, die es jedem erlaubt, selbstbestimmt und verantwortlich zu handeln. So ergibt sich die Notwendigkeit eines Rollenwandels des Staates in Bezug auf Schulen und Hochschulen bzw. die Kultursphäre als Ganze. Diese Institutionen sollten nur noch dort Veranstaltungen des Staates sein, wo Gründung und Betrieb in Eigenverantwortung nicht gelingt, d.h. der Staat hätte sich hier konsequent subsidiär zu verhalten. Er hat allerdings den Zugang zu Bildung zu garantieren und muss damit auch eine Rolle bei der Gewährleistung ihrer Finanzierung spielen.⁵ Inhaltlicher Bestimmung und Kontrolle hat er sich jedoch zu enthalten und seine Tätigkeit gegenüber der Kultursphäre auf die Rechtsaufsicht zu konzentrieren.⁶

Schulen und Hochschulen in nichtstaatlicher Trägerschaft sind in vielen Ländern heute immerhin geduldet – teilweise sogar gefördert, wenn auch selten in gleicher Höhe wie staatliche Einrichtungen. Häufig werden sie zu „privaten“ „Ersatz“-Einrichtungen abgewertet. Diese Duldung ist doppelgesichtig: Sie ist einerseits ein Kompromiss mit dem alten Prinzip kirchlicher Trägerschaft, andererseits eine Konzession an das neue Prinzip der Gemeinschaft in und aus Freiheit.

4. Tendenz zur ökonomischen Fremdbestimmung

Die immer noch viel zu weitgehende Bestimmung des Schul- und Hochschulbereichs – wie der gesamten Kultursphäre – durch den Staat geht heute zunehmend einher mit einem fremdbestimmenden Druck der Ökonomie auf das Geistesleben.⁷ Die Qualität der schulischen Bildung und des Studiums sind zu Standortfaktoren in der globalen Konkurrenz geworden und werden schwerpunktmäßig unter diesem Gesichtspunkt betrachtet und behandelt. Dies äußert sich für den Schulbereich in der PISA-Studie der OECD, für die Hochschulen zeigt sich die gleiche Denkweise im Bologna-Prozess.⁸ Weitere

5 Die Notwendigkeit einer solidarischen Finanzierung des Schul- und Hochschulwesens und des Übergangs zu freiheitlicheren Formen ist vom Institut für soziale Gegenwartsfragen an anderen Stellen immer wieder herausgestellt worden, vgl. die einschlägigen Artikel auf der Seite „Themen“ und „Studentexte“ auf www.sozialimpulse.de

6 Hier gibt es gewiss Grenzfragen, über die man diskutieren muss.

7 Bisher war die Unfreiheit der Schule größer als die der Universität, wo – wie eingeschränkt auch immer – das Prinzip der Freiheit von Forschung und Lehre galt. Auch in dieser Hinsicht beobachten wir leider eine Tendenz zur „Verschulung“ der Hochschule.

8 Vgl. Michael Ross: Freies Bildungswesen oder Bildung als sozio-ökonomisches Lenkungsinstrument? Bemerkungen zu PISA. Und: Harald Spehl: Die Lissabon-Strategie der EU und ihre Auswirkungen auf das Bildungswesen (Bologna-Prozess, Bachelor, Master etc.). Beides in: Bildung in Bewegung. Die Konsequenzen von PISA und Bologna für die kulturelle Entwicklung Europas. Sozialimpulse, Heft 3/2007, S. 8ff. und 17ff.

Stichworte sind an ökonomischen Interessen orientierte Forschungsfinanzierung, Bildungsstandards, ökonomisch gedachte Qualitätsentwicklungs- und Evaluationsformen.

Die Staatstätigkeit selbst hat sich im Kontext der skizzierten Entwicklung modifiziert und ist mehr an ökonomischen Kriterien ausgerichtet worden, wie schon das Wort „New Public Management“ signalisiert.⁹ Zwar ist durch das NPM eine gewisse Zurückdrängung überbordender Detailregulierung erfolgt, jedoch weniger stark als erwartet. Die erhoffte weitergehende Lockerung im Sinne eines Einstiegs in eine wirkliche Autonomie-Entwicklung ist nicht eingetreten.

5. Neohumboldtianismus versus doppelte Fremdbestimmung

Der doppelte – administrative und ökonomische – Druck hat in den letzten Jahren, wenn auch nur vereinzelt, zu einer Rückbesinnung auf Wilhelm von Humboldts Konzept der Autonomie der Hochschule als einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden geführt. Humboldt war bekanntlich ein Befürworter der Begrenzung der Wirksamkeit des Staates und damit eines freien Geisteslebens. Als preußischer Kultusminister agierte er im Sinne sinnvoller Kompromisse und realistischer Entwicklungsschritte hin zu mehr Freiheit unterhalb der Schwelle der Entstaatlichung, wobei er an seiner Grundidee festhielt, der „wahre Zweck des Menschen“ sei „die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen“. Zu dieser Bildung sei „Freiheit die erste und unerlässliche Bedingung.“¹⁰

Die Wiederentdeckung Humboldts war überfällig, nachdem gerade in der Zeit des Aufbruchs von 1968 sein Autonomiekonzept als Isolation der Wissenschaft im Elfenbeinturm und damit als Verweigerung kritischer gesellschaftlicher Verantwortung von Wissenschaft verkannt wurde. Man lastete zu Unrecht Humboldt an, was man als Auswüchse der Ordinarienuniversität zu Recht bekämpfte. Dieses Missverständnis hat später den Widerstand gegen den Druck der Ökonomie geschwächt. Angesichts der heutigen Situation hat nun ein Umdenken begonnen. So schreibt Antti Hautamäki: „In der neohumboldtianischen Universität [des 21. Jahrhunderts, CS] bilden Lehre, Forschung und die Lösung aktueller brennender Probleme eine kohärente Einheit in Form einer dreifachen Aufgabe.“¹¹ Roland Benedikter spricht über die anstehende „Wiederbegegnung mit Humboldt“.¹²

9 Eine wichtige Rolle spielt im NPM der Begriff der „Teilautonomie“, vgl. den Beitrag M. Ross in diesem Heft, S. 14.

10 Wilhelm von Humboldt: Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen.

11 Siehe „Die neohumboldtianische Universität – ein Modell des 21. Jahrhunderts“. In: Sozialimpulse, Heft 1/2013, S. 19–21. Roland Benedikter schlägt für die Auseinandersetzung mit diesen brennenden Problemen einen 7-dimensionalen Ansatz vor (Wiederbegegnung mit Humboldt. Die Zukunft der Erziehung: Mehrdimensionalität, Multidimensionalität, Integration zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften. Roland Benedikter im Gespräch mit Adrian Wagner. In: Sozialimpulse, Heft 1/2013, S. 9–19).

12 a.a.O.

6. Selbstverwaltung und das Prinzip Verantwortung

Freiheit als „Freiheit wovon“ (Nietzsche) löst alte Bindungen auf. Sie ist damit zwar ein notwendiger Schritt der Emanzipation, nur als Verantwortungsprinzip begriffen jedoch wird Freiheit zur neuen sozialen Bindekraft. Alte Lenkungsformen sind daher nicht einfach abzuschaffen, sondern an ihre Stelle muss freiwillige Verbindlichkeit durch Verabredungen und vertraglich gefasste Selbstverpflichtung treten. Freie Schulen und Hochschulen sind gestaltete Räume und keine Tummelplätze der Willkür. Dies wird m.E. nicht überall, wo freie Bildung gefordert wird, deutlich genug gesehen, wie denn überhaupt große Unterschiede in der Interpretation dessen bestehen, was freies Geistesleben sei.¹³

Nur durch Selbstverwaltung entsteht bei den Lehrenden die Verantwortlichkeit für die Umsetzung freier Impulse in die soziale Realität. An Schulen muss ihr Vorhandensein oder ihr Fehlen entsprechende Rückwirkungen auf die Entwicklung von Wertebewusstsein und ethisch-sozialer Kompetenz der Schüler haben. Der Grad gelebter Verantwortung ist aber auch mitbestimmend für die Atmosphäre, die Studierende an den Hochschulen vorfinden. Viele sind heute frustriert über das System von Credit Points und das „Bulimielernen“, sie erleben das Gegenteil der von Humboldt gewollten Selbstbestimmung und Freiheit von Lehrenden und Lernenden in Bezug auf Forschung, Lehr- und Studiengestaltung. Es muss darüber gesprochen werden, wie Hochschulen wieder Orte werden können, an denen individuelle Erkenntniswege nicht nur möglich sind, sondern gefördert werden.

7. Übergreifende Selbstverwaltung

Die Entwicklung des Schul- und Hochschulwesens im Sinne von Selbstverwaltung und freier Trägerschaft kann nicht bloß als Entwicklung von Einzeleinrichtungen gedacht werden, auch wenn die Entscheidungen soweit wie möglich an diese „Basis“ verlegt werden sollten. Es gibt offenkundig eine Fülle von Fragen, die sich auf das Ganze des Schul- und Hochschulwesens bzw. auf einzelne Regionen oder übergreifende Einzelfragen beziehen. Sollen Entscheidungen darüber nicht dem Staat oder dem Markt überlassen bleiben, ist die Bildung von Selbstverwaltungsorganen, die sich mit ihnen befassen, unabdingbar. Es wäre zu diskutieren, wie solche Organe aussehen und entstehen können.

8. Befreiung als Prozess

Die Befreiung des Geisteslebens ist ein Entwicklungsprozess. Sie kann nicht verordnet, darf aber auch nicht behindert werden. Wo öffentliche Schulen und Hochschulen in freier Trägerschaft gewollt werden, müssen sie auch entstehen können. Was das im

einzelnen beinhaltet, wird beispielsweise für das Schulwesen in den 7 Kernforderungen des Bundes der Freien Waldorfschulen an die Bildungspolitik behandelt, wo folgende Punkte genannt werden: 1. Recht auf umfassende Bildung für jedes Kind. 2. Freiheit in der Bildung. 3. Qualitätsentwicklung statt Bildungsstandards. 4. Chancengleichheit durch freie Schulwahl. 5. Inklusion ist kein Sparmodell. 6. Radikale Erneuerung der Lehrerbildung. 7. Förderung von Vielfalt – Abbau von Kulturmonopolen.¹⁴

Analog wären Kernforderungen für das Hochschulwesen zu diskutieren. Einzelfragen in diesem Zusammenhang wären z.B. auch: Welche Perspektiven haben Initiativen zu einem Studium in Eigenregie?¹⁵ In welchem Verhältnis stehen sie zu freien Hochschulgründungen? Sind verbindliche Curricula schon ein Eingriff in die geistige Freiheit?

9. Aufgabe der Schule und „Werteerziehung“

Mündigkeitsentwicklung verlangt die Möglichkeit des schulischen Lernens für alle jungen Menschen, in einer Form, die eine lebendige geistige Beziehung mit den Lehrern ermöglicht. Diese sind im Grunde „Beziehungsdienstleister“, deren Tätigkeit sozialkünstlerischen Charakter hat. (In entsprechend modifizierter Weise gilt das auch für die Lehrenden an den Hochschulen.)

Ethik vermittelt die Schule nicht, indem sie Normen predigt, sondern indem sie die Entwicklung von lebendigem Denken, sozialem Empfinden und Initiativkraft fördert, aber auch, indem sie erlebbar macht, wie Menschen um individuelle Antworten auf Herausforderungen des Lebens gerungen haben und ringen. Es geht darum, mit jungen Menschen Werte zu entdecken und Wertebewusstsein zu fördern. „Sittlichkeit“ ist heute nicht mehr Anpassung an die in der Gemeinschaft herrschenden Sitten, sondern ethisches Intuitionsvermögen und moralische Phantasie. Wie diese angeregt werden können, ist die Frage. Konservative Theoreme und Forderungen zur „Werteerziehung“, die heute eine gewisse Konjunktur haben, sind aus den genannten Gründen nicht zielführend, was die Überwindung der zunehmenden Wertblindheit angeht. ■

¹³ Vgl. die Kontroverse um die Thesen von Hautamäki und Benedikter in der Leserpostspalte der Zeitschrift „Sozialimpulse“, Heft 2/2013. Dort wirft Ingo Hoppe beiden vor, sie hätten Humboldts Ansatz nicht begriffen und wollten ihre eigenen Auffassungen durch staatlich verordnete Curricula für alle Studierenden verbindlich machen.

¹⁴ <http://www.waldorfschule.de/medien/erklarungen/7kernforderungen/>
¹⁵ Vgl. die Reportage von Eva-Maria Manz „Ein anderes Leben“ in der Stuttgarter Zeitung vom 15.1.2014, S. 24.

Gesundheitswesen

zwischen Patientenverantwortung,
staatlicher Fürsorge und Profitorientierung

Paolo Bavastro: Thesenpapier zum Kolloquium

Welches Menschenbild bzw. Gesellschaftsbild?

A – Staat weiß besser, was für Bürger gut ist, muss lenken, da Bürger unmündig. Staat regelt sehr tief, schreibt vor – direkt oder verdeckt.

B – der mündige aufgeklärte Bürger – Bewusstseinsseele. Ist sehr unbequem ... Staat gibt nur Rahmenbedingungen vor.

2 – Bürger für den Staat oder Staat für die Bürger ?

3 – Jetzt verdeckte Staatsmedizin und Planwirtschaft (Problematik von Anstalten des öffentlichen Rechts ...)

4 – Der Arzt heute ist als Verwalter des Vermögens der Krankenkassen nicht dem Patientenwohl verpflichtet.

5 – **Statt ideologischer Argumente Redlichkeit**

6 – **Solidarität ohne Selbstverantwortung gibt es nicht.**

Alternativen

1 – **Versicherungspflicht** (Basis-, Zusatz-, Vollversicherung) statt Pflichtversicherung (Abschaffung von Beitragsbemessungsgrenze)

2 – **Kostenerstattung** (Patient muss Kosten kennen) statt Sachleistung

3 – **Abbau der heutigen Bürokratie**

4 – **Freie Arztwahl**

5 – **Freiberuflichkeit**

6 – **Deckelungen, Budgetierungen, Regresse** müssen abgeschafft werden.

7 – **MDK¹⁶, Ausschuss Ärzte-Krankenkassen** auflösen

8 – **IQUIG¹⁷** auflösen

9 – **DMP¹⁸, Rabattverträge**

10 – **ANMOG¹⁹: Prüfverfahren:** Kassen diktieren dann den Preis für neue Medikamente.

11 – **MVZ²⁰:** Versklavung der Ärzte

12 – **DRG²¹ im Krankenhaus:** abschaffen

¹⁶ Medizinischer Dienst der Krankenversicherung

¹⁷ Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen

¹⁸ Disease Management Programme (definierte Versorgungsprozesse)

¹⁹ Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarkts (2011)

²⁰ Medizinische Versorgungszentren

²¹ Diagnosebezogene Fallgruppen („Fallpauschalen“)

13 – **Elektronische Gesundheitskarte** führt zu komplett transparenten Ärzten und Patienten.

14 – **Kassenärztliche Vereinigung** muss aufgelöst werden.

Pessimismus oder Realismus?

Presseberichte: Betrugerei in Krankenkassen-Abrechnung

Vernunft wird erst dann ein Stück weit einkehren, wenn der Ärztemangel für jeden deutlich spürbar wird.

Heute schon herrscht die Generation 50+ bei Tagungen vor.

Silvia Briggen: Thesenpapier zum Kolloquium

Von allen Lebensbereichen des Menschen wirft wohl das Gesundheitswesen die meisten Fragen ethischen Handelns auf, weil alle Heilbemühungen begleitet sind von einem „Entweder-Überleben-oder-Sterben“. Appelle ans gute oder schlechte Gewissen der Akteure, seien dies Patienten, Ärzte, Krankenkassen oder Heilmittelhersteller, sind allgegenwärtig. Sehr schnell sind Grenzen überschritten, wo Ethik verlassen wird, um andern Kriterien den Vorrang zu geben.

Beispiele: Schwangerschaftsabbruch, pränatale Eingriffe am Embryo, In-vitro-Fertilisation und Leihmütter, Impferzicht oder Impfzwang, lebensverlängernde Maßnahmen, Ansprüche der Patienten an die Spitzenmedizin. Was ist der Hirntod wirklich? Organverpflanzungen: der Mensch als Ersatzteillager, Bevormundung des Patienten durch unsoziale Krankenkassensysteme, Gentechnologie in der Arzneimittelherstellung, Tierversuche, Chemisierung in Medizin und Landwirtschaft etc. Zusammengefasst: Ruf nach Kontrolle, nach Normen durch Materialismus und Säkularisierung.

Lösungsansätze: Heilkunde als Schulfach, Vermittlung des Menschenbildes als Ganzheit von Leib, Leben, Seele und Geist, Bewusstseinsförderung rund um Prävention und Selbstheilungskräfte: Krankheit ist mindestens der Selbstheilungsversuch des Körpers, oft die Heilung selber. Fieber ist der wirksamste Faktor unter ihnen. Einführung komplementärmedizinischer Methoden in die Gesetzgebung in Schule, Praxis und Forschung. Höhere Achtung vor dem Placebo-Effekt. Einführung zukunftsweisender Versicherungsmodelle wie z.B. Artabana. Abschaffung der Tierversuche. Pythagoras: Solange der Mensch der unermüdliche Zerstörer von vermeintlich niederem Leben ist, wird die Welt keinen Frieden finden.

Zusammengefasst: Spiritualisierung der Medizin und des gesamten Gesundheitswesens ist dringend vonnöten!

Weiterführende Literatur: Hans-Peter Studer: Gesundheit in der Krise, Verlag AAMI Breganzona ■

Zeichen der Zeit

Vom Referendum zum Oktroi – Griechenland akzeptiert Austerität als Staatsdoktrin

André Bleicher

In den frühen Morgenstunden des 13. Juli kommt es zu einer – sogenannten – Übereinkunft zwischen Griechenland und den ‚Institutionen‘, also der Europäischen Union (EU), der Europäischen Zentralbank (EZB), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie dem Euro-Rettungsschirm (WSM). Das ökonomisch und sozial darniederliegende Land erhält zusätzliche Kredite in Höhe von 92 Mrd. Euro und muss dafür weitere ‚Anpassungsanstrengungen‘ auf sich nehmen. Griechenland hat sich – um mit Wolfgang Streeck zu sprechen – ein weiteres Quantum Zeit gekauft.¹ Der Preis indes, den Griechenland und in Sonderheit die regierende Syriza entrichten muss, ist hoch (vermutlich zu hoch): Syriza muss entmündigende Auflagen akzeptieren. Es handelt sich keineswegs um eine Übereinkunft im Wortsinne, bei der die Partner sich auf einen Kompromiss verständigt hätten.² Es ist auch kein Waffenstillstand in einem monatelang andauernden Konflikt erreicht worden. Die Bedingungen der Vereinbarung sind härter, als jene des Überbrückungsprogramms, welches die griechische Bevölkerung zwei Wochen vor dem 13. Juli noch abgelehnt hatte. So musste die griechische Regierung einwilligen, dass „bei Abweichungen von ehrgeizigen Primärüberschusszielen“ gleichsam automatisch Ausgabenkürzungen eingeführt werden – das bedeutet, Syriza hat (gezwungenermaßen) die Austeritätspolitik³ zur extern überwachten Staatsdoktrin erklärt. Doch damit nicht genug: „Die Regierung muss die Institutionen zu

sämtlichen Gesetzentwürfen in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf konsultieren und sich mit ihnen abstimmen, ehe eine öffentliche Konsultation durchgeführt oder das Parlament befasst wird.“⁴ Syriza hat das eigene Land einer wohl Jahrzehnte andauernden Fremdbestimmung ausgeliefert.

Der 13. Juli markiert die bisher schwerste Niederlage der in Griechenland regierenden Syriza, welche zur Spaltung dieser Bewegung geführt hat. Nachdem sich bereits die PASOK in den vergangenen Jahren atomisiert hat, setzt sich in Griechenland nun die Zersplitterung des politischen Systems fort. Diejenigen, welche Syriza verlassen haben, schließen sich in einer neuen Partei zusammen, der ‚Laiki Enotita‘ (Volkseinheit); Ministerpräsident Alexis Tsipras verfügt damit im Parlament über keine Mehrheit mehr und muss den Weg der Neuwahl beschreiten. Ob Syriza erneut eine Regierung bilden kann, ist ungewiss.

Auch die andere Seite verspürt nur eine geringe Genugtuung nach dem Sieg. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble konstatiert zwar, dass die Vereinbarung keinerlei „Referendumsbonus“ enthalte. Im deutschen Bundestag jedoch stimmt nicht nur die Opposition (aus unterschiedlichen Motiven) gegen das dritte Hilfspaket, sondern auch 63 Abgeordnete der Unionsparteien – immerhin knapp 20 % der konservativen Seite. Deren Motive, gegen das Hilfspaket zu stimmen, sind vielschichtig: Den einen geht es um den Euro, der durch das ökonomisch instabile Griechenland gefährdet werde, den anderen – ressentimentgeladen – darum, die ‚faulen Griechen‘, welche sich – ‚listig wie Odysseus‘ – in die Euro-Zone gemogelt haben, loszuwerden, was auf einen Konflikt zwischen dem ‚vorbildlichen Norden‘⁵ und dem ‚faulen Süden‘ hinausläuft. Am 13. Juli entpuppt sich das gewonnene Referendum für Syriza als Pyrrhussieg – es ist Syriza nicht gelungen, mit dem Argument, 60 % der Griechen lehnten das Verhandlungsergebnis ab,⁶ akzeptablere Bedingungen auszuhandeln, im Gegenteil: Die nun vereinbarten Konditionen enthalten vielfach Verschärfungen. Als Pyrrhussieg mag sich die Vereinbarung vom 13. Juli jedoch auch für Deutschland und Europa erweisen; die ‚Institutionen‘ haben sich einstweilen zwar als mächtiger gezeigt als das ‚nervige‘ Griechenland – jedoch: um welchem Preis? Der überzeugte Europäer

4 Vgl. Erklärung des Euro-Gipfels, Brüssel, 12.07.2015

5 Während sich in der Endphase der Verhandlungen die Risse zwischen Deutschland und Frankreich (und teilweise auch Italien) vertieft haben, hat sich in der Euro-Gruppe eine bemerkenswerte Koalition zusammengefunden. Als treuester Verbündeter von Finanzminister Schäuble entpuppte sich – neben den Niederlanden – Finnland, in dessen Regierung die ‚wahren Finnen‘, explizit das Ziel verfolgen, Griechenland aus dem Euro zu drängen.

6 Das griechische Referendum wirft ein Schlaglicht auf ein Problem direkter Demokratie. Während die griechische Bevölkerung ein für sie unbefriedigendes Verhandlungsergebnis ablehnte und dies im Ergebnis ohne Wirkung blieb, hätte umgekehrt die deutsche Bevölkerung – weit überwiegend – ein für Griechenland akzeptables Ergebnis abgelehnt: Umfragen gehen von bis zu 80 % Ablehnung aus. Das Ergebnis dürfte auch dann Bestand haben, wenn man die Verhetzung durch die einschlägigen Medien in Rechnung stellt. Das Problem liegt darin, dass die Momentaufnahme des Referendums in Politik transformiert werden muss. Dies ist im vorliegenden Fall nicht gelungen – im Gegenteil: Sehr grundsätzlich betrachtet, ist die Politik der Syriza, ein Verhandlungsergebnis zu akzeptieren, welches dem Ergebnis des Referendums eklatant widerspricht, nicht wirklich legitimierbar.

1 Vgl. Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt / Main

2 „Die Verhandlungen fanden nicht auf Augenhöhe statt“, heißt es in einem Non-Paper der griechischen Regierung vom 13.07.2015, Athen, S. 1

3 Austerität: „von lat. austeritas, dt. Strenge, Herbheit, findet im ökonomischen Sinne Verwendung als Bezeichnung für eine strenge Sparpolitik des Staates“ (<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/austeritaet.html>).

Jürgen Habermas⁷ spricht von einer „schändlichen Reaktion“ der deutschen Regierung und Erhard Eppler legt dem deutschen Finanzminister den Rücktritt nahe, da dieser die europäische Idee beschädigt habe.⁸ Antje Voller assoziiert die Vereinbarung gar mit der Niederschlagung des Prager Frühlings.⁹ Auch wenn es scheint, als seien hier die Maßstäbe verrutscht, verweist diese Assoziation – so wohl nicht gemeint – durchaus auf eine mögliche Parallele: Mit der Niederschlagung des Prager Frühlings offenbarte der Staatssozialismus seine grundsätzliche Reformunfähigkeit und er schuf damit eine Gesellschaft, die sich ins Private zurückzog und sich ansonsten in Passivität flüchtete. Ähnliches droht gegenwärtig den Gesellschaften Europas; wenn Widerstand gegen die europaweit dominierende Austeritätspolitik Mal um Mal erfolglos bleibt, besteht die Gefahr, dass die europäischen Gesellschaften in Resignation verfallen.

So erweist sich das Verhandlungsergebnis in zweifacher Hinsicht als problematisch: Griechenland gelangt auf diesem Wege nicht aus der ökonomischen Krise, Europa jedoch läuft Gefahr, in die Depression abzugleiten.

Rückblende I: Was bisher geschah

Die gegenwärtige Diskussion über die Eurokrise und ihre Bewältigung ist von einer einseitigen, allein auf Griechenland bezogenen, Problemsicht geprägt. Schuld an der Krise sind demnach die früheren griechischen Regierungen, die schon den Eintritt in die Währungsunion mit gefälschten Zahlen ‚erschwindelt‘ haben, und die auch danach Jahr für Jahr gegen die Defizitgrenzen des Stabilitätspakts verstießen. Als im Jahr 2009 die soeben gewählte PASOK-Regierung die Mogelei aufdeckte, war die Staatsverschuldung schon so extrem hoch, dass die Märkte nun exorbitante Risikozinsen verlangten und der Staatsbankrott drohte. Weil dieser aber den Euro und vielleicht sogar die Europäische Union hätte gefährden können, musste Griechenland (danach auch noch Irland und Portugal) durch Garantien und verbilligte Kredite des europäischen Rettungsschirms davor „gerettet“ werden. Um den Schuldendienst zu sichern, verpflichteten sich diese Krisenländer dazu, drakonische Sanierungspläne zu akzeptieren, welche von einer ‚Troika‘ aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds definiert und im Vollzug überwacht werden.

Sieben Jahre jedoch funktionierte die Partnerschaft innerhalb der Euro-Gruppe zur Zufriedenheit der Akteure: Nach dem Aktiencrash im Jahr 2000 war Deutschland in die Rezession geraten, die Arbeitslosigkeit stieg auf fünf Millionen, die Binnenwirtschaft lahmte, da Sparpolitik und Lohnsenkungen die Nachfrage abwürgten. Als einziger Wachstumsmotor erwies sich der Export – unter anderem in

die Länder Südeuropas. Diese profitierten von den niedrigen Eurozinsen. Löhne und Konsum stiegen in der Zeit zwischen 2001 und 2008 stetig an. Griechenland und die anderen südeuropäischen Staaten befanden sich auf einem Wachstumspfad und trugen so nicht unwesentlich zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft bei. Aber diese Lösung hatte massive Rückwirkungen auf das makroökonomische Gleichgewicht im Euroraum. Dank stabiler Produktionskosten stiegen die deutschen Exporte, während mangels Nachfrage die Importe zurückblieben. Deshalb wuchsen die Exportüberschüsse, und die deutsche Leistungsbilanz, die noch 2000 ein Defizit ausgewiesen hatte, erreichte bis 2007 ein Plus von 7,5 % des BIP. In derselben Periode stiegen dagegen die Leistungsbilanzdefizite in Griechenland auf 14 % des BIP, in Portugal und Spanien auf 10 %. Und da die deutschen Überschüsse nicht im Inland konsumiert oder investiert wurden, sondern als Kapitalexporte ins Ausland zurückflossen, waren es vor allem sie, die den steigenden Kreditbedarf der südeuropäischen Länder finanzierten.

Die Währungsunion weist ganz offenbar einen ‚blinden Fleck‘ auf. Ohne die Währungsunion wären so extreme Ungleichgewichte durch Änderung der Wechselkurse verhindert worden. Stattdessen profitierten nun die deutschen Exporteure von einer zunehmenden realen Unterbewertung, während die griechische Wettbewerbsfähigkeit gleichzeitig von einer Überbewertung unterminiert wurde. Es beginnt eine Phase gegenseitiger Vorwürfe. So wird von deutscher Seite den ‚Pleite-Griechen‘ attestiert, jahrzehntelang über ihre Verhältnisse gelebt zu haben, während umgekehrt eingewendet wird, Deutschland habe sich mittels interner Abwertung – also durch Senkung der Arbeits- und Sozialkosten – auf unfaire Weise Wettbewerbsvorteile verschafft.¹⁰

Im Jahr 2008 bricht dieses Modell des kreditgetriebenen Wachstums Griechenlands und der exportgestützten Sanierung Deutschlands im Zuge der großen ökonomischen Krise zusammen. Weil die Staaten sich gezwungen sahen, Banken, Unternehmen und Arbeitsplätze zu retten, stieg überall die Staatsverschuldung. Aber die südeuropäischen Staaten, deren Wirtschaft auf Kapitalimporte angewiesen war, mussten ihre Banken und Sparkassen nicht nur vor der Lehman-Pleite schützen, sondern auch vor den Wirkungen der internationalen Kreditverknappung. Aus der privaten Überschuldung folgte also ein besonders steiler Anstieg der Staatsverschuldung. Diese mutierte dann zur Staatsschuldenkrise, als die Ratingagenturen und die „Märkte“ die Fähigkeit der Staaten bezweifelten, die infolge der Krise dramatisch gestiegene Staatsschuld wieder abzutragen oder jedenfalls zu bedienen. Aber der eigentliche Gegenstand solcher Zweifel ist nicht die Höhe der Staatsschuld an sich, sondern das Leistungsbilanzdefizit und die sich daraus ergebende Notwendig-

7 Interview in Le Nouvel Observateur vom 30.07.2015

8 Erhard Eppler in Deutschland-Radio Kultur vom 24.07.2015

9 vgl. Frankfurter Rundschau vom 17.07.2015

10 Die Lohnstückkosten Deutschlands sind bis zum Jahr 2008 im Vergleich zu seinen Europartnern um 20 % gesunken. Die Regeln der Währungsunion hätten allerdings erfordert, dass in allen Ländern eine Zielinflationsrate von 2 % gehalten wird – Deutschland unterlief diese Zielmarke mittels interner Abwertung permanent.

keit, dieses durch Kapitalzuflüsse aus dem Ausland auszugleichen.

Griechenland jedenfalls wurde, angesichts der extremen Verschuldung, von der ‚Troika‘ ein Sparprogramm verordnet – de facto handelt es sich um das radikalste Sparprogramm der Geschichte. Es offeriert im Gegenzug ‚Hilfspakete‘, also Kredite, welche die Zahlungsunfähigkeit des Landes einstweilen verhindern. Im Zeitraum von 2008 bis 2015 setzt die ‚Troika‘ in Griechenland eine radikale Austeritätspolitik durch. Griechenland reduziert die Löhne im öffentlichen Sektor um 24 %, in den ebenfalls betroffenen Staaten Spanien und Portugal werden diese Einkommen „nur“ um 15 bzw. um 3 % zurückgefahren. Der Transfer in Sozialleistungen wird in Griechenland eingefroren, so dass die sozialen Härten der Einkommenskürzung nicht mittels Umverteilung gemildert werden können. In Spanien und Portugal steigen die Sozialtransfers um 12 bzw. 34 %. Die griechischen Staatsausgaben sinken um 12 % – in Portugal und Spanien steigen sie um jeweils 18 %. Die Lohnsumme sinkt in Griechenland um 27 %, in den beiden anderen Ländern nur um 8 %. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von 7,1 % im Jahr 2008 auf 27,1 % im Jahr 2013 und ist seitdem nur geringfügig gesunken. In Konsequenz bedeutet dies: Griechenland soll sich aus der Krise sparen. Spanien und Portugal dürfen sich – zumindest partiell – aus der Krise herauskonsumieren.

„Der Schuldner hat Schuld“, so bezeichnet Heiner Flassbeck¹¹ diese Haltung und umreißt damit die Tendenz in Politik und (leider auch) Ökonomie, auf eine vordergründige Symptombehandlung zu vertrauen. Dort wo das Problem auftritt, so die Überzeugung dieser ‚naiven Realisten‘, liegt auch seine Ursache. Wenn Griechenland ein Haushaltsdefizit hat, muss es – so die schlichte Logik der schwäbischen Hausfrauen – eben sparen. Das Griechenland unter einem Problem leidet, dessen Ursachen – zumindest teilweise – nicht bei Griechenland zu suchen sind, liegt für die Verfechter der Austerität außerhalb ihres Vorstellungshorizonts. Dieser Befund erscheint umso fragwürdiger, als die prognostizierten Effekte des Austeritätsprogramms sich nicht einstellen mögen. Trotz aller Opfer der griechischen Bevölkerung ist die öffentliche Verschuldung Griechenlands von 120 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2010 auf 175 % im Jahr 2013 gestiegen, im Jahr 2015 könnte sie die 200 %-Marke erreichen. Trotz Austerität wurden die mit der ‚Troika‘ vereinbarten Primärüberschussziele niemals erreicht. Trotz Austerität liegen die griechischen Exporte darnieder. Hinzu kommt, dass der Anteil am BIP, der für die Schuldentilgung aufgewandt werden soll, so hoch bemessen ist, dass die griechische Ökonomie – ein ausgeglichener Primärsaldo unterstellt – Wachstumsraten von über 4 % erreichen müsste, um tatsächlich eine Schuldentilgung zu erreichen – ein vollkommen unrealistisches Unterfangen.¹²

11 Vgl. <http://www.flassbeck-economics.de/griechenland-grosse-depression-und-die-schuld-des-glaebigers/>

12 Damit es zu keinen Missverständnissen kommt: Es soll nicht behauptet werden, dass Griechenland vollkommen schullos in die Krise geraten ist. Es kann kein Zweifel bestehen, dass den

Es kam, wie es kommen musste. Die griechische Bevölkerung nutzt die Chance der Neuwahlen im Januar 2015 und wählt die regierende Koalition, bestehend aus Nea Dimokratia und PASOK ab. Stattdessen entscheidet sich die griechische Bevölkerung mit dem Mute der Verzweiflung dafür, die ‚radikale Linke‘ zu wählen. Syriza bildet, zusammen mit ANEL, die neue Regierung.

Rückblende II: Syriza auf der Suche nach Haarrissen im monolithischen Block der Austeritätsgläubigen

Syriza ist weniger Partei, als vielmehr Bewegung. Von Anfang an zeichnete sich das Bündnis jedoch durch besondere Merkmale aus. Denn die Koalition der radikalen Linken, die sich hinter dem Akronym Syriza verbirgt, setzt sich seit ihrer Gründung 2004 aus einer großen, linksreformistischen Partei eurokommunistischen Ursprungs (Synaspismos) mit parlamentarischer Vertretung und einem Dutzend kleiner Organisationen der extremen Linken maoistischer, trotzkistischer und bewegungsorientierter Herkunft zusammen. Die Koalition bildete damit eine Ausnahme von der bis dahin geltenden Regel, dass traditionelle Parteien links von der Sozialdemokratie sich niemals mit Organisationen der extremen Linken verbünden. Syriza oszilliert ständig zwischen Linksreformismus und einem konsequenten Antikapitalismus. Die Partei stellt ein absolutes Novum dar, einen Versuch, das tief sitzende Sektierertum zu überwinden, das bis dato die griechische Linke ausgezeichnet hatte. Hinzu kam, dass viele Aktivisten erstmals auch ihren bornierten Horizont überschritten und andere europäische Bewegungen in Fleisch und Blut kennenlernten, von deren Existenz sie vorher nichts wussten. Zunächst fanden innerhalb des Bündnisses heftige Auseinandersetzungen zwischen der Hauptpartei Synaspismos und den Organisationen der radikalen Linken statt, was dazu führte, dass sich im Jahr 2010 der sozialdemokratische Flügel von Synaspismos abspaltete (heute DIMAR) und auf den Vorsitzenden Alekos Alavanos der junge (aus der Jugend der KKE kommende) Alexis Tsipras folgte. Damit erhielt Syriza ein klareres und linkeres Profil, das es ermöglichte, die Radikalisierung der Bevölkerung infolge der Schuldenkrise aufzufangen.

Der Wahlsieg von Syriza bedeutete jedoch noch nicht, dass nun schnell ein Politikwechsel möglich war. Zwar hat Syriza der griechischen Privilegienswirtschaft glaubwürdig den Kampf angesagt – dennoch blieb der Politikansatz zunächst nur Versprechen. Denn Syriza sah sich unmittelbar nach Regierungsantritt dem Gegenfeuer der ‚Institutionen‘

griechischen Eliten eine erhebliche Mitverantwortung an der Krise zukommt. Korrupte Politiker, ein ineffizientes Steuersystem und ein stark segmentierter Arbeitsmarkt sind Beleg genug für das Versagen griechischer Politik und Wirtschaft. Der Arbeitsmarkt verzeichnet zwar rund eine Million geschützter Arbeitsverhältnisse, dieser Zahl stehen jedoch auch eine Million Beschäftigte gegenüber, die sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden, und gar zwei Millionen, die im informellen Sektor tätig sind und somit ohne jeden sozialen Schutz leben. Der griechische Wohlfahrtsstaat erweist sich als immer schon hoch defizitär und dringend reformbedürftig. Vgl. Chasoglou, Jannis (2015): Griechenland. Umbau oder Abriss des Wohlfahrtsstaates?. In: H.J. Bieling und D. Buhr (Hrsg.), Europäische Welten. Frankfurt / Main, New York. S. 243 - 271

ausgesetzt.¹³ So weigerte sich die EZB, weiterhin griechische Staatsanleihen aufzukaufen, die bereits zugesagten Milliarden des dritten Hilfsprogrammes wurden nicht überwiesen und Überschüsse aus den sogenannten Target-2-Erlösen flossen nicht nach Griechenland zurück. Immer neue Drohungen sollten das Land in Angst und Schrecken versetzen, den Kapitalabfluss befördern und die Gefahr des Staatsbankrotts zu erhöhen. Das Ziel der ‚Institutionen‘ bestand darin, die Regierung zu stürzen. Günter Verheugen¹⁴ hat dies ausgesprochen:

„... nach meiner Meinung geht es hier darum, dass man verhindern will, dass ein Land wie Griechenland anderen Ländern demonstriert, dass man sich lösen kann von dem, was mächtige Bürokraten, unter Umständen auch mächtige Politiker in Brüssel, in Berlin und anderswo ihnen vorschreiben. Ich glaube, in Berlin hat man eine schreckliche Angst davor, dass andere auf die Idee kommen könnten, na ja, dann ist das bei uns ja vielleicht auch so, dass wir uns wehren können und dass wir nicht alles das machen wollen, was sie uns auferlegen...“

Der Sturz der Regierung ist, zunächst, nicht gelungen. Syriza hat versucht, die schlimmsten Folgen des Austeritätsregimes zu mildern, hat Maßnahmen der Vorgängerregierung korrigiert und die Staatseinnahmen verbessert. Darüber hinaus hat Syriza – entgegen anderslautenden Berichten – Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption und der Verbesserung des Steuersystems eingeleitet. Der Gestaltungsspielraum – letzteres betreffend – ist allerdings äußerst begrenzt: So wurde die Maßnahme der griechischen Regierung, eine Sonderabgabe für Einkommen über 30.000,- Euro und für Unternehmen mit einem Rein Gewinn von über 500.000,- Euro einzuführen, von den ‚Institutionen‘ abgeschmettert. Hinzu kommt, dass Vermögen, die bereits außer Landes gebracht wurden, nicht mehr besteuert werden können und dass eine stärkere Besteuerung der Reeder – einer der wenigen prosperierenden Wirtschaftszweige Griechenlands – nicht ohne weiteres möglich ist, da die Gefahr besteht, dass im Falle einer Besteuerung die griechischen Schiffe einfach unter anderer Flagge fahren.

Syriza verfolgte in der Eurozone eine Transformationsstrategie. Indem Griechenland die Austeritätspolitik aufkündigt, so lautete die Hoffnung, soll auf europäischer Ebene die Austerität beendet werden.¹⁵ Die Verhandlungsstrategie der Syriza, insbesondere auch der prominentesten Vertreter Alexis Tsipras und Yanis Varoufakis, beruhte im Wesentlichen auf der Annahme, dass es innerhalb der Euro-Gruppe Widersprüche gäbe, die Syriza zum eigenen Vorteil ausnutzen könne. Das heißt, Syriza begab sich nach Übernahme der Regierungsverantwortung

darin, nach den Haarrissen im monolithischen Block der Eurozone zu suchen. So ist zu verstehen, dass Tsipras und Varoufakis nicht unmittelbar nach der Regierungsübernahme zu Antrittsbesuchen in Berlin erschienen, sondern Alexis Tsipras zunächst versuchte bei Renzi (Italien), Hollande (Frankreich), Faymann (Österreich) und beim EZB-Chef Draghi die Kooperationsfähigkeit dieser Länder und Institutionen zu testen. Syriza ging davon aus, dass diese Länder ebenso wie Griechenland Interesse daran hätten, die Austerität zu beenden. Diese Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht. Der Block der Euro-Gruppe erwies sich als haltbarer, als von Syriza angenommen.

Hinzu kommt: Syriza ist Mitglied der Europäischen Linken und verfügt damit nur über – relativ gesehen – schwache Kooperationspartner im internationalen Kontext. Beziehungen zur sozialistischen Internationale, von der ohnehin kaum noch Impulse ausgehen, sind nur sehr unzureichend ausgeprägt. Syriza ist somit im europäischen Kontext politisch isoliert und es ist ihr nicht gelungen, diese Isolation zu durchbrechen. Darüber hinaus hat Syriza in der Person ihres Finanzministers Yannis Varoufakis einen zwar intellektuell durchaus fähigen Konzeptentwickler in ihren Reihen, der in metaphernreichem brilliantem Englisch seine mitunter mediokren Kollegen in den Schatten stellen konnte,¹⁶ der allerdings den Habitus des dozierenden Professors nicht abzulegen vermochte und möglicherweise die Verhandlungen eher erschwerte als beförderte hat. Varoufakis¹⁷ hat, zusammen mit Stuart Holland und James K. Galbraith, einen schmalen Band vorgelegt, mit dem Titel: „Bescheidener Versuch zur Lösung der Eurokrise“, in welchem vier Strategien beschrieben werden, die einen Kurswechsel bedeuten könnten. Es bedürfe dazu eines Schuldenerlasses und einer expansiven Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und Staatsverschuldung. Von den EU-Eliten werde diese Position als Provokation empfunden, denn die Akzeptanz dieses Konzeptes hätte implizit auch bedeutet zuzugeben, dass die christ- und sozialdemokratischen Parteien im Verein mit der neoklassisch geprägten Ökonomie Europa in die Krise befördert haben. Daher werde in der Euro-Gruppe nicht an Lösungen gearbeitet, sondern ein Glaubenskrieg geführt. Während Finanzminister Varoufakis unverdrossen weiterdoziert, verlieren die übrigen 18 Finanzminister die Geduld und überdies steht die Zahlungsfähigkeit Griechenlands in Frage. Die 18 Finanzminister beharren daher stur auf ihren Forderungen, u.a. der Erhöhung der Mehrwertsteuer und gravierenden Pensionskürzungen, und sie wissen: Darauf kann Syriza, will die Bewegung nicht jede Glaubwürdigkeit einbüßen, sich nicht einlassen. So formuliert Alexis Tsipras in Brüssel am Ende der Verhandlungen: Je weiter sich Griechenland auf die

13 Es kann keine Rede davon sein, dass Syriza nach der Machtübernahme auch nur eine halbwegs ausreichende Frist gewährt worden wäre, sich bezüglich der neuen Rolle zu orientieren.

14 Günter Verheugen im Deutschlandfunk, 06.07.2015

15 Syriza hat immer erklärt, in der Eurozone verbleiben zu wollen, daher fehlte der griechischen Regierung von Anfang an die Legitimation, ggf. einen Plan B – Ausstieg, Parallelwährung etc. – zu verfolgen. Vgl. hierzu Candeias, Mario und Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisation der Linken in der Krise. Hamburg, S. 193

16 Es muss den deutschen Finanzminister – „irgendwann isch over“ – kränken, dass er vor Kameras dem eloquenten Varoufakis ausgeliefert war und, nachdem Varoufakis den Rücktritt erklärt hatte, mit Euclid Tsakalotos wiederum ein sehr gut ausgebildeter Ökonom, der bestes Oxford-Englisch spricht, dessen Platz eingenommen hat. Von Euclid Tsakalotos und Christos Laskos stammt eine sehr gute Analyse der griechischen Krise, vgl. Laskos, Christos, Tsakalotos, Euclid (2013): Crucible of Resistance. Greece, the Eurozone & the World Economic Crisis. London

17 Vgl. Varoufakis, Yannis, Holland, Stuart, Galbraith, James K. (2015): Bescheidener Versuch zur Lösung der Eurokrise. München

Euro-Gruppe zubewege, desto weiter entferne sich diese von Griechenland. Also ruft er das Referendum aus, der Rest ist bekannt. Zwischenfazit: Syriza hat es nicht vermocht, die Einheitsfront der Eurostaaten zu spalten.

Ausblick

Eingangs wurde dargestellt, dass die Vereinbarung des 13. Juli für Syriza eine Niederlage darstellt. Diese Niederlage wirft für Syriza die Frage auf, wie sie in Zukunft Politik gestalten kann. Nachdem die Abspaltung ‚Laiki Enotita‘ aller Wahrscheinlichkeit den Weg in die Opposition gehen wird, muss Syriza, insbesondere Alexis Tsipras, zwischen verschiedenen Varianten wählen: der – möglicherweise verführerischen – ‚Flucht aus der Verantwortung‘ oder der Akzeptanz der Rolle eines progressiven Pragmatikers (etwa in der Art eines Bruno Kreisky), der die Grenzen der Realität akzeptiert, um sich diesen jedoch nicht unterzuordnen, sondern sie in einem langandauernden Reformprozess zu verschieben. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass Tsipras das Schicksal eines Tony Blair oder Gerhard Schröder ereilt, indem er zum Erfüllungsgehilfen der herrschenden Eliten verkommt.

Die Abspaltung ‚Laiki Enotita‘ hat Recht, wenn sie das Verhandlungsergebnis kritisiert. Dennoch wäre es falsch, wenn Syriza es ‚Laiki Enotita‘ gleichtäte und sich in die Oppositionsrolle begäbe, denn eines gilt es festzuhalten: Die Verhältnisse in Europa werden sich auf absehbare Zeit nicht zum Besseren wenden. Austerität bildet den Rahmen, innerhalb dessen sich alle nur vorstellbaren Regierungen Europas, die Veränderungen des Status Quo bewerkstelligen wollen, bewegen müssen. Wenn dieser Rahmen einstweilen nicht zu verändern ist, geht es in der politischen Auseinandersetzung um Geländegewinne. Unter diesem Aspekt ist die Geschichte der Syriza noch nicht zu Ende erzählt. ■

Eine Fortsetzung dieser Betrachtung folgt in einem der nächsten Hefte der „Sozialimpulse“. Zum Autor s.S. 10.

Zur Debatte

Zur Ausgestaltung eines Grundeinkommens

Peter Baum, Kassel

In einer Vorbemerkung zu dem Beitrag „Grundeinkommen und Dreigliederung“ von Bernd Steiner im Heft 1/2015 der Sozialimpulse schrieb Christoph Strawe:

„Die Debatte wird also weitergehen. Es wäre wünschenswert, dass dabei Differenzierungen sichtbar würden, die zu oft unter den Tisch fallen. Es gibt eben auch unter Grundeinkommens-Befürwortern durchaus unterschiedliche und nicht ausdiskutierte Auffassungen. Solche Punkte betreffen z.B. die Finanzierung und die Frage, ob das BGE nicht nur ein staatlich zu gewährleistendes Recht, sondern auch notwendig in allen Bereichen eine vom Staat zu leistende Zahlung darstellt.“

Hier möchte ich anknüpfen.

Das Grundeinkommen für Kinder, Alte und Kranke ist sicher allgemein konsensfähig, zumal es ja nur z.T. schon jetzt übliche Leistungen (Kindergeld, Rente, Krankengeld) ersetzen würde. Auch ein Grundeinkommen für Elternteile, die sich der Kinderbetreuung widmen, findet viele Befürworter. Wer erwerbsarbeitslos ist – aus welchen Gründen auch immer – benötigt ebenfalls ein Grundeinkommen. Allerdings möchten viele Politiker daran weitere Bedingungen knüpfen, bis hin zu den unwürdigen Auflagen von ALG II. In diesem Punkt würde ich das BGE unterstützen und das Experiment wagen: Arbeitsfähige, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, weil sie es nicht wollen oder weil sie keine bekommen, sollten ebenfalls ohne Auflagen ein Grundeinkommen erhalten.

Was mir aber überhaupt nicht einleuchtet, ist ein staatlich gezahltes Grundeinkommen für Erwerbstätige, und zwar aus folgenden Gründen.

1. Die Idee der Dreigliederung hält in der arbeitsteiligen Wirtschaft das auf Verträgen beruhende Prinzip von Leistung und Gegenleistung für unverzichtbar. In ihr spielt der „gerechte Preis“ der Waren und Dienstleistungen eine wichtige Rolle. Für den gerechten Preis ist die „wirtschaftliche Urzelle“, also das Einkommen eines Erwerbstätigen, ein entscheidender Faktor. Es ist eigentlich selbstverständlich, dass zur Ermittlung von gerechten Preisen alle Kosten

erfasst werden müssen, die mit der Herstellung eines Produktes verbunden sind, insbesondere auch die Lebenshaltungskosten aller am Produkt beteiligten Menschen. Wichtig dabei ist nicht die absolute Höhe der Preise, sondern ihr anzustrebendes gerechtes Verhältnis untereinander.

Götz Werner, Daniel Häni und Sascha Liebermann schlagen nun vor, dass alle vom jeweiligen Betrieb zu zahlenden Löhne und Gehälter um das Grundeinkommen reduziert werden und vermuten, dass dann aus Wettbewerbsgründen auch die Nettopreise der Produkte entsprechend gesenkt würden.¹

Faktisch wäre dann das Grundeinkommen für Erwerbstätige eine staatliche Subvention für lohnintensive Betriebe, welche die echten Preise und damit auch das Verhältnis der Preise untereinander verfälscht. Eine solche Subvention kann nicht im Sinne der Dreigliederung sein.¹

2. Während 1919 die Arbeitskraft noch fast ausschließlich Warencharakter hatte, ist dieser Umstand heute durch den Mindestlohn und die Tarifverträge schon weitgehend gemildert. Dieser Trend, weg vom Warencharakter der Arbeitskraft und hin zur Trennung von Arbeit und Einkommen, ließe sich fortsetzen, wenn man z.B. im Sinne der Dreigliederung den Betrieben gesetzlich vorschreiben würde, eine Lohn- und Gehaltsordnung festzulegen, an die alle Mitarbeiter einschließlich dem Unternehmer gebunden wären und in der die Ertragsanteile der Einkommen festgelegt wären.

Hingegen argumentieren die BGE-Befürworter, dass ein Grundeinkommen die Lohnverhandlung auf gleicher Augenhöhe ermöglicht. Individuelle Lohnverhandlungen wären aber im Sinne der Dreigliederung obsolet, ein Rückschritt gegenüber Tarifverträgen und höchstens für eine gewisse Übergangszeit akzeptabel. Sie würden im Übrigen beliebte Arbeiten verbilligen und unbeliebte verteuern und damit nochmals gerechte Preise verfälschen.

3. Die Umwandlung (fast) aller Steuern in Konsumsteuern bzw. Ausgabensteuern² ist sicher vernünftig.

Auch das Grundeinkommen sollte über die Konsumsteuer finanziert werden. Wenn nun aber die Nettopreise aus den o. a. Gründen kaum verlässlich kalkulierbar sind und eventuell fallen oder steigen, müsste der Mehrwertsteuersatz entsprechend verändert werden, damit die staatlichen Kosten und die Grundeinkommen finanzierbar bleiben. Dies hat aber wieder Rückwirkungen auf die Lebenshaltungskosten und damit auf die Preise. Ob ein solches labiles, zirkelhaftes Gebilde überhaupt einigermaßen vernünftig stabilisiert werden kann, ist zumindest zweifelhaft.

¹ Film: „Grundeinkommen – ein Kulturimpuls“ ab 1:20:00

² Ob die Begriffe „Konsumsteuer“ bzw. „Ausgabensteuer“ (R. Steiner) deckungsgleich sind, ist ebenfalls Teil der Debatte. Vgl. C. Strawe: Überlegungen zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens http://www.archiv-grundeinkommen.de/strawe/Finanzartikel_06_Endfassung-1.pdf.

4. Der Anteil der Erwerbstätigen in der Bevölkerung beträgt in Deutschland etwa 50 %. Die Finanzierung der Grundeinkommen wäre also, würde man Erwerbstätige ausschließen, um 50 % reduziert und damit sicher realisierbar.

Das dadurch ersparte Geld könnte man für die Finanzierung von Dienstleistungen für die Allgemeinheit verwenden.

Es ist zwar richtig, dass im Industriesektor immer mehr Erwerbsarbeit durch Rationalisierung und Mechanisierung wegfällt. Dafür ist aber die Erwerbsarbeit im Dienstleistungsbereich stetig gewachsen. Bei einer momentanen Arbeitslosenquote von etwa 6 bis 7 %, kann man nicht davon ausgehen, dass das Prinzip Vollbeschäftigung gar nicht erstrebenswert sei, weil ohnehin nicht realisierbar. Denn es fehlt ja nicht an sinnvoller Arbeit, für die auch eine Nachfrage in der Gesellschaft besteht, sondern es mangelt nur an der Finanzierung solcher Arbeit. Daher hielte ich es für vernünftiger, mit den durch Rationalisierung und Technisierung erwirtschafteten Beträgen solche für die Gesellschaft sinnvolle Arbeit zu finanzieren anstatt daraus ein Grundeinkommen für Erwerbstätige zu bezahlen.

In diesem Zusammenhang halte ich den Slogan „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ von Sascha Liebermann³ für verfehlt, weil er fälschlicherweise suggeriert, dass Vollbeschäftigung mit Unfreiheit verbunden wäre. Gewiss erhöht ein BGE für Erwerbsfähige, aber Erwerbslose, die persönliche äußere Freiheit, das ist ja mit dem Slogan gemeint und wäre auch zu begrüßen. Aber das schließt doch nicht aus, sinnvolle, für die Gesellschaft fruchtbringende Arbeit durch eine entsprechende Finanzierung unter Berücksichtigung des notwendigen wirtschaftlichen Prinzips von Leistung und Gegenleistung auch zu ermöglichen.

5. Warum hat die Industrialisierung und damit der Kapitalismus gerade in England und nicht auf dem Kontinent begonnen? Weil – nach Ulrike Herrmann – in England die Löhne am höchsten waren. Je höher die Löhne, desto größer die Mechanisierung und Rationalisierung, also der technische Fortschritt. Sinken die Löhne mit der Einführung des Grundeinkommens für Erwerbstätige, sinkt auch der Anreiz für technischen Fortschritt.

Fasst man das BGE wie Götz Werner als einen Steuerfreibetrag für die Mehrwertsteuer auf, dann muss es, allerdings aus Gründen der Gleichbehandlung, jeder erhalten, auch Erwerbstätige. Aber diese Auffassung ist ja nicht zwingend. Freibeträge im Steuerrecht sind aus den verschiedensten Gründen eingeführt worden, und ich bezweifle ihre Notwendigkeit in einer Gesellschaft, welche die Dreigliederung anstrebt. Freibeträge aus sozialen Gründen sollen ja die Armen entlasten. Die Schere zwischen Arm und Reich lässt sich aber auf anderen Wegen im Sinne der Dreigliederung wirksamer schließen als durch den Freibetrag BGE: Kein Privateigentum

³ <http://blog.freiheitstattvollbeschaeftigung.de/>

an Grund und Boden und Produktionsmitteln, kein leistungsloses Einkommen, Begrenzung der Geldvermögen, Regulierung der Finanzmärkte.

Das BGE für alle hat den Vorteil, dass sich die Verwaltungskosten gegenüber der jetzigen Situation erheblich reduzieren würden. Aber auch eine Aufstockung des Einkommens bis hin zu dem Grundeinkommensbetrag für Teilzeitbeschäftigte wäre im digitalen Zeitalter mit keinem großen Verwaltungsaufwand verbunden. Wenn jeder Betrieb verpflichtet ist, das ausgezahlte Monatsgehalt eines jeden Mitarbeiters an die für die Überweisung des Grundeinkommens zuständige Behörde per Mausclick zu melden, kann diese den eventuellen Differenzbetrag zum Grundeinkommen überweisen. Das lässt sich alles weitgehend automatisieren.

Etwas schwieriger ist die Handhabung bei Selbstständigen und Freiberuflern. Diese müssten, wenn sie denn ein Grundeinkommen erhalten wollen, ihre Einkommensverhältnisse – wie jetzt auch wegen der Einkommensteuerpflicht – offenlegen. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass sich für diese Prozedur bei Wegfall der Einkommensteuer praktikable Lösungen mit geringem Verwaltungsaufwand finden ließen.

Ein anzustrebender Zustand ist das eine, Übergangslösungen sind das andere.

Mir hat der in dieser Zeitschrift 1999 veröffentlichte Vorschlag zur Umfinanzierung der Lohnnebenkosten⁴ ausnehmend gut gefallen. Man könnte ihn sofort realisieren, wenn man wollte. Die verbrauchsbezogene Finanzierung hat zudem den Vorteil, dass alle Personengruppen gleichermaßen an der Finanzierung beteiligt sind. Wenn ich das richtig einschätze, wäre dieser Vorschlag eine perfekte Übergangslösung für ein durch die Konsumsteuer finanziertes Grundeinkommen.

Es wäre interessant zu erfahren, ob und wo im Kreis der Dreigliederungsexperten das BGE für Erwerbstätige schon einmal hinterfragt wurde.

Wenn ein Grundeinkommen nur dann vom Staat gezahlt wird, wenn kein ausreichendes Arbeitseinkommen vorliegt, gibt es möglicherweise Probleme oder Widersprüche zur Idee der Dreigliederung, die ich übersehen habe. Solche zu benennen, fände ich sehr belebend für die Debatte. ■

P.Baum@posteo.de

Streitpunkt Erbschaftssteuer

Jens Meinert, Hamburg

Zurzeit wird überlegt, wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Erbschaftssteuer praktisch umgesetzt werden kann, wonach Geld- und Betriebsvermögen gleich zu behandeln seien. Wir wissen ja von Rudolf Steiner, dass Betriebsvermögen eigentlich ein Recht ist, das in der Wirtschaft als Ware behandelt wird. Besteuert man Betriebsvermögen, so muss die Steuer vom Betrieb erwirtschaftet werden, also vom Käufer der Produkte, d.h. vom Konsumenten aufgebracht werden. Das kann doch nicht Sinn einer Erbschaftssteuer sein!

Und doch ist im Urteil ein berechtigter Kern. Die Lösung wäre: So wie ein Prozentsatz des Geldvermögens als Steuer in die Staatskasse fließt, müsste ein entsprechender Teil eines Betriebs dem Staat (besser einer neutralen Institution) übereignet werden, also entsprechend dem Sachverhalt eine reine Rechtsübertragung vorgenommen werden. Dadurch wäre der Betrieb finanziell nicht betroffen. Ob und ggf. wie der Staat Mitspracherechte erhält, wäre zu regeln. Nur bei einem – ohnehin problematischen – Verkauf eines Unternehmens würde Geld in die Staatskasse fließen.

Im Übrigen könnte so auch die umstrittene Finanztransaktionssteuer stets durch Anteilsübertragung an den Staat erhoben werden. Auf diese Weise würden alle Betriebe allmählich in Staatshand geraten. Um eine daraus resultierende Bürokratisierung der Wirtschaft zu verhindern, sollte der Staat auf die so erworbenen Rechte verzichten und einer Treuhand-Institution übertragen oder selbst nur noch als Aufsichtsrat fungieren. Damit wäre freie Initiative in der Wirtschaft weiterhin gewährleistet. ■

⁴ <http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Lohnnebenkosten.pdf>

Betrachtung

Kaspar Hauser, das Kind von Europa

Hat „sein Kontinent“ eine neue Chance, mehr als 200 Jahre nach seiner Geburt?

Christoph Klipstein

Dieser Artikel wurde im Nachklang der Kaspar-Hauser-Tagung im Jahr 2012 in Achberg/Wangen verfasst, die gemeinsam von der Christengemeinschaft und dem Kaspar Hauser-Zweig der Anthroposophischen Gesellschaft Wangen sowie dem Internationalen Kulturzentrum Achberg veranstaltet wurde.

Ungereimtheiten bis auf den heutigen Tag

Dynastische Verbrechen zur Beseitigung legitimer Thronanwärter kamen in der Epoche der Fürstentümer in Europa immer wieder einmal vor. War ein Jahrhundert oder länger Gras über eine solche Geschichte gewachsen, gab es im Normalfall keine Veranlassung mehr, die historische Wahrheit zu vertuschen. Einen öffentlichen Image-Schaden wegen der Sünden ihrer Ahnen hatte die entsprechende Fürstengruppe dann nicht mehr zu befürchten.

Warum ist das im Falle Kaspar Hausers auch nach zwei Jahrhunderten immer noch anders? Bisherige Gentests verwirrten mehr als sie klärten. Ein Knochengentest, der vermutlich hätte Klarheit bringen können, wurde nicht durchgeführt, da das Haus Baden den Zutritt zur Pforzheimer Fürstengruft verweigert hatte. Dann veröffentlichte die FAZ am 6. Juni 2012 unter der Überschrift: „Kann das Rätsel Kaspar Hausers doch noch gelöst werden?“, dass einem DNS-Vergleich juristisch nichts mehr im Wege stünde, da die Fürstengruft dem Land Baden-Württemberg gehöre und nicht dem Hause Baden. Wenige Wochen später ging prompt die Meldung durch die Medien, dass die entsprechenden Kindersärge auf mysteriöse Weise verschwunden seien. Wann, durch wen und warum hüllt sich in Dunkel.

Einen kausalen Sinn macht diese Kette von Ungereimtheiten schon lange nicht mehr – seit dem Auftauchen des Findlings bis auf den heutigen Tag. Plausibel wäre dies alles allerdings, wenn sehr viel mehr auf dem Spiele stünde als nur das Image einer deutschen Fürstengruppe. Wird bis in unsere Zeit von

bestimmter Seite immer noch befürchtet, dass mit öffentlicher Kenntnisnahme der ganzen Wahrheit und ihrer Hintergründe das Gefüge der heutigen Machtverhältnisse ins Wanken geraten könnte?

Ist die Geschichte Kaspar Hausers für uns Heutige irrelevant, da erstens Schnee von gestern und zweitens nach weit verbreiteter Geschichtstheorie angeblich nicht Menschen die Geschichte machen, sondern „historische Kräfte“?

Kaspar Hauser wurde im Aufgang des 19. Jahrhunderts geboren, welches im Zeichen eines nie da gewesenen weltweiten historischen Umbruchs stand:

Wie ein Fanfarenstoß eröffneten die Ideale der Französischen Revolution von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit den Anfang vom Ende der Feudalherrschaft und den Anfang der Perspektive künftiger Jahrtausende, in welcher die individuellen Menschen sich selber zu führen berufen sind.

In allen vorangehenden Jahrtausenden wurden die Menschen vergleichsweise wie „unmündige Kinder“ in gutem oder schlechtem Sinne von „ausgewählten Eliten“ geführt: von Feudalherren, Kaisern, Königen, Fürsten und Päpsten, von Cäsaren, Pharaonen und in grauer Vorzeit von Priesterkönigen. – Heute befinden wir uns in einer Sackgasse, die, trotz aller individuellen Entwicklungsmöglichkeiten, den Weg in die neuzeitliche Freiheitsperspektive zu blockieren scheint, sobald es um gesellschaftliche Belange geht. Wie kam es zu dieser Blockade? – Kann uns ein Blick in die Geschichte Europas des 19. Jahrhunderts, vor allem in die des deutschsprachigen Mitteleuropas, Ansätze eines Aufschlusses in dieser Frage geben?

In Westeuropa war im Zuge der Bewegung der „Aufklärung im Zeitalter der Vernunft“ materialistisches Denken nach und nach tonangebend geworden. Symptomatisch für diese Weltanschauung war etwa der Titel des Buches „L'homme machine“ (Der Maschinenmensch) des französischen Philosophen J. O. de La Mettrie. In Mitteleuropa hingegen hielt diese Bewegung an einer spirituell-religiösen Dimension des Weltgeschehens fest.

Dabei emanzipierte sie sich, ebenso wie die westeuropäische Aufklärung, von dogmatischen Vorgaben der Amtskirchen, die beispielsweise auch die Evolutionstheorien der Lebewesen verwarfen, weil sie dem biblischen Schöpfungsakt angeblich widersprächen. Gotthold Ephraim Lessing etwa formulierte 1780 den Gedanken der wiederholten Erdenleben nicht als religiösen Glaubenssatz sondern als Evolutionsidee des individuellen Menschen und begründete ihn mit der „pädagogischen Vernunft“ Gottes.

Das von Ernst Haeckel 1866 formulierte biogenetische Grundgesetz besagt, dass die Entwicklung eines Embryos höherer Lebewesen im Mutterleib in den Monaten der Trächtigkeit, beim Menschen der Schwangerschaft, jene Entwicklungsschritte kurz wiederhole, welche die Gattung in den Jahrtausenden ihrer Evolution durchlaufen hat.

Diese Theorie: „Die Ontogenese (Entwicklung des Embryos) ist eine kurze Rekapitulation der Phylogenese (Entwicklung der Gattung)“ gilt seitdem weltweit als wissenschaftliches Allgemeingut, wenn auch in Teilen als veraltet.

In Betrachtung des einzelnen menschlichen Lebenslaufes, sowie der Menschheitsgeschichte insgesamt hatte Lessing vor Darwin und Haeckel die innere Geste, die Vernunft dieser Gesetzmäßigkeit für die Evolution des menschlichen Geistes entdeckt: Vom Säuglingsalter über Kindheit und Jugend bis ins frühe Erwachsenenalter wiederhole der einzelne Mensch in dieser Lebensspanne entsprechende durchlebte Entwicklungsstufen seines Bewusstseins in den Zeitepochen vergangener Jahrtausende, bevor er zum eigentlichen Motiv seiner persönlichen Biografie in der Gegenwart und Zukunft vorstoße.

Den Kreis der Reinkarnationen fasste Lessing in einem gewissen Sinne als „Curriculum oder Lehrplan Gottes“ auf für die Erziehung zur menschlichen Individualität.

Weimarer Klassik und Paradigmenwechsel in der deutschen Kultur

Diese, dem „Weltgeist“, nicht der Materie, verbundene Aufklärung gipfelte in der Entfaltung der deutschen Klassik. Das „gebildete Publikum“ dichtete, dachte und musizierte zur Zeit Kaspar Hausers im Sinne dieses klassischen Idealismus, seiner Dichter, Denker und Komponisten. Wenn es sich auch, statistisch gesehen, nur um eine kleine Minderheit gehandelt haben mag, war diese dennoch tonangebend für das kulturelle Leben Mitteleuropas.

In der Konsequenz dieses Idealismus hätte es gelegen, auch die konkreten Lebensverhältnisse der Menschen in seinem Geiste deutlich und nachhaltig zu gestalten, einen Weg einzuschlagen, der sich an den Idealen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit orientiert hätte. Diese Perspektive war im Denken der „deutschen Klassik“ angelegt, in deren Epoche mit der Abschaffung der Leibeigenschaft und mit der rechtlichen Gleichstellung aller jüdischen Mitbürger diesbezüglich immerhin ein guter Anfang gemacht worden war.

Novalis sprach von einer Mission, die wir Menschen auf dieser Erde haben.

Goethe sprach von diesen sozialen Perspektiven in seinen Dichtungen: Am Ende des Faust II, in der „Pädagogischen Provinz“ in seinem Roman „Wilhelm Meisters Lehr- und Wanderjahre“ sowie bildhaft in seinem „Märchen“.

Schiller, der die Ideale der französischen Revolution als das Morgenrot eines neuen Zeitalters erlebte, ging es in seinen Ästhetischen Briefen um „den Bau einer wahren politischen Freiheit“ als „dem vollkommensten aller Kunstwerke“. In diesem Kunstwerke,

dem „ästhetischen Staat“, ist auch der Niedrigste „ein freier Bürger, der mit dem Edelsten gleiche Rechte hat“ und in ihm „entwindet sich die niedrige Lohnkunst dem Staube“.

Wilhelm von Humboldt stellt in seiner Schrift „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ die Freiheit der individuellen geistigen Entwicklung des Menschen in den Mittelpunkt seiner Staatsphilosophie.

Wir sehen: Der Freiheitsbegriff der Klassik beinhaltet die Verantwortung, dass freie Arbeit, freie Betätigung, an die Stelle der „kriechenden Lohnkunst“, der Vermarktung der menschlichen Arbeit, treten solle und alle Menschen gleiche Rechte haben.

Diese Perspektive war deutlich vorgezeichnet, aber sie blieb im Nachhinein ungehört, auch die Revolution von 1848 scheiterte und konnte daran nichts mehr ändern. Ferdinand Lassalle, der Idealist sozialer Umgestaltung, bemerkte gemünzt auf die Wilhelminische Ära über seine Zeitgenossen: „Die deutschen Dichter und Denker sind nur im Kranichzug über sie hinweggeflogen.“

Am Ende der Epoche der Weimarer Klassik konnte nicht die geistige Stoßkraft entfaltet werden, den Boden der sozialen Tatsachen und Verhältnisse wirklich zu erreichen und umzugestalten: Ideen, z.B. das aus vorchristlicher Römerzeit stammende Privateigentum an Grund und Boden durch neue, soziale Eigentumsformen zu überwinden, tauchten nicht auf.

Und so erzeugten die großartigen technischen Möglichkeiten der aufkommenden Industrialisierung keine allgemeine Wohlfahrt, sondern Not und Elend, weil sie sich unter der Zwangsjacke der Privatmacht durch Eigentum und des damit kompatiblen Zinseszinsystems entwickeln mussten. (Dass diese „Denkschule“ zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch mit allen Mitteln „herrscht“, ist der eigentliche Skandal!!) Die „Kraniche“ zogen vorüber...

Was dann kam, ist ein in unserer Zeit weitgehend vergessener und verdrängter folgenschwerer Bruch, ein tiefer Paradigmenwechsel in der deutschen Kultur:

Als ferner Traum verblassten Idealismen eines ästhetischen Staates der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, verblasste eine Auffassung, dass der Mensch auf der Erde eine Mission haben könne. Man geriet in die „Realität“ des einseitigen, bloßen Materialismus, in die „Realpolitik“ des Bismarckreichs, in die Konkurrenz des Welthandels und überschritt dabei „rote Linien“ des westlichen Imperialismus.

Der Paradigmenwechsel des deutschen Geistes hatte dessen Energien auf die Nutzbarmachung der materiellen Welt gerichtet. Dabei vollzog sich ein so gewaltiger industrieller Aufbau, wie er in dieser Größenordnung und kurzen Zeitspanne noch niemals und nirgendwo sonst auf der Erde stattgefunden hatte. So hatte beispielsweise das deutsche Eisenbahnnetz mit 5 Kilometern begon-

nen und in wenigen Jahrzehnten die Äquatorlänge übertroffen.

Welchen Weg hätte Mitteleuropa genommen, wenn den bahnbrechenden technischen Erfindungen dieser Zeit eine Entwicklung der Philosophie und Spiritualität gleicher Höhe und Intensität entsprochen hätte? (Karl Marx hätte dann womöglich nicht Hegel auf den Kopf“ stellen können, während er gleichzeitig behauptete, ihn „auf die Füße“ gestellt zu haben.)

Es entwickelte sich dann eine Großbourgeoisie, die Industriegiganten (als hätte sie es mit den Vorgärten ihrer Wohnhäuser zu tun) als „Privateigentum“ beherrschte. Das konventionelle Denken stand eben, damals wie heute, unter dem Zwang der ererbten antiquierten römisch-rechtlichen Eigentumsbegriffe. – Auf der anderen Seite entwickelte sich aus Handwerkern und Bauern das Proletariat, verelendete und wurde in den Klassenkampf getrieben. Von einer umfassenden, das Geistige einschließenden Evolutionsidee blieb die Lehre, dass der Mensch im Kampf ums Dasein entstanden sei und vom Affen abstamme. Gehörte zu den Konsequenzen des Glaubens an den Kampf ums Dasein nicht auch der Erste Weltkrieg?

Kaspar Hauser und das „Europäische Haus“

Könnte dieser angedeutete eklatante Bruch in der deutschen Kulturentwicklung mit dem Schicksal Kaspar Hausers in Zusammenhang stehen? Rein äußerlich fällt auf, dass der historische Zeitraum dieses Paradigmenwechsels ziemlich genau der Lebenswirksamkeit des Badischen Erbprinzen entsprochen hätte, wenn dessen Lebensspanne nicht verkürzt worden wäre.

Betrachtet man das Leben Kaspar Hausers vom ersten Auftreten bis zu seiner Ermordung, so lässt sich das Bild einer großen, liebenswerten und liebebefähigen und, trotz aller zugefügten Beeinträchtigungen, genialischen Persönlichkeit erahnen.

Karl König, der Begründer der Camphill-Bewegung (Heilpädagogische Werkstätten in Dorfgemeinschaften) sagte über Kaspar Hauser: „Wir erfahren das Wunder und die Würde unserer eigenen Kindheit, wenn wir von seinem Leben und Sterben lesen, und wir erinnern uns daran, dass wir nicht nur sterbliche Materie sind, sondern ein unsterblicher und integraler Teil der ganzen Schöpfung.“

Hätte diese Persönlichkeit den angedeuteten Bruch in der deutschen Kultur verhindern oder verändern können? Wie hätte er im Alter von 36 Jahren und als regierender Fürst von Baden in die Geschehnisse des Jahres 1848 eingegriffen? Ist nicht schwer vorstellbar, dass auch unter seiner Regie nach dem Motto „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ der „Kartätschenprinz“ (Prinz Friedrich von Preußen, ab 1861 Preußischer König) zu seinem blutigen Handwerk ins Land gerufen worden wäre? Wäre unter seiner Wirksamkeit in dieser Kultur europaweit eine Konstellation entstanden, in der „die Kraniche hätten

landen können“? Und hätte die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts dann einen völlig anderen Verlauf genommen? Wir wissen nicht, wie sich die „ungewordene Geschichte“ gestaltet hätte und ob Weltkriege und Völkermorde der Menschheit erspart geblieben wären. Der konventionelle Glaube, dass die Geschichte mit oder ohne Kaspar Hauser im Wesentlichen genauso verlaufen wäre, wie sie faktisch verlaufen ist, scheint in der veröffentlichten Meinung unserer Zeit weitgehend unangefochten. Aber fällt nicht der Vorwurf der Spekulation auf die Vertreter dieses Glaubens zurück? Basieren ihre Auffassungen nicht auf der Prämisse, die europäischen und globalen Katastrophen der jüngeren Geschichte seien „alternativlos“ gewesen?

Wie dem auch sei, die nicht gewordene Geschichte, um die es hier geht, birgt Aufforderungskraft, ihre ungelösten und veränderten Aufgabenstellungen in der Gegenwart und Zukunft in die Hand zu nehmen und Verwerfungen und Brüche der Vergangenheit zu beseitigen bzw. zu heilen!

Die Zeitgenossen, die Kaspar Hauser das „Kind von Europa“ genannt haben, hatten noch eine Vorstellung oder eine Empfindung von der „Seele Europas“. – Heute steht Europa vor der Alternative, dem Geiste Mammon zu verfallen und sich dabei von der internationalen Spekulationsindustrie und den ihr dienstbaren Rating Agenturen über den Tisch ziehen zu lassen und im Chaos zu versinken – oder sich an den Werten der Menschenwürde zu orientieren und seine geistige Identität wiederzufinden. Vernehmen wir dazu eine nicht unbekannte Stimme aus der deutschen Politik des vergangenen Jahrzehnts:

„Die alles überragenden Traditionen, auf denen Europa gründet, sind aber bis auf den heutigen Tag die Werte der Aufklärung und der großen Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Auch ein zusammenwachsendes Europa wird keine besseren Grundwerte finden ... Dies ist der eigentliche politische Sinn der gemeinsamen europäischen Währung und zugleich Europas Antwort auf das 21. Jahrhundert und das Zeitalter des Globalismus.“ So Joschka Fischer in seinem Buch „Eine politische Antwort auf die globale Revolution. Liberté, Égalité, Fraternité oder Der neue Gesellschaftsvertrag“, Köln 1998“.

Soll keiner sagen, die sozialen Impulse der Zeitgenossen Kaspar Hausers seien nicht noch immer hochaktuell. Aber mit der alten, neu aufpolierten „Denke“ des Materialismus, dass „Materie denken könne“, der Computer zeige es ja schließlich, wird sich diese europäische Antwort weder begründen noch nachhaltig realisieren lassen.

Der britische Mathematiker Emanuel Derman (bekannt wegen seines Logarithmensystems zur Erfassung von Börsenkursen) der, ohne sich deshalb als Anthroposoph zu verstehen, Rudolf Steiners Denken sehr würdigt, gab hierzu einen interessanten Gastbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. 9. 2012, betitelt „Der Geist hat sehr wohl

Bedeutung. Meine naturwissenschaftliche Qualifikation ist einigermaßen tadellos, meine philosophische dagegen nicht".¹ Dieser Beitrag beginnt mit den einleitenden Sätzen: „Ich finde mich zunehmend in einer irritierten Uneinigkeit mit den zahlreichen Neurowissenschaftlern und evangelikalen Berufsatheisten, die glauben, die Naturwissenschaft sei alles, es gebe nur Materie und die fotografischen Bilder chemischer Stoffe, die im Gehirn aufglühen, seien gleichbedeutend mit Gedanken und Gefühlen.“

Wie sollte nachhaltig die Unantastbarkeit der Menschenwürde gesichert werden, wenn die Meinung vorherrscht, dass das Objekt dieser Würde nicht ein über Geburt und Tod hinaus lebendiges Ich sei, das seinen Körper benutzt wie ein Musiker seine Geige, sondern ein Fließgleichgewicht von Kohlenwasserstoffmolekülen mit allerlei hochkomplizierten Funktionen, die durch neuronale Botenstoffe und Schaltvorgänge gesteuert seien? Wie kann man einen neuronalen Schaltvorgang dazu bewegen, Verantwortung zu übernehmen? Erste Verlautbarungen von Wissenschaftlern jener dogmatisch materialistischen Provenienz, die von einer jetzt angesagten Epoche des Posthumanismus parlieren, lassen nichts Gutes erwarten, zumal eine intransparente Verflechtung mit den Wirtschaftsinteressen finanzmächtiger globaler Konzerne als gegeben angenommen werden muss.

Verantwortung menschlichen Handelns im Sinne der Menschenwürde ist geboten und unverzichtbar, angesichts aus dem Ruder laufender globaler Finanzströme und wachsender Umweltzerstörung durch verantwortungsloses, „besessenes“ Handeln.

Wer sollte diese Verantwortung übernehmen, wenn nicht wir als Menschen, die sich ihrer vergessenen oder unbeachteten Menschenwürde innewerden? Als „unsterblicher integraler Bestandteil der ganzen Schöpfung“ (Karl König), der eine Mission auf diesem Planeten hat (Novalis), wollen und dürfen wir unsere Verantwortung nicht an physiologische Gehirnfunktionen und menschengemachte finanzielle Sachzwänge abschieben!

Es geht darum, sich um ein verantwortungsbewusstes Denken mit Kopf, Herz und Hand zu bemühen, welches spirituelle Tatsachen mit naturwissenschaftlicher Gedankenklarheit erfassen möchte. ■

Christoph Klipstein

war vor seinem Ruhestand als Waldorflehrer tätig, bis heute arbeitet er im Vorstand des Internationalen Kulturzentrums Achberg mit, dem er seit seiner Gründung in den 60er Jahren verbunden ist.

¹ <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/modelle-die-sich-nicht-benehmen/fa-z-kolumne-von-emanuel-derman-der-geist-hat-sehr-wohl-bedeutung-11888932.html>

Berichte

Prokon wird Genossenschaft

Als „Erfolg für die Bürgerenergiebewegung“ wertet Sebastian Sladek, Vorstand und Geschäftsführer der Elektrizitätswerke Schönau (Netzkauf EWS eG) in einer Pressemitteilung die Umwandlung der insolventen Firma Prokon in eine Genossenschaft durch die Gläubiger.

Am 2. Juli wurden, so heißt es dort, „die Weichen für das weitere Schicksal von Prokon gestellt. Die Gläubiger hatten darüber zu entscheiden, ob ein Übernahmeangebot der EnBW angenommen oder Prokon in eine Genossenschaft umgewandelt werden soll. Trotz einer massiven Werbekampagne des Energiekonzerns EnBW für ihr Angebot haben sich die Gläubiger gegen das schnelle Geld und für eine Fortführung von Prokon in Bürgerhand entschieden: Mit deutlicher Mehrheit stimmten die Prokon-Gläubiger für das Genossenschaftsmodell und die Mitgestaltung der Energiebewegung von unten.“

„Wir möchten die Gläubiger zu ihrem Entschluss beglückwünschen: Ein großartiger Tag und eine eindeutige Willensbekundung für die Energiebewegung in Bürgerhand! Ein von Bürgern initiiertes und getragenes Unternehmen bleibt im Eigentum der Bürger und fällt nicht in die Hände des Atom- und Kohlekonzerns EnBW“, so Sladek.

„Die Entscheidung der Gläubiger unterstreicht einmal mehr, dass eine Vielzahl von Davids, die sich solidarisch verbunden sind, den Goliath besiegen kann.“

GLS-Vorstandssprecher Thomas Jorberg bezeichnete die Umwandlung als „eine gute Nachricht für die Energiebewegung. Vor allem bürgernahe und dezentrale Unternehmungen bringen die Energiebewegung maßgeblich voran.“

Die GLS-Bank hatte bereits 2014 eine genossenschaftliche Lösung des Prokon-Problems vorgeschlagen. ■

Quelle: Pressemitteilungen der EWS Schönau und der GLS-Bank vom 2. Juli 2015 (http://www.ews-schoenau.de/fileadmin/content/documents/Mitwissen/Pressemitteilungen/150702_EWS_Pressemitteilung_Prokon.pdf | <https://www.gls.de/privatkunden/ueber-die-gls-bank/presse/pressemitteilungen/gls-bank-begruesst-gruendung-der-prokon-genossenschaft/>)

Grundeinkommen: Experimente in den Niederlanden und Finnland

Seit einiger Zeit kursieren in sozialen Netzwerken Gerüchte, Finnland wolle das bedingungslose Grundeinkommen einführen. Davon könne keine Rede sein, so die Süddeutsche Zeitung vom 26.6. d.J.¹ Vielmehr handelt es sich um ein kleinformatiges Experiment, das mit einem Satz in der Koalitionsvereinbarung der neuen Regierung erwähnt ist. „Wie dieses aussehen soll, wann es beginnt, wie lange es dauert, ja selbst, was die Regierung unter Grundeinkommen versteht, ist nicht entschieden.“ Bis es beginnt, werden wohl noch einige Jahre ins Land gehen.

Bei den Parlamentswahlen im April erlitt die konservative Sammlungspartei des bisherigen Regierungschefs Alexander Stubb eine Schlappe, die Zentrumsparterie wurde Sieger, zweitstärkste Kraft wurde die rechtspopulistische „Partei der Finnen“. Diese drei haben sich zu einer Koalition zusammengerauft, der Zentrumsolitiker und IT-Unternehmer Juha Sipilä wurde neuer Regierungschef. Er hatte im Wahlkampf zur Bewältigung der finnischen Wirtschaftskrise eine „Kombination aus Kürzungen, Reformen und Wachstum“ angekündigt. In diesem Zusammenhang dürfte auch das Experiment stehen. Dass ausgerechnet eine Regierung mit dieser Zusammensetzung für eine gesamtgesellschaftliche emanzipatorische Umgestaltung stark macht, ist dagegen äußerst unwahrscheinlich. Welchen Nutzen das Experiment haben kann, wird man erst sagen können, wenn klar ist, worum es sich überhaupt im einzelnen handeln soll. Immerhin waren Experimente zwischen 1968 und 1980 in den USA und Kanada sowie in Namibia zwischen 2008 und 2013 höchst interessant, die Ergebnisse werden allerdings von Befürwortern und Gegnern des BGE in der Regel unterschiedlich interpretiert.

Auch in mehreren Städten der Niederlande sollen Feldversuche zum Umgang von Menschen mit einem Grundeinkommen durchgeführt werden.² Stadt und Universität Utrecht haben das Projekt angeschoben, ebenfalls die Stadt Tilburg wird jetzt aktiv, in Maasticht und Groningen überlegt man noch. In Utrecht sollen ca. 300 Einwohner rund 1000 Euro im Monat erhalten. Bei den Teilnehmern handelt es sich um Menschen, die bereits Sozialhilfe beziehen. Bei einem Teil soll die Auszahlung an Bedingungen geknüpft werden, beim anderen Teil bedingungslos erfolgen. Vom Vergleich erhofft man sich Aufschlüsse über die jeweiligen Wirkungen. ■

¹ Vgl. Silke Bigalke, Lea Hampel: Finnland testet bedingungsloses Grundeinkommen. Süddeutsche Zeitung 26.6.2015, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/finnland-alles-gute-kommt-von-norden-1.2537447>

² Ruth Falterer: Die Niederlande experimentieren mit Grundeinkommen. SZ vom 14.8.2015, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/geld-ohne-gegenleistung-niederlande-experimentieren-mit-grundeinkommen-1.2608557>

Die Autorinnen des eingangs zitierten SZ-Artikels kommen zu dem Schluss „Sinnvoller wäre es, das Geschehen in der Schweiz zu verfolgen. Dort kämpfen seit Jahren Bürger für das Grundeinkommen, ein Entwurf liegt dem Parlament vor und steht 2016 zur Entscheidung an.“

GLS Bank im Wandel

Die „Bankenwelt ist im Wandel. Ihre vier großen Herausforderungen sind die gesellschaftliche Akzeptanz von Banken, Niedrigzins, Regulierung und Digitalisierung. Für die weiterhin stark wachsende sozial-ökologische GLS Bank ist dies eine Chance, um ihr Profil zu schärfen und ihre innovativen Stärken aufzuzeigen. Und das von Anfang an: Als Genossenschaftsbank bindet sie ihre Mitglieder und Kunden aktiv mit ein. Ort dafür ist die Generalversammlung am 12. und 13. Juni 2015 in der Jahrhunderthalle in Bochum“, heißt es in einer Presseerklärung der Bank.

„Als klassische Bank, die ihre ganz ursprünglichen Aufträge erfüllt, sind wir von der Niedrigzinsphase natürlich betroffen“, erklärt Vorstandssprecher Thomas Jorberg. Zukunftsfähige Lösungen sollen gemeinsam mit Kunden und Mitarbeitern entwickelt werden. Diese Entwicklung werde zu einer ganz neuen GLS Bank führen, so Jorberg. Das Ziel: Sozial-ökologische Geldanlagen sollen noch stärker gesellschaftliche Wirkung entfalten. Eine neue Qualität der Kommunikation und höhere Effizienz seien hierzu erforderlich.

Die Bank gewann bis zum 31.5. d.J. gegenüber dem Vorjahr 1835 Mitglieder und 7172 Kunden hinzu. Das Kreditvolumen betrug Ende Mai 1,98 Milliarden Euro, ein Plus von 3,8 Prozent. ■

Quelle: <https://www.gls.de/privatkunden/ueber-die-gls-bank/presse/pressemitteilungen/gls-bank-entwickelt-bank-der-zukunft/>

Grundsteuerreform

**Ein Artikel von Dirk Löhr
im Blog <http://rent-grabbing.com>**

Im Heft 1/2013 dieser Zeitschrift berichteten wir über die Initiative „Grundsteuer: Zeitgemäß! Ein bundesweiter Aufruf für eine Grundsteuerreform“, an der Dirk Löhr, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik, maßgeblichen Anteil hat. Über den Fortgang der Initiativen kann man sich auf www.grundsteuer.net informieren. Im oben genannten Blog nimmt Löhr am 31.7. d.J. nun jüngst gemachte Vorschläge der Länderfinanzminister kritisch unter die Lupe. In dem Text heißt es u.a.:

„Die gegenwärtige Grundsteuer B ist höchstwahrscheinlich verfassungswidrig. So hat der Bundesfinanzhof (BFH) die Einheitsbewertung des Grundvermögens für Zwecke der Grundsteuer in seinem Urteil vom 30.06.2010 (Az.: II R 60/08) grundsätzlich bezweifelt; sie dürfte insbesondere mit dem allgemeinen Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) nicht vereinbar sein. Sowohl das Niveau als auch die Struktur der auf 1964 (Westdeutschland) bzw. 1935 (Ostdeutschland) zurückgehenden Einheitswerte hat nichts mehr mit den Verkehrswerten zu tun. Eine Reform ist überfällig – insofern besteht Einigkeit in Wissenschaft und Politik.“ Löhr beschreibt verschiedene Reformvorschläge, bei denen unterschiedliche Eigeninteressen der Bundesländer eine Rolle spielen.

„Gemeinsam ist allen Reformvorschlägen, dass sie sich auf sog. ‚verbundene Bemessungsgrundlagen‘ stützen. Die Bemessungsgrundlage beinhaltet also nicht nur Grund und Boden, sondern auch das aufstehende Gebäude. Die ewige Wiederkehr des Gleichen: Einen ganz ähnlichen Vorschlag legten in der Reformrunde 2004 die Bundesländer Bayern und Rheinland-Pfalz vor, der auch auf Kritik stieß.

Zwei Gegenvorschläge, die nur beim Boden, aber nicht beim aufstehenden Gebäude, ansetzen wollen, wurden jedoch in der zuständigen länderoffenen Arbeitsgruppe nicht verhandelt. Dabei handelt es sich zum einen um die Bodenwertsteuer, zum anderen um eine Kombination aus einer Bodenwert- und einer Flächensteuer. Beide Modelle werden von der Initiative ‚Grundsteuer: Zeitgemäß!‘ propagiert, die mit dem NABU, dem BUND, dem IW Köln, dem Mieterbund u.a.m. viele prominente Unterstützer hat. Denn die bodenbezogenen Modelle haben augenscheinlich eine Reihe von Vorteilen: Aus ökologischer Sicht wird eine Belastung der effizienten Nutzung der knappen Ressource Fläche vermieden. Ganz im Gegenteil wird ein Druck zur effizienten Nutzung hergestellt: Bei Unternutzung muss der Grundstückseigentümer genauso viel bezahlen wie bei einer Nutzung entsprechend der bestmöglichen Verwendung („Highest and best potential use“). Aufwertungen der Gebäude (durch Aufstockungen in Ballungsgebieten oder die gewünschte energetische Sanierung) werden nicht durch die Besteuerung sanktioniert. Aus ökonomischer Sicht handelt es sich (eine einigermaßen stringente Planung vorausgesetzt) insbesondere bei der Bodenwertsteuer um eine Abgabe, die ohne Zusatzlasten erhoben werden kann – also im Gegensatz zu anderen Steuern vollkommen neutral ist. Zudem ist die Abgabe einfach zu erheben: Die Bodenrichtwerte liegen ohnehin bei den Gutachterausschüssen schon vor, lediglich der Steuersatz wäre auf diese zu legen.

Aus sozialer Sicht ist wichtig festzuhalten, dass das Gebäude auf eine Leistung des Grundstückseigentümers zurückzuführen ist. Bodenerträge und Bodenwerte in privater Hand sind hingegen das Resultat externer Effekte: Sie ergeben sich maßgeblich aufgrund von Leistungen der Allgemeinheit, z.B. aufgrund der Agglomeration von Fachkräften oder der Ausstattung mit Infrastruktur und ‚Public

Goods‘. Anders als bei Bemessungsgrundlagen, die v.a. das aufstehende Gebäude belasten, wird bei einer bodenwertbezogenen Bemessungsgrundlage die Privatisierung öffentlich geschaffener Werte und die gleichzeitige Sozialisierung privat geschaffener Werte vermieden. Im Rahmen der kritischen Diskussion um Piketty wurde zudem wiederholt auf die Rolle der Bodenrenten und Bodenwerte bei Umverteilungen von unten nach oben verwiesen. Auch nach dieser Sicht der Dinge wäre eine Bodenwertsteuer das Mittel der Wahl. Schließlich fällt – zumindest bei stringenter Landnutzungsplanung oder in angespannten Wohnungsmärkten – die Überwälzung der Abgabe auf die Mieter schwerer als bei verbundenen Bemessungsgrundlagen. [...]

Die wichtigste Voraussetzung für eine vernünftige und tragfähige Lösung wäre, dass die Verhandlungen um die Grundsteuerreform mit den Verhandlungen um den Finanzausgleich verknüpft werden. In diesem Kontext wäre ebenfalls zu fragen, ob hinsichtlich der Grundsteuer überhaupt ein bundeseinheitliches Regelungsbedürfnis besteht oder ob die Grundsteuer nicht vielmehr in die Hoheit der Bundesländer überführt werden sollte – im Sinne eines Mehr an Wettbewerbsföderalismus. Auch wenn der neue Vorschlag Gesetz werden sollte: Das Thema Grundsteuer wird uns weiterhin beschäftigen.“ ■

Quelle: <http://rent-grabbing.com/2015/07/31/grundsteuerreform-die-neue-schnapsidee-der-landerfinanzminister> | Homepage von Dirk Löhr: <http://www.dirk-loehr.de> Siehe auch „Grundsteuer: Zeitgemäß! Ein bundesweiter Aufruf für eine Grundsteuerreform“ (<http://www.grundsteuerreform.net>)

Solikon 2015

Internationaler Kongress „Solidarische Ökonomie und Transformation“ vom 10.-13. September 2015 in der TU Berlin

Solidarische Wirtschaftsformen „machen Hoffnung: Sie sprießen längst vor unseren Füßen und treiben mannigfaltige Blüten, obgleich unsere Maschinen noch die alten Monokulturen düngen. Wie können wir einer transformativen Wirtschaft mit Weitblick den Boden bereiten?“ (aus der Einladung). Der Kongress mit über 100 Workshops und zahlreichen Foren und Podien soll bei der Beantwortung dieser Frage weiterhelfen, indem er Vernetzungs- und Diskussionsräume für Expertinnen und NeueinsteigerInnen jeden Alters schafft. Erwartet wurden über 1000 Interessierte und Aktive der Solidarischen Ökonomie und verwandter Strömungen wie Postwachstum, Commons, Transition Towns, Gemeinwohlökonomie etc. sowie zahlreiche internationale Gäste – aus Äthiopien, Bangladesch, Brasilien, Mali, Kanada und verschiedenen Ländern Europas, insbesondere aus Griechenland, Spanien, Italien. Bei Redaktionsschluss lief noch die dem Kongress vorangehende „Wandelwoche“ mit „Touren zu Betrieben und Projekten einer anderen Ökonomie“ in Berlin und Brandenburg. Weitere Info: <http://solikon2015.org/de> ■

Gedenken

Wilfrid Jaensch

6. November 1941 – 17. Juni 2015

Christoph Strawe

In der Nacht vom 16. auf den 17. Juli ist Wilfrid Jaensch nach einer schweren Lungenerkrankung über die Schwelle gegangen.

Jaensch wurde in Gleiwitz/Gliwice geboren. Er studierte bei dem Literaturwissenschaftler Walter Muschg an der Universität Basel, engagierte sich dort in der Jugend- und Studentenbewegung, gab in den 1970er Jahren die Zeitschrift POLEMOS heraus, schlug Brücken zwischen Marxismus und Anthroposophie und betrieb eine „Kritische Untergrundschule Schweiz“ (K.U.U.S.). Er unterrichtete Grundschullehrerinnen in Liestal, arbeitete einige Zeit in der Schweiz im Straßenbau.

Wie stark Jaensch, der manchen als „Anarcho-Anthroposoph“ galt, Menschen für die Anthroposophie und ihre Sozialimpulse begeisterte, wird z.B. in Erinnerungen des 2014 verstorbenen Uli Rösch deutlich. Bei einer Tagung in Stuttgart 1970 hielt Jaensch einen Vortrag über das Wesen der Intuition, der Uli tief beeindruckte: „Freies Handeln könne nur ein Handeln aus unmittelbarer, intuitiver Erkenntnis sein. Alle Ideologie müsse durch ein schöpferisches Denken überwunden werden [...] Die von Jaensch herausgegebenen ‚Polemos‘-Hefte gaben mir wichtige Impulse, diesen Weg weiter zu beschreiten. Besonders seine Ausführungen zu ‚Trotzki und Steiner – Idee der Tat‘ und ‚Freiheit des Wollens – Eine systematische Entwicklung‘ halfen mir den Weg zum freien Menschen zu verstehen und zu gehen.“¹

Jaensch ging nach Australien, wo er als Gärtner und Heilpädagoge arbeitete, und zog schließlich 1985 nach West-Berlin. Lange Jahre half er dort Manfred Kannenberg in seiner „Bücherei für Geisteswissenschaft und soziale Frage“ am Mexikoplatz, auch um dem Freund Raum für sozialwissenschaftliches Studieren und Wirken zu schaffen. In diese Zeit fiel die Bekanntschaft mit dem Doyen der Architekturge-schichte, Julius Posener, welche Wilfried Jaensch für seine Entwicklung als ähnlich bedeutsam ansah, wie die Beziehung zu Walter Muschg. 1989 wurde er Mitbegründer des Berliner Waldorflehrer-Seminars. Fast 20 Jahre, bis 2008, wirkte er dort als Dozent und arbeitete mit den Studierenden an philosophischen und anthroposophischen Grundfragen, Fragen der Selbstschulung und der „Allgemeinen

Menschenkunde“. In einem Interview vom September 2010 mit Susanne Becker in der Zeitschrift „Erziehungskunst“ sagte er selbst zur Frage, warum er in die Lehrerbildung gegangen sei: „Weil ich immer Dinge tue, die mir gar nicht liegen, um irgendetwas zu lernen. Das ist ein Lebensprinzip von mir. [...] Die einzelnen Menschen in Berlin waren es, die mich reizten, weniger Waldorf im Allgemeinen. Aber die Waldorfschulen wurden politisch angegriffen, komischerweise gerade auch von den Linken, und in dem Moment, wo jemand angegriffen wird, ist bei mir ‚Sankt Georg rettet die Jungfrau vor dem Drachen‘, da gehe ich in die Verteidigung. So ergab es sich einfach, dass ich dann regelmäßig mitmachte.“²

Jaensch konnte als Dozent und Publizist aus eigenen geistigen Forschungen und Erfahrungen schöpfen. Sein Denken war originell, ja genial, wie auch sein Schreibstil. Manches, was er schuf, harrt noch der Entdeckung, z.B. sein 1975 verfasster, bisher unveröffentlichter Tractatus magico-öconomicus. Das Sperrige vieler seiner Texte ist Absicht: „Würde ich in objektiv-geschmeidigem Stil schreiben, dann würden die Gedanken, die ich zu schildern habe, in den Leser eindringen wie Honig. Das darf nicht sein. Ich muss die Persönlichkeit des Lesers wecken, also seinen eigenen Willen“, schrieb er an den Freund Dietrich Spitta. Die von diesem veröffentlichte Auswahl aus seinem Briefwechsel mit Jaensch gewährt wesentliche Einblicke in dessen Persönlichkeit und Denken („Wilfrid Jaensch – Ein moderner Geistesforscher“, Verlag Ch. Möllmann 2012). Die Briefe sind zugleich ein Musterbeispiel für einen auf gegenseitiger Wertschätzung beruhenden fruchtbaren Dialog zwischen zwei sehr unterschiedlichen Charakteren.

Jaensch publizierte zahlreiche Aufsätze und Bücher (Selbstgespräch mit der Schwarzen Madonna – Arbeiten aus den Jahren 1976 – 1996 | Was sagst du, wenn du „Mensch“ sagst? Das absolut Gute als Quelle unseres künftigen Zusammenlebens, 1998 | Die Ordensregeln der Neuzeit. Sieben Tonsätze für Sprechstimme und Schlagzeug, etwa Herzschlag | Was ist die wahre Natur des Ich? 2010).

In einem Text von „Anthrobuch“ heißt es: „Jaensch stellte 1969 die Erkenntnisfrage: Was steht hinter dem formalen Denken? Was verursacht den Verstand? Dabei ging es ihm um die Erkenntnis der Wahrheit. Der Aspekt des Guten kam dabei nicht vor. Im Gegenteil. Noch in den 80er Jahren wehrte er sich ausdrücklich, die Erkenntnis mit Moralität in Zusammenhang zu bringen. [...] 1998 formuliert derselbe Autor das absolut Gute als Grundlage der Welt. Nur durch die Methode der Güte kann die Welt erkannt werden! Was ist geschehen? Was kann einen Wahrheitsfanatiker – als welchen er sich selbst bezeichnet – dazu führen, das Gute als Grundlage des Daseins anzuerkennen? Wo liegt der Übergang von der Wahrheitsfrage zum Guten? In der Biographie von Wilfrid Jaensch ist der Übergang zweifellos die Begegnung mit der ‚Schwarzen Madonna‘.“³

² <http://www.erziehungskunst.de/artikel/es-ist-ein-freiheitsbeweis-dass-man-boese-werden-kann/>

³ Website des Projekts Anthrobuch, http://www.anthrobuch.com/shop/index.php/id_4161,Selbstgespraech_mit_der_Schwarzen_Madonna_Jaensch_Wilfried?_pos=9

¹ Uli Rösch: Schritte auf dem Weg zur Entfaltung des sozialen Organismus, <http://www.kulturzentrum-achberg.de/files/roesch-2011-schritte.pdf>

Jaensch selbst schrieb: „Willst du die Schwarze Madonna sehen, dann musst du dich selber sehen, und zwar vollkommen. Vollkommen heißt nicht: edel. Sondern: vollständig. Also auch das sehen, was du nicht siehst, weil es finster ist. Das Sinnlose deines Lebens. Den dauernden Schmerz. Deine Bosheit. Deinen Wahnsinn. Deine Lächerlichkeit. Nimm dies und verbinde es mit dem Sichtbaren deiner Person: und du stehst vor der Schwarzen Madonna.“

Er hat gewollt, dass andere „seine Gedanken durcharbeiten und mit ihnen ringen“. Möge er in solchem Ringen für uns präsent bleiben! ■

Literatur

Zukunft für Zukunftslose in Bogotá

Christoph Strawe

Helmut von Loebell, Peter Daniell Porsche (Hg.), Markus Deisenberger (Redaktionsleitung): *Zukunft für Zukunftslose in Bogotá*. Kulturverlag Polzer, Salzburg 2014. 318 Seiten, gebunden. ISBN-13: 9783902658524. 24,90 € (Der Reinerlös der verkauften Exemplare kommt direkt der CES Waldorf in Kolumbien zugute).

Im „Frühling 2012 fassten Helmut von Loebell und Daniell Porsche den gemeinsamen Entschluss, ein Buch über CS Waldorf in Bogota herauszugeben. Ein Buch, das dokumentiert, welche hervorragende Arbeit in dieser Institution für die Kinder und Jugendlichen (sowie deren Eltern) geleistet wird, die aus den unsozialen und kriminellen Verhältnissen eines der gefährlichsten Barrios der Welt stammen. Ein Buch aber auch, das seine Leser davon überzeugt, wie wichtig es ist, Geld für das Projekt zu spenden, damit diese Menschen weiterhin ihren schwierigen Job erledigen und den Menschen, die ihrer bedürfen, beistehen können.“ Das schreibt der Redaktionsleiter und Mitautor Markus Deisenberger adressiert an die „lieben Leserinnen und Leser“ im Vorspann einer bemerkenswerten Publikation, über 300 Seiten stark und reich bebildert, mit einer Fülle von beeindruckenden Beiträgen, in der jene ihre Geschichten erzählen, die Armut und Gewalt aus ihrer Alltagserfahrung kennen; „Kinder Jugendliche, Sozialarbeiter, Pädagogen, Betreuer und Betreute“, aber auch Beobachter des Elends und der Versuche,

Abhilfe zu schaffen. Peter Daniel Porsche, Urenkel von Ferdinand Porsche, Mäzen und Mitbegründer anthroposophischer Einrichtungen, schließt mit einem Vorwort an, in dem er u.a. schreibt: „CES Waldorf vermittelt das, was keiner hat und jeder doch so nötig braucht. Was aber ist es? Liebe, Liebe zu Dir als Du, zu Dir als Mensch ist es. Schauen Sie hin in Liebe und lesen Sie durch Liebe, wie mit Liebe und aus Liebe heraus geholfen wird.“

Die Publikation gliedert sich in drei Hauptteile, deren erster in die Lage und Geschichte Kolumbiens und die Arbeit von CES Waldorf einführt. Der zweite Teil lässt uns durch eine Vielzahl von Geschichten, die von Betroffenen erzählt werden, am Arbeitsalltag des Projekts teilnehmen. Teil 3 schließlich weitet den Blick auf verwandte Initiativen in anderen Teilen der Welt, in Brasilien, Südafrika und Indien, sowie auf die globale Arbeit der „Freunde der Erziehungskunst“.

Helmut von Loebell, Gründer des Projekts, spricht im Interview über Armut, Gewalt und die Motive seines Engagements als sozialer Unternehmer. Es folgen Beiträge von SozialarbeiterInnen, LehrerInnen, KindergärtnerInnen und Menschen, die die Arbeit in dieser oder jener Form mitgetragen und begleitet haben. So schreiben z.B. die Schock- und Traumatisierungsexperten Melanie Revergio und Bernd Ruf über CES Waldorf „als einen Ort sozialer Heilung“, die Sozialarbeiterin Claudia Malagon über einen typischen Arbeitsalltag bei CES Waldorf oder drei Lehrer über Schulung des Willens, Struktur und Regeln („Den Schüler als Menschen stärken“).

Freunde der Erziehungskunst über CES Waldorf

Die Corporación Educativa y Social Waldorf (CES) in Bogotá bietet Menschen aus den Elendsvierteln einen Kindergarten, familiäre Betreuung und Beratung, ein Schul- und Freizeitprogramm an Nachmittagen sowie medizinische Versorgung. Seit dem Jahr 2002 konnte mehr als 1.000 Kindern und Jugendlichen und deren Angehörigen geholfen werden. [...]

Auf sieben Kleinstgrundstücken in Hanglage konnte ein Haus gebaut werden, das seit 2004 den Kindergarten, PAES (Programa de Apoyo Educativo Social), eine Art Freizeit- oder Nachmittagsschule für Kinder zwischen 6 und 16 Jahren und die Administration der Sozialarbeit beherbergt. Zwei Gruppen – 66 Kinder zwischen 2½ und 4½ Jahren – werden zwischen 8 und 16 Uhr von drei Erzieherinnen und zwei Helferinnen in dem Kindergarten betreut. Sie bekommen Frühstück, Mittagessen und eine Zwischenmahlzeit, bevor sie nach Hause gehen. Außerdem haben sie und ihre Eltern hier Raum, Fragen zu stellen und ihre Bedürfnisse zu äußern. Familienunterstützung ist bei PAES ein wichtiges Thema. Zusätzlich gibt es auch Bildhauerei, Theaterarbeit, Musik und Nachhilfeunterricht sowie Unterstützung bei Hausaufgaben als Angebote.

Von großer Bedeutung ist das medizinische Versorgungszentrum, da gerade die Kinder in den Barrios wegen Mangelernährung langsamer wachsen, häufig an Atemkrankheiten leiden und als Erwachsene oft früh Alterskrankheiten bekommen. So sind unter den Frauen besonders viele Krebserkrankungen festzustellen. In ungefähr 30 % der Familien gibt es Alkoholranke.

Quelle: <https://www.freunde-waldorf.de/waldorf-weltweit/einrichtungen-weltweit/kolumbien/bogota-ces-waldorf.html>

Des Weiteren lesen wir bewegende „Geschichten aus dem Arbeitsalltag“: Eine leidgeprüfte Mutter berichtet aus dem Barrio – Barrios werden die Elendsviertel genannt, in denen die berühmte Drogenmafia herrscht. Ein Kunstlehrer schildert den Weg von Kindern aus der Kriminalität in ein lebenswertes Leben, der neunjährige Carlos erzählt, „wie er mit seiner Stimme gegen schlechte Laune und Gewalt ansingen will“, Maria Fernanda berichtet, wie sie mit 19 Jahren ihre versäumte Schulbildung nachholen möchte. Ergänzt werden diese oft sehr persönlichen Beiträge durch Grundsatzüberlegungen und Zukunftsentwürfe: Frank Linde zur Frage sozialer Nachhaltigkeit, Mario L. Persson, Provinzial des Salesianer-Ordens in Kolumbien, über die soziale Bedeutung von CES Waldorf („Eine solidarische, gerechte und beglückende Welt ist möglich“), Marilly und Helmut von Loebell über die nächsten Entwicklungsschritte und Ziele von CES Waldorf). Allein dieser Teil umfasst 29 Beiträge, die jeweils auch für sich stehen können.

Die beiden Herausgeber – sie lernten sich vor vielen Jahren bei der Gründung der Waldorfschule Salzburg kennen und wurden Freunde – haben sich entschlossen, über ihre eigene Initiative hinaus auch weitere gleichgerichtete Ansätze in anderen Ländern zur Darstellung zu bringen – sowie Initiativen, die diese Ansätze global unterstützen. So kommen Nana Göbel und Olivia Girard für die Freunde der Erziehungskunst zu Wort, wobei letztere den „WOW-Day“ schildert, an dem Waldorfschüler Waldorfinitiativen weltweit helfen. Breiten Raum erhält Ute Craemer und das von ihr in einer Favela von Sao Paulo gegründete Projekt „Monte Azul“. Sie schreibt über Hintergründe und Lebenswelt dieser Initiative. Auch hier kommen wieder in sehr persönlichen Schilderungen Menschen zu Wort, deren Biografie durch „Monte Azul“ Impulse erhielt. Von Brasilien gelangen wir dann nach Südafrika zum „Centre for Creative Education Kapstadt“ und von dort zu dem Sozialdorf „Shanti“ in Nepal (1200 Einwohner).

Im Epilog plädiert Markus Deisenberger, dem für seine redaktionelle Leistung zusammen mit den anderen Mitarbeitern sehr zu danken ist, gegen „das schnelle Vergessen“ und erklärt, „warum uns das Leid in weit entfernten Ländern alle etwas angeht“.

Das Projekt CES Waldorf ist über seine Wirkung im unmittelbaren Umfeld hinaus von beispielhafter Bedeutung für Lateinamerika. Seine erfolgreiche Entwicklung führt auch zu einem wachsenden Finanzbedarf (für 2016 ca. 360.000 Euro), der durch das bisherige Spendenvolumen trotz einiger Großspenden aus der Automobilindustrie nicht gedeckt ist. Daher ist das Buch nicht nur eine spannende Lektüre: Durch Kaufen, Verschenken und Weiterempfehlen trägt man unmittelbar zur Finanzierung von CES Waldorf Kolumbien bei.

Wer mehr tun kann und will, spendet an: Freunde der Erziehungskunst e.V., Berlin, Bestimmung: CES Waldorf Kolumbien Kto 4011 (in DE steuerlich abzugsfähig), Postbank Stuttgart, DE 91 600 100 7000 39 800 704, PBNKDEFF ■

Initiativen und Termine

Frieden in Europa

Stuttgart, 21./22. September 2015
Liederhalle/Waldorfschule Kräherwald
Veranstalter Forum 3 Stuttgart

Ratlosigkeit und Gefühle der Ohnmacht beherrschen die Stimmung zahlreicher Menschen angesichts eines Konflikts, der die überwunden geglaubten Gegensätze des Kalten Krieges mit enormer Kraft wieder aufbrechen lässt. Wird das seit geraumer Zeit in den Medien praktizierte und scheinbar begründete Gut-und-Böse-Denken der Wirklichkeit aber gerecht? Trägt es in irgendeiner Form zur Überwindung des bewaffneten Konflikts und des Konflikts in den Köpfen bei? Angesichts dessen stellt sich die Frage: Was kann getan werden, um jene Impulse zu stärken, die mit Umsicht und Mut dazu beitragen wollen, den Konflikt in der Ukraine und die eskalierende Situation zwischen Ost und West zu entschärfen, zu beruhigen und zu befrieden?

Regimewechsel in der Ukraine: Wer steckt dahinter? Russland, USA, NATO und die Rolle der Medien

Montag, 21. September 19.30 Uhr. Vortrag mit Dr. Daniele Ganser (Swiss Institute for Peace and Energy Research, Basel). Ort: Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle, Berliner Pl. 1, 70174 Stuttgart.

Kriege werden gemacht – auch Frieden ist machbar. Möglichkeiten der konstruktiven Konfliktlösung im Ukraine-Krieg

Dienstag, 22. September 18.00 Uhr. Vortrag mit Prof. Dr. Friedrich Glasl (Trigon Entwicklungsberatung, Mediator, Salzburg). Ort: Freie Waldorfschule am Kräherwald, Festsaal, Rudolf-Steiner-Weg 10, 70192 Stuttgart.

Frieden in Europa! – Was können wir tun?

Dienstag, 22. September 20.00 Uhr. Gespräch mit Prof. Dr. Friedrich Glasl, Gerald Häfner (Mehr Demokratie e.V.), Heike Hänsel (MdB Die Linke), Nothart Rohlf (Initiator der Petition „Aus Sorge um Europa“), Olga Solomenko-Zech (Russischlehrerin). Moderation: Ulrich Morgenthaler, Forum 3. Veranstaltungsort: Freie Waldorfschule am Kräherwald.

Veranstalter: Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart, Tel. 0711 - 4400749-77

Ideelle Unterstützer der Veranstaltung: Initiative Netzwerk Dreigliederung | Friedensnetz Baden-Württemberg | attac – Regionalgruppe Stuttgart | Pax Christi Rottenburg-Stuttgart | DFG-VK Landesverband Baden-Württemberg | Colibri – Beiträge für eine menschenwürdigere Welt e.V. | Stadtjugendring Stuttgart | Redaktion globalcrisis/globalchange NEWS | POEMA e.V. Stuttgart – Armut und Umwelt in Amazonien | Afrokids e.V. | EU-COMmunity | Gesellschaft Kultur des Friedens | ZEB – Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung

Kartenvorverkauf: EasyTicketService | Telefon 0711 2 555 555, info@easyticket.de | www.easyticket.de | Abendkasse: 21. September, ab 17.30 Uhr, 22. September, ab 17.00 Uhr. Kosten: Vortrag jeweils: € 15,- /erm. 10,-, Gespräch: Eintritt frei.

Petition: Aus Sorge um Europa – Was ist zu tun?

Der bewaffnete Konflikt in der Ukraine schwelt weiter. Die Gefahr eines Krieges in Europa ist nicht gebannt. Eine Eskalation der Kriegshandlungen in der Ukraine – aus welchen Gründen und von welcher Seite auch immer – kann von heute auf morgen erneut stattfinden und Minsk II zu vollständiger Bedeutungslosigkeit verurteilen. Die Unterzeichneten hoffen, dass es dazu nicht kommen wird. Für den Fall aber, dass trotz diplomatischer Bemühungen der unerklärte Krieg in der Ukraine massiv aufflammen sollte, erklären die Unterzeichneten: Wir lehnen als Europäer gleich welcher Nation jeden neuen Krieg in Europa grundsätzlich, kategorisch und unmissverständlich ab, gleichgültig von wem er ausgeht und geführt wird und unabhängig davon, wie er begründet und vertreten wird.

Wir halten den Krieg als Lösung von Konflikten jedweder Art in Europa für ungeeignet, antiquiert und nicht zielführend. Wir kennen heute als Menschheit Mittel und Wege wie Konfliktschlichtungen, zwischenstaatliche und interkulturelle Mediationen, die besser und mit wesentlich höherer Wahrscheinlichkeit auf Erfolg dazu geeignet sind, eskalierende Auseinandersetzungen zwischen Menschen, Volksgruppen und Völkern zu bewältigen und zu lösen als durch Bruch sämtlicher Vereinbarungen friedlichen Zusammenlebens, durch Entwurzelung und gewaltsame Tötung von Tausenden von Kindern, Frauen und Männern, durch Verwüstung der selbst geschaffenen zivilisatorischen und kulturellen Voraussetzungen menschlichen Lebens auf der Erde sowie Zerstörung des uns umgebenden Lebens der Natur. Wir geben friedlichen Mitteln der Konfliktschlichtung nachdrücklich und eindeutig Vorrang vor Mitteln kriegerischer Gewaltanwendung und fordern diesbezüglich energische, eindeutige und unerschrockene Bemühungen für den Erhalt des Friedens in Europa von den durch uns gewählten Politikern gleich welcher Partei, jenseits potenziell vorgeschobener

Sachzwänge politischer und militärischer Bündnistreue aller Art. Mit anderen Worten, wir verlangen von ihnen, die Treue zu friedensbewahrenden und friedensstiftenden Mitteln, Strategien und Ideen in der Bewältigung von Konflikten in Europa konsequent über blinden Gehorsam und Gefolgschaftstreue gegenüber politischen und militärischen Bündnissen zu stellen, welche erfahrungsgemäß die Grundlage wahnwitziger kriegerischer Verheerungen gebildet haben und bis heute bilden. Es ist unsere fundamentale Überzeugung, dass die Bewahrung menschenwürdiger, lebens- und zukunftsfähiger Verhältnisse in Europa für dessen individuelle Bewohner sowie dessen verschiedenartige Volksgruppen und Völker nur auf solchem Wege gelingen kann und eine Chance hat, die ihren Namen verdient. Wir sind von der Überzeugung erfüllt, dass es nur so gelingen kann, sich den Herausforderungen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Art auf dem Weg in ein Europa des 21. Jahrhunderts gewachsen zu erweisen sowie diesen Herausforderungen zugleich besonnen, tatkräftig und erfolgreich – das heißt im Sinne aller Individuen und Völker Europas – zu begegnen! Wir fordern unsere Politiker auf, sich einem solchen Weg unzweideutig, verpflichtend und mutig anzuschließen!

Nothart Rohlf, Cornelia Delleske-Benner, Rudolf Krause, Ulrich Morgenthaler, Reinhard Wedemeier

Die Petition ist online unter diesem Link zu finden: <https://weact.campact.de/petitions/aus-sorge-um-europa-was-ist-zu-tun>. Dort kann man auch unterzeichnen.

Veranstaltungen im Forum 3 Stuttgart

Freitag, 2. Oktober, 19.30 Uhr: Macht macht untertan. Mit Herbert Ludwig.

Mittwoch, 7. und Freitag, 9. Oktober im Rahmen des Global Event College: Zwei öffentliche Abende in englischer Sprache mit Yeshayahu Ben Aharon

Montag, 19. Oktober, 19.30 Uhr: Der Einklang von Albert Einstein und Rudolf Steiner. Mit Dr. Hans-Bernd Neumann

Freitag, 23. Oktober, 19.30 Uhr: Willst Du recht haben oder Zukunft gestalten? Mit Gabriela Reinwald

Freitag, 30. Oktober, 19.30 Uhr. III. Weltkrieg oder multipolare Kooperation. Mit Martin Zeis

Freitag, 20. November, 19.30 Uhr: Geisteswissenschaftliche Aspekte der Energiewende. Mit Dr. Gregor Arzt

TTIP & CETA stoppen!

**Aufruf zur Großdemonstration gegen TTIP
am 10. Oktober in Berlin**

Für einen gerechten Welthandel!

In diesem Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere Demokratie und Rechtsstaat erhalten sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen gewährleisten und auch für die Zukunft sichern, nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt respektieren und stärken sowie die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern und Verantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit festschreiben.

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderrechte für Investoren und Investor-Staat-Schiedsverfahren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten. TTIP und CETA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit beizutragen.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen, statt sie zu senken oder auszuhebeln; die Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben, statt sie auszuhöhlen; öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken, statt sie zu schwächen; kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern, statt sie als Handelshemmnis zu betrachten; bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen, statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern; die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen, statt sie zu vergrößern; global ausgerichtet sind, statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen; transparent und offen verhandelt werden, statt geheim und in Hinterzimmern. Hierfür gehen wir am Samstag, 10. Oktober, in Berlin auf die Straße. Demonstrieren Sie mit!

Die Demonstration wird von zahlreichen Verbänden, Bürgerinitiativen und Organisationen (unter ihnen auch die Parteien „Die Grünen“ und „Die Linke“ unterstützt. Dem Trägerkreis gehören an: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) | Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft (Abl) | Attac Deutschland | Brot für die Welt | Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) | Campact | Der Paritätische Gesamtverband | Deutscher Kulturrat | Foodwatch | Greenpeace | Mehr Demokratie | NaturFreunde Deutschland | Naturschutzbund Deutschland (NABU) | OXFAM | Umweltinstitut München | WWF

Weitere Informationen zu Mitmachen, Anreise, Ablauf, Spenden, Unterzeichnen des Aufrufs usw. s. <http://ttip-demo.de> | Adresse: TTIP-Demo-Büro, NaturFreunde eV., Paretzer Straße 7, 10713 Berlin, www.info@ttip-demo.de

Regionales Dreigliederungstreffen

**Forum Blumenau München
Fr, 23./Sa, 24. Okt. 2015**

Werner Blauhut

Leider mussten wir den vorgesehenen Juli-Termin für unser Netzwerk-Treffen auf den Herbst verschieben. Wir werden uns am Freitag, 23. Oktober (abends) und Samstag, 24. Oktober 2015 (tagsüber) wieder in der Blumenau treffen.

Nähere Informationen: Forum Blumenau, Soziale Kultur- und Werkgemeinschaft gGmbH, Blumenauer Straße 46, 80689 München. Geschäftsführer: Werner Blauhut (Tel. 0172 97 417 88, 08206 9601 - 23, E-Mail: forum.blumenau@blauhut.eu)

Fortbildung „Sozialkunst“

Die **Sektion für Sozialwissenschaften am Goetheanum** bietet im zweiten Jahr eine Fortbildung „Sozialkunst“ an. Das Angebot richtet sich an Menschen, die kreativ berufsbezogen mit anderen zusammenarbeiten und verstehen wollen, wie persönliche Entwicklung und Gemeinschaftsentwicklung miteinander zusammenhängen. Mitwirkende sind u.a. Gerald Häfner, Paul Mackay, Friedrich Glasl und Götz Rehn. Die Veranstaltungsreihe ist berufsbegleitend und umfasst 7 zwei- und dreitägige Wochenendseminare und 6 Abendvorträge in Dornach/CH vom **17.9. 2015 bis 23.6. 2016**.

Alle Veranstaltungen können einzeln oder als Gesamtprogramm gebucht werden. Vollständiges Programm und weitere **Informationen** (Flyer, PDF): <http://bit.ly/skunstinfo> | Buchung (online): <http://bit.ly/sozialkunst>

Unterwegs zur sozialen Dreigliederung – Netzwerktreffen diesmal in Berlin im Forum Kreuzberg

Michael Wilhelmi

Eine interessante Frage aus einem Kolloquium im letzten Jahr: Sollen die raren Dreigliederungsengagierten auch noch in sogenannten Einpunktbewegungen mitarbeiten? Gegenfrage: Wenn die Dreigliederung ‚in den Tatsachen arbeitet‘ (Rudolf Steiner), arbeitet sie dann nicht auch in den Einpunktbewegungen? Hat die von Achberg ausgegangene Volksgesetzgebung heute nicht die breite Öffentlichkeit erreicht? Und wäre der Bundesvolksentscheid nicht ein Instrument für Innovationen in allen drei Bereichen?

Wenn wir uns diesmal in Berlin treffen – einem Vorschlag Christoph Strawes folgend, Arbeitstreffen an wechselnden Orten durchzuführen (siehe Kasten) –, würden wir das gerne auf 1,5 Tage erweitern und diejenigen zu einem Dialog einladen, die in einem der drei Felder des sozialen Lebens konkrete Arbeit leisten. Das könnte das Blickfeld erweitern und das Zutrauen stärken, zu sehen, wo überall die Dreigliederung unterwegs ist.

Wie hat sich die Welt in den fast 100 Jahren seit 1919 verändert? Gilt heute noch die These von der „Ohnmacht des Geisteslebens“ oder haben wir es eher mit einer partiellen Ohnmacht der Nationalstaaten gegenüber dem Finanzkapital zu tun, den globalen Herausforderungen gegenüberzutreten? Noch vor 10 Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass fast 90% der Deutschen und Österreicher sich ein anderes Wirtschaftssystem wünschen! Stehen wir nicht längst in der zweiten Wende, der des Kapitalismus, wenn diese sich auch nicht so rasch vollziehen wird wie die erste?

Nachdem die christliche Universalmonarchie sich in die europäischen Nationalstaaten aufgliedert hatte, stehen wir heute vor Fragestellungen, die sich rein denkerisch nur noch aus einem universalen Blickwinkel angehen lassen. Das ist eine Koinzidenz, die Otto Scharmer in die Kurzformel „Von der Ego-System-Wirtschaft zur Öko-System-Wirtschaft“ zusammenfasste.

Wir hoffen auf Euer Einverständnis, wenn wir uns am

5. und 6. Dezember in Berlin, also in einem etwas erweiterten Rahmen, wiedertreffen. ■

Unterwegs zur sozialen Dreigliederung – Arbeitstreffen Netzwerk Dreigliederung

Samstag/Sonntag, 5./6. Dezember 2015
Forum Kreuzberg, Saal des Michael-Tschechow-Studios, Eisenbahnstr. 21 (oder Eingang Köpenicker Str. 174), 10997 Berlin

Samstag, 05.12.2015

09.30 – 10.00 Uhr Ankommen

10.00 – 10.15 Eröffnung (Michael Wilhelmi): Dreigliederung 1919 und heute – „Ohnmacht des Geisteslebens“ oder partielle Ohnmacht der Nationalstaaten?

I Zivilgesellschaft als „Kulturkraft“ (Nicanor Perlas)

10.15 – 10.30 Uhr: Thomas Brunner: Freie Bildungstiftung

10.30 – 10.45 Uhr: Kurt Wilhelmi: Schule in Freiheit

10.45 – 11.00 Uhr: Detlev Hardorp: Freie Schulen und staatliche Schulverwaltung

11.00 – 11.30 Uhr: Aussprache

Schritte zu mehr Gemeinsamkeit

Auszug aus einem Artikel von Christoph Strawe zum Netzwerktreffen am 6. Dezember 2014 in Stuttgart im Dezemberheft der Zeitschrift „Sozialimpulse“

„In diesem Jahr konnten wir [...] auf ein Vierteljahrhundert Netzwerkarbeit zurückblicken. Es ging im Hinblick auf die Zeitlage und auch auf den bevorstehenden 100. Jahrestag der Dreigliederungsbewegung von 1919 darum, zu konkretisieren, welche neuen Schritte zu einer verstärkten Zusammenarbeit unserer Bewegung führen könnten. [...]

Ich schlug vor, dass die Dreigliederungsinitiativen in den verschiedenen Regionen als Gastgeber für die Gesamtbewegung zukünftig in jährlichem Wechsel ein Treffen ausrichten sollten, für das sie volle Gestaltungsverantwortung hätten. Im Falle mehrerer „Bewerber“ müssten diese sich untereinander verständigen. Das fand ein sehr gutes Echo [...] Aus einigen Orten wurde bereits prinzipielle Bereitschaft signalisiert, eine derartige Veranstaltung auszurichten. [...]

Im Gespräch wurde betont, dass es für das Gelingen sehr wichtig sei, wie die Gastgeberrolle ausgefüllt werde: Es gehe um das Raumschaffen für einen Prozess, der die Bewegung insgesamt weiterbringen soll.“

11.30 – 12.00 Uhr: Kaffeepause

12.00 – 12.15 Uhr: Jobst Langhans: Tschechow-Theater am Forum Kreuzberg

12.15 – 12.30 Uhr: Thomas Kraus: Internationale Waldorfbewegung

12.30 – 12.45 Uhr: Johannes Mosmann: Institut für soziale Dreigliederung Berlin

12.45 – 13.15 Uhr: Aussprache

13.15 – 15.00 Uhr: Mittagspause (Essen in der Markthalle)

II Rechtsleben – das Herz der Dreigliederung und die Ohnmacht der Nationalstaaten (Auftakt Michael Wilhelmi)

15.00 – 15.30 Uhr: Gerald Häfner: Mehr Demokratie und TTIP, Bundesvolksentscheid? Europaebene?

15.30 – 15.45 Uhr: Herbert Schliffka: Europa 2019 Credit Initiative

15.45 – 16.15 Uhr: Aussprache: Demokratiebewegung – Einpunktbewegung oder Instrument für Innovationen?

16.15 – 16.45 Uhr: Kaffeepause

16.45 – 17.15: Christoph Strawe: Das Netzwerk Dreigliederung und die Zukunft der Dreigliederungsbewegung

17.15 – 18.30: Aussprache

Abend: noch offen

Sonntag, 06.12.2015

III Von der Ego-Wirtschaft zur Öko-Wirtschaft

10.00 – 10.30 Uhr: Werner Landwehr: Einleitung ins Thema und: GLS, der andere Weg des Geldes

10.30 – 10.45 Uhr: Dietmar Poetsch: Akademie Solidarische Ökonomie

10.45 – 11.00 Uhr: Joachim Weckmann: Fair und Regional (Demeter-Assoziation)

11.00 – 11.15 Uhr: Andreas Fecke: Gemeineigentum an Grund und Boden (Terra libra Immobilien GmbH)

11.15 – 11.45 Uhr: Aussprache

11.45 – 12.15 Uhr: Kaffeepause

12.15 – 13.00 Uhr: Ausblick und Tagung 2016

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um möglichst frühzeitige **Anmeldung** an: Dreigliederungsbewegung e.V. (www.dreigliederungsbewegung.de). Weitere Infos über: info@dreigliederungsbewegung.de

Informationen über das Forum Kreuzberg: www.forumkruzberg.de. Das Forum Kreuzberg erreicht man vom Bahnhof Zoo aus mit der U-Bahnlinie 1 (Haltestelle Schlesisches Tor). Lageplan der Gebäude des Forums siehe www.forumkruzberg.de/index.php?id=6

Unterbringungsmöglichkeiten siehe: www.visitberlin.de/de | www.berlin.de/tourismus | Hotelportale im Internet (In Fußnähe zum Tagungsort gelegen sind z.B. das Ibis-Hotel und das Intercity-Hotel am Berliner Ostbahnhof) | Gästezimmer/Privatunterkünfte siehe: www.wimdu.de/berlin | www.9flats.com/de/berlin-deutschland

Empfehlungen: Pension Hiram Haus: www.pension-hiram-haus.de, pension@hiram-haus.de | Räume im Studentenhaus Bornstr. 11: <http://bornstr11.de/gaestezimmer.html>, gaeste@bornstr11.de

Vorschau Kolloquien 2016

Werkstätten/Kolloquien des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart und der Initiative Netzwerk Dreigliederung im Forum 3

12./13. Februar 2016
Forum 3 Stuttgart, Gymnasiumstr. 21
Freiheit und Verantwortung – Offene Fragen im Verhältnis von Geistesleben, Wirtschaft und Staat
Öffentliche Werkstatt und Kolloquium

10./11. Juni 2016
Forum 3 Stuttgart, Gymnasiumstr. 21
Spiritualität und Ökonomie – Ökonomie im Verhältnis zu Mensch, Natur, Gesellschaft und Geist
Öffentliche Werkstatt und Kolloquium

7./8. Oktober 2016,
Forum 3 Stuttgart, Gymnasiumstr. 21
Arbeit im Wandel – Krise der Arbeit | neue Unsicherheiten | Neuordnung von Arbeit und Einkommen
Öffentliche Werkstatt und Kolloquium

Programme abrufbar unter www.sozialimpulse.de auf der Startseite in der rechten Spalte. Teilnahmebeitrag für die Werkstätten nach Selbsteinschätzung, Richtsatz 10 €. Bei Teilnahme an den Kolloquien ist eine Spende oder ein Kostenausgleichsbeitrag erbeten.



Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart

Assoziation oder Kartell – Auf dem Wege zu einer Verständigungswirtschaft

**Seminar, Fr, 30. Oktober
bis So, 1. November 2015**

**Rudolf Steiner Haus, Hügelstr.
67, 60433 Frankfurt/M**

Mitveranstalter: Institut für zeitgemäße
Wirtschafts- und Sozialgestaltung
Dornach / Anthroposophische Gesellschaft
Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Freitag, 30. Oktober 2015

19.30 Öffnung des Tagungsbüros

20.00 Vom Marktmechanismus zur sozialen
Gestaltung (Vortrag Udo Herrmannstorfer,
Aussprache)

Samstag, 31. Oktober 2015

09.00 – 9.30 Improvisation
(mit Elzbieta Bednarska)

09.30 – 11.00 Assoziationsfeindliche Struk-
turen (Kreditgewährung, Eigentum, Verständi-
gungsverbot usw.) (Vortrag Prof. Dr. Harald
Spehl, Fragen zum Vortrag)

11.30 – 13.00 Forum Recht und Ökonomie I
(Einleitender Vortrag und Moderation
Matthias Wiesmann)

14.45 – 15.15 Improvisation
(mit Elzbieta Bednarska)

15.15 – 16.45 Forum Recht und Ökonomie II
(Einleitender Vortrag und Moderation Gerald
Häfner)

17.15 – 18.45 Gesprächsarbeit

20.00 Podium Assoziative Wirtschaft –
Solidarwirtschaft der Zukunft? Diskussion mit
Udo Herrmannstorfer, Gerald Häfner, Prof.
Dr. Harald Spehl und Matthias Wiesmann,
Moderation: Prof. Dr. Christoph Strawe

Sonntag, 1. November 2015

09.00 – 09.30 Improvisation (mit Elzbieta
Bednarska)

09.30 – 11.00 Forum: Praktische Erfah-
rungen mit assoziativer Wirtschaft und den
Widerständen dagegen (Beiträge von Prof.
Dr. André Bleicher u.a.)

11.30 – 12.30 Fortsetzung des Forums,
Abschluss

Informationen und Anmeldung

über www.sozialimpulse.de bzw.
Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V.,
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart

Die Teilnahmegebühr beträgt EUR 175,- (ohne Unter-
bringung) + EUR 30,- für die Gemeinschaftsverpflegung
(inkl. Pausenverpflegung). Ermäßigungen sind im
begründeten Einzelfall nach Rücksprache möglich.
Ebenfalls möglich ist der Besuch von Einzelvorträgen.
Die Teilnahmegebühr möglichst im Voraus überweisen
an das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart,
Kto. Nr. 1238 6000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ
430 609 67 (IBAN: DE20 4306 0967 0012 3860
00, BIC GENODEM1GLS). Infos zu Übernachtungs-
möglichkeiten und Anfahrtsbeschreibung unter [http://
www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/
html/Anweg_Frankfurt.htm](http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/html/Anweg_Frankfurt.htm). Außerdem: Tourismus
+ Congress GmbH, Kaiserstr. 56, 60329 Frankfurt
am Main, Tel. +49 (0) 69 - 21 23 88 00, E-Mail:
info@infofrankfurt.de, www.frankfurt-tourismus.de